Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

In dieser Ausgabe

2-3| Französische Nationalversammlung: Erster Wahlgang • Schweiz: 71,5% stimmen für Frontex • Sinn Féin gewinnt in Nordirland die Wahlen

4-6| Ukraine: Defensive Kriegsziele gegenrussischenOkkupationskrieg und Versuche seiner Rechtfertigung • Militärische Ereignisse, Karte • Dok: SIPRI zu den globalen Atomwaffenarsenalen • Erdogan: Neue militärische Invasionen in Syrien und Irak und Versuch, die Nato zu erpressen

7| Konferenz zur Zukunft Europas – das transnationale demokratische Experiment muss Wirklichkeit werden • Corona und die Folgen: Soziale Sicherungssysteme in der EU weiter mangelhaft

10| Aktionen/Initiativen, Thema: Preissteigerung/Armut/Sozialpolitik

12| ...wir berichteten • Landtagswahlergebnis NRW: Schwarz-Grün vertritt nur eine Minderheit • München: Unterschriftensammlung für Bürgerentscheid zwecks Hochhausstopp gestartet:

13-14| Mecklenburg-Vorpommern: nach beitragsfreier Kita jetzt beitragsfreie Ferienbetreuung • Köln: Kostenlose Ferienangebote und KVB-Tickets für alle Schüler*innen und Auszubildende: • Frühkindliche Bildung in der Krise – Kitaplätze und Erzieher fehlen
16|Kommunale Politik – Bildung inklusiv, nicht exklusiv

18-19| Kliniken in NRW: Es wird gestreikt bis zum Tarifvertrag • Wie Amazon seine Beschäftigten kontrolliert • Bessere Arbeitsbedingungen und Tarife in Europa

20| Rechte Provokationen – demokratische Antworten – Redaktionsnotizen.
21| Rassemblement National für „Frankreich zuerst!“ und für Kriegsrecht gegen den Islam

22| Antiziganismus – auch gegen Kriegsflüchtlinge
23| Ich hasse die Sünde – aber liebe den Sünder!“

24| Russland: Wie es dazu kam ...
25| Ukrainische Orthodoxe Kirche erklärt „volle Unabhängigkeit“

25| Die Landesvorsitzenden der vier regierungsbeteiligten Landesverbände der Linken zur Lage in der Partei

28| G20-Protest 2017: Räumung des „Antikapitalistischen Camps“ war illegal

29| Lesehinweis: „1977. Eine kurze Geschichte der Gegenwart“

30| Kalenderblatt 1888: Matchgirls und Matchwomen in London streiken erfolgreich und gründen eine Gewerkschaft

32| Linken-ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung – Einladung zur ArGe-Sommerschule vom Do., den 4., bis So., den 7. August 2022, in Erfurt
32| Kiran Klaus Patel, Europäische Integration. Geschichte und Gegenwart

Beilagenhinweis: Ergebnisse und Materialien Nr. 17, Thema Jahrestagung
Nächste Ausgabe der Politischen Berichte Nr. 4: 4. August 2022

Ausgabe Nr. 3 am 16. Juni 2022, Preis 4,00 Euro
Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

online lesen – www.linkekritik.de

Der bunte Katalog an Forderungen des Links-Grün-Bündnisses von Mélenchon, Übersetzung im Text.

Französische Nationalversammlung: Erster Wahlgang

Matthias Paykowski, Karlsruhe. Macrons Wahlbündnis Ensemble sowie das von France Insoumise (LFI), der Kommunistischen Partei (PCF), der Sozialistischen Partei (PS) und den Grünen (EELV) gebildete Wahlbündnis Nouvelle Union populaire écologique et sociale (NUPES) – Neue ökologische und soziale Volksunion – erreichen beide etwa 26 %. Le Pens Rassemblement national liegt bei 18,6 %, die Republikaner (LR-UDI) bei 11 %. Zemmours rechtsextremer Zusammenschluss Reconquête verpasst mit 4 % den zweiten Wahlgang.

Dort treten an mit den meisten Stimmen aus dem ersten Wahlgang: Ensemble (in 203 Wahlkreisen), NUPES (194), RN (110), LR-UDI (42), Linke (9), Rechte (8), Regionale Kandidaten (7), Extreme Rechte (2), Zentrum (2). NUPES kann vier Mandate in Paris und Ensemble ein Mandat bereits im ersten Wahlgang sichern, alle anderen 572 werden erst am 19. Juni entschieden.

Nach dem Mehrheitswahlrecht wird für den zweiten Wahlgang etwa folgendes prognostiziert: Macrons Ensemble erhält zwischen 255 und 295 Sitze, die absolute Mehrheit dürfte damit wahrscheinlich dahin sein. Für NUPES werden zwischen 150 und 190 Sitzen prognostiziert. Damit wird Mélenchon nicht Premierminister, aber NUPES mit Abstand die größte Oppositionsgruppe. Die Republikaner können aufgrund ihrer territorialen Verankerung mit 50 bis 80 Sitzen rechnen. Andere Linke, die nicht mit Mélenchon kandidieren wollten, werden mit 15 bis 25 Sitzen gehandelt. Le Pens RN wird mit 20 bis 45 Sitzen in die Nationalversammlung einziehen und wird erstmals seit Jean-Marie Le Pen in den 90er Jahren eine Fraktion bilden können.

Aus dem Katalog von NUPES: Rente mit 60 bei 40 Arbeitsjahren; SMIC (Mindesteinkommen) 1500 Euro netto; Preisbremsen; 1063 Euro unabhängige Jugendzulage; gerechtere Besteuerung; Rekrutieren von 100 000 Pflegekräften; grüne Regeln und ökologische Planifikation; Biokantinen gratis; die Sechste Republik; Nationalisierung von Autobahnen und Flughäfen; Teilung des Reichtums; Aufhebung der Arbeitsreformen Macrons; Ende der Maßnahmen gegen die Arbeitslosenversicherung; Preisblockade bei Produkten des unmittelbaren Lebensbedarfs; Entwicklung der öffentlichen Dienste; eine Milliarde Euro gegen Gewalt gegen Frauen; Aufhebung der Separatismus-Gesetze; ein Europa, das Arbeitende und Ökologie respektiert.

Quellen: www.lemonde.fr; www.resultats-elections.interieur.gouv.fr/legislatives-2022/FE.html; nupes-2022.fr

Schwarz-Grün in NRW will bis Ende Juni Regierung bilden

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen. Nachdem es in den letzten Tagen noch hieß, CDU und Grüne wollen sich für die Regierungsbildung bis möglicherweise nach den Sommerferien Zeit nehmen, geht es wohl jetzt schneller. Das erste schwarzgrüne Regierungsbündnis in Nordrhein-Westfalen soll mit der Wahl von Hendrik Wüst zum Ministerpräsidenten am 28. Juni stehen. Der Koalitionsvertrag soll von den Parteitagen von CDU und Grüne am 25. Juni beschlossen werden. Die Grundlage für den Koalitionsvertrag, der noch nicht fertig ausgearbeitet ist, ist folgendes Sondierungspapier beider Parteien: https://gruene-nrw.de/dateien/CDU_GRUNE_Fur-die-Zukunft-von-Nordrhein-Westfalen.pdf. Kurzformel darin: „Ein klimaneutrales Industrieland, ein modernes, soziales und sicheres Nordrhein-Westfalen, eine auch in Zukunft lebenswerte Heimat in Stadt und Land - darum geht es uns. In der Versöhnung von vermeintlichen Gegensätzen liegt die Kraft für unsere Zukunft."

Schweiz: 71,5% stimmen für Frontex

Alfred Küstler, Stuttgart. Am 15. Mai fand in der Schweiz die zweite Runde von Volksabstimmungen in diesem Jahr statt. Bei einer eher mäßigen Wahlbeteiligung von 40 Prozent, stimmten 71,5 Prozent für eine Erhöhung des Beitrags der Schweiz zur europäischen Grenzsicherungsagentur Frontex (künftig 61 Millionen Franken statt 24 Millionen). Die Schweiz nimmt am Schengen-Abkommen der EU teil, das heißt bei allen Maßnahmen rund um Grenzübertritte und -kontrollen verhält sich die Schweiz wie ein EU-Mitgliedsstaat (mit Rechten und Pflichten). Die Volksabstimmung war von linken Kritikern des EU-Grenzregimes Frontex initiiert worden. Sie kritisierten, dass Frontex am illegalen Zurückdrängen von Migranten an den EU-Außengrenzen beteiligt sei. Dazu kam noch, dass der Direktor der Frontex, Fabrice Leggeri, kurz

Politische Berichte
ZEITSCHRIFT FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT SECHSMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, E-Mail: info@linkekritik.de.

Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:
Blick in die Medien / Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Alfred Küstler (verantwortlich), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Christoph Cornides, Christoph.Cornides@t-online.de.
Europa: Rolf Gehring (rog, verantwortlich), gehring@efbww.eu; Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de; Thilo Janssen
Aktionen – Initiativen / Wir berichteten / Aus Kommunen und Ländern / Kommunale Initiativen / Gewerkschaftliches, Soziales: Thorsten Jannoff (verantwortlich), t.jannoff@web.de; Jörg Detjen, joerg.detjen@koeln.de; Horst-Ullrich Jäckel, ulli.jaeckel@hotmail.de; Bruno Rocker; Johann Witte, johannfirst@web.de.
Rechte Provokationen – demokratische Antworten: Rosemarie Steffens (verantwortlich), rosemariesteffens@web.de; Christiane Schneider, chschneiderhh@posteo.de
Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation: Martin Fochler (verantwortlich), fochlermuenchen@gmail.com.
Kalenderblatt: Eva Detscher (evd, verantwortlich), eva.detscher@politische-berichte.de; Rolf Gehring, gehring@efbww.eu;
Titel und letzte Seite (Lektürehinweise / Empfehlungen / Leseproben): Alfred Küstler (verantwortlich), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Martin Fochler, fochlermuenchen@gmail.com.
Beilagenmanagement: Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung" werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4 €. Ein Jahresabo kostet 39 €, Förderabo: 54 €, ermäßigt: 33 € (jeweils 10 € Portoanteil enthalten), Ausland: 51,20 € (22,20 € Portoanteil), Buchläden und andere Weiterverkäufer: 21 €.
Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, alfred.kuestler@politische-berichte.de

vor der Abstimmung wegen Korruptionsvorwürfen zurücktreten musste. Von den politischen Parteien der Schweiz hatten die Sozialdemokraten und die Grünen die Initiative gegen Frontex unterstützt. Die Gründe für die erstaunlich hohe Zustimmung sind zusammengesetzt. Die von einigen befürchtete Querfront zwischen der EU-feindlichen nationalistischen SVP und den Linken kam nicht zustande. Die Anhänger der SVP fanden es vermutlich besser, dass die Frontex an den EU-Außengrenzen Migranten abwehrt, statt dass die Schweiz aus Schengen aussteigen und ein eigenes Grenzregime einrichten muss. Für eine breite Mehrheit war die Abstimmung aber auch ein Signal, dass die Schweiz an der EU teilhaben will. Dazu hat der Krieg Russlands gegen die Ukraine beigetragen, die Schweiz hat bislang alle Sanktionen der EU gegen Russland übernommen. Selbst eine engere militärische Zusammenarbeit mit der Nato und der EU wird von der Verteidigungsministerin befürwortet. Vermutlich wollten die Wähler auch ein Signal geben für die schwierigen Verhandlungen, wie es nach den gescheiterten Verhandlungen weiter gehen soll mit den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU. Und schließlich dürfte einem großen Teil, die keine menschenrechtswidrige Behandlung von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen wollen, eingeleuchtet haben, dass eine Teilnahme der Schweiz an Frontex, finanziell und organisatorisch, eher etwas bewirken kann, als wenn diese Grenzregimes von den nationalen Polizeien und Militärs bestimmt werden. Denn die sogenannten Push-Backs, also das gewaltsame Zurückbringen von Migranten über die Grenze, ist bisher von der Frontex allenfalls gebilligt worden, im Falle Polens gegenüber Belarus war Frontex sogar ausdrücklich unerwünscht. Am Abstimmungssonntag wurden auch die beiden anderen Vorlagen entsprechend den Parlamentsempfehlungen angenommen. Bei der Organspende gilt künftig eine Widerspruchslösung (60,2 Prozent Ja). Bei Filmen müssen auch Streaming-Anbieter künftig mindestens 30 Prozent europäische Produktionen anbieten und vier Prozent ihres Schweizer Umsatzes in der Schweiz investieren (58,4 Prozent Ja). Am 25. September stehen eine Volksinitiative gegen Massentierhaltung sowie Bundesgesetze zur Rentenversicherung und ein Steuergesetz zur Abstimmung.

SInn Féin gewinnt in Nordirland die Wahlen

Eva Detscher, Karlsruhe. Am 5. Mai 2022 wurde in Nordirland das Regionalparlament gewählt mit einer Wahlbeteiligung von 61,1 % (873.787 abgegebene Stimmen von 1.373.731 Wahlberechtigten, Gesamtbevölkerung 2020: 1.895.510 Einwohner). Von vielen so erwartet, gewann die Sinn Féin das erste Mal die relative Mehrheit.

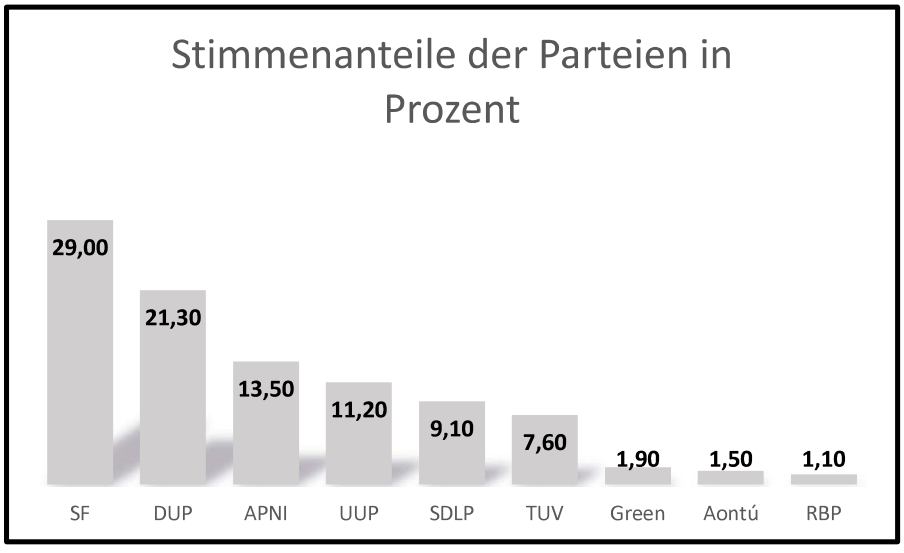
Die Partei Sinn Féin hat im Wahlkampf vor allem mit ihrem Sozialprogramm gepunktet: günstigere Wohnungen, bessere Gesundheitsversorgung und mehr Arbeitsplätze. Das Programm durchzuziehen, wird eine schwierige Aufgabe. Für eine Regierungsbildung ist im Karfreitagsabkommen von 1998 festgelegt, dass der Premierminister von der stärksten, der stellvertretende Premierminister aber von der stärksten Partei des jeweils anderen politischen Lagers kommen muss. Und die DUP hat nach den Wahlen gleich bekannt gegeben, dass sie sich nicht an der Regierung beteiligen wolle. Gibt es keine Einigung, und die DUP hat sogar die Wahl der Versammlungsleitung blockiert, dann steht eine Verwaltung von London aus auf dem Plan. Zur Erinnerung: 2017, als DUP Wahlgewinnerin und SF die stärkste Partei des „anderen Lagers" war, blieb Legislative und Exekutive lange arbeitsunfähig, weil es keine Einigung gab. Erst am 9. Januar 2020 (!) wurde in dem Abkommen „New Decade, New Approach" die Bildung einer neuen Regierung mit Arlene Foster (DUP) und Michelle O'Neill (SF) sowie unter Beteiligung anderer stärkerer Parteien möglich.

Wie es weitergeht, ist ziemlich offen: die Umsetzung des Nordirland-Protokolls ist wie ein Schwelbrand, dauernd und in allen Fragen. Die wirtschaftliche Situation der arbeitenden Menschen in Nordirland ist schlecht, eine wirksame politische Repräsentation ist eher nicht gegeben. Ein Beispiel, wie SF hier etwas tut: diese Woche wird ein Antrag ins Regionalparlament (Sitz im Belfaster Stadtteil Stormont) eingebracht für Sofortmaßnahmen, die sicherstellen sollen, dass alle Kinder im September einen angemessenen Schulplatz erhalten.

Florian Weis fasst für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen: „Nach wir vor stimmen jeweils rund 40 Prozent der Wähler:innen für Parteien entlang der starren Lager (irisch-katholisch-nationalistisch bzw. britisch-protestantisch-unionistisch) ab, auch wenn der Anteil gerader jüngerer Wähler:innen langsam steigt, die sich dieser Trennlinie entziehen wollen. Leider gelingt es bis heute nicht, eine linke bzw. eine Arbeiter:innenpartei jenseits der unionistisch-nationalistischen Spaltungslinie zu etablieren. So bleibt SF die hegemoniale Mitte-Links-Partei, die aber zwangsläufig nicht in die protestantische Arbeiter:innenschaft hineinwirken kann.

Trotz der großen Erfolge von SF 2020 (24 Prozent der Stimmen in der Republik Irland) und 2022 (29 Prozent im Norden), die der SF-Führung um Mary Lou McDonald und Michelle O'Neill Hoffnung machen, in den nächsten fünf Jahren ein Referendum („border poll") über die irische Vereinigung abhalten und gewinnen zu können, ist dies ein eher unwahrscheinliches Szenario: Die Mehrheit der Nordir:innen lehnt derzeit eine irische Vereinigung ab. Der Erfolg von SF im Süden ist auf sozialpolitische Positionen und Proteststimmen zurückzuführen, nicht auf die nationale Frage, und auch im Norden, wo diese eine größere Rolle spielt, versuchte SF, gesundheits- und sozialpolitische Themen stark zu machen."

FAZ, verschiedene Ausgaben. Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Wahl_zur_Nordirland-Versammlung_2017, RLS: https://www.rosalux.de/news/id/46491/rueckschlag-fuer-boris-johnson-triumph-fuer-sinn-fein



SF: Sinn Féin, DUP: Democratic Unionist Party, SDLP: Social Democratic and Labour Party, UUP: Ulster Unionist Party, APNI: Alliance Party of Northern Ireland, TUV: Traditional Unionist Voice, Green: Green Party Northern Ireland, PBP: People Before Profit, Aontú: Partei, die in der Republik Eire und in Northern Ireland tätig ist (aus Trennung von Sinn Féin hervorgegangen).

Ukraine: Defensive Kriegsziele gegen russischen Okkupationskrieg und Versuche seiner Rechtfertigung

CHRISTOPH CORNIDES, MANNHEIM, MARTIN FOCHLER, MÜNCHEN

Am 1 März 2022 hat die Uno-Generalversammlung auf ihrer 11. Notstandssondertagung mit 141 von 193 Stimmen der Staaten der Welt die Resolution „Aggression gegen die Ukraine“ gegen den Aggressionskrieg Russlands gefasst. Sie hat Russland zur Einstellung aller Kampfhandlungen und zum Verlassen des ukrainischen Territoriums aufgefordert und die Rechtfertigungen Putins und der Russischen Föderation für diesen Okkupationskrieg in allen ihren Bestandteilen zurückgewiesen und widerlegt (siehe dazu Beilage zur vorhergehenden Ausgabe der Politischen Berichte http://www.linkekritik.de/index.php?id=634).

Im Punkt (1.) des Beschlussteils der Resolution „bekräftigt [die Generalversammlung] ihr Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer.“ Dieses „Bekenntnis [der Generalversammlung] zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Ukraine“ bedeutet also die Unterstützung der Verteidigungsziele der Ukraine gegen die Aggression der Russischen Föderation, weil – und also auch nur insoweit – das defensive Kriegsziel der Ukraine in der Rückgewinnung dieser ihrer Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit besteht.

Diese von der Generalversammlung unterstützten defensiven Kriegsziele des angegriffenen Staates gelten dann aber auch zwingend als Beschränkung für diejenigen, die einem durch völkerrechtswidrige Angriffe bedrohten Staat im Rahmen des Völkerrechts Hilfe leisten.

Wenn allerdings der amerikanische Außenminister Austin bei einer Pressekonferenz an der ukrainisch-polnischen Grenze sagt; „Wir wollen Russland so sehr geschwächt sehen, dass es nicht mehr in der Lage sein wird, Dinge wie diese zu tun, die es mit der Invasion der Ukraine getan hat…“ (Handelsblatt, 13.6.2022), dann könnte sich ein solche Kiegszielausweitung – würde sie in die Tat umgesetzt – nicht auf die Uno-Generalversammlung berufen.

Auch wenn eingesetztes oder zum Einsatz geplantes Kriegsgerät in manchen Fällen direkt auf tatsächliche oder potenzielle Kriegsziele schließen lässt, gilt das nicht generell und für alle Arten von Kriegsgerät. Bedeutet also, nicht nur durch unter Umständen geänderte Kriegszieldefinition der die Ukraine unterstützenden Staaten, sondern auch durch die Art der zur Unterstützung gelieferten Waffen, könnte es zur Verschiebung von Kriegszielen und Konfliktausweitung kommen.

Offensichtlich sind bisher die Nato-Staat darauf bedacht, dass es nicht zu einer sog. „Drittintervention“ im bewaffneten Konflikt Russland/Ukraine kommt, dass also nicht der Konflikt Russland/Nato den Konflikt Russland/Ukraine überlagert. Wie der wissenschaftliche Dienst des Bundestags feststellt, befinden sich damit „im aktuellen Krieg zwischen Russland und der Ukraine … die Nato-Staaten auf einer Gratwanderung, indem sie einerseits die Ukraine militärisch unterstützen, ohne dabei andererseits als Partei in den bewaffneten Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zu intervenieren (sog. „Drittinterventionen“)“. (Wissenschaftliche Dienste des Bundestages, Sachstand, WD 2 – 3000 – 019/22, v. 16.3.2022).

Verteidigung „innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen“

Die Generalversammlung bezieht ihre Unterstützung der Ukraine auf eine „Verteidigung innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen“. Auch das also eine entscheidende Voraussetzung defensiver, auf Landesverteidigung gerichteter Kriegsziele.

Die Ukraine war als Teil der Sowjetunion 1945 wie auch Weißrussland, Gründungsmitglied er Uno. Auch wenn diese Tatsache oft als eine Art „Trick“ der Sowjetunion verstanden wurde, sich, statt bloß einer, drei Stimmen in der Vollversammlung zu verschaffen, führte es dazu, dass der Staat Ukraine nach der Auflösung der Sowjetunion seine Mitgliedschaft in der Uno fortführen konnte. Lediglich der Name wurde von „Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik“ in „Ukraine“ geändert. Mit der Russischen Föderation blieb die Ukraine in der „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ verbunden. Dass diese wirtschaftsräumliche Bindung die Integrität und Unabhängigkeit nicht einschränkte, belegte der zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation geschlossene, seit 2004 gültige Vertrag, der die Grenzen zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine detailliert festschreibt und von den beiden Vertragsparteien bei der Uno hinterlegt wurde. Die territoriale Integrität der Ukraine war somit eine vor den Augen der Welt von der Russischen Föderation anerkannte Tatsache.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist also nicht nur ein Verstoß gegen allgemeine Normen des Völkerrechts, sondern auch der Bruch eines Vertrags, den die Russische Föderation mit der Ukraine geschlossen hat, sowie ein Bruch der Anerkennung der Grenzen der Ukraine durch Russland 1991.

Jetzt verteidigt die Ukraine in diesem Krieg ihre Unabhängigkeit. Dieses Ziel der Verteidigung bleibt, auch wenn Teile des Staatsgebietes verloren gehen sollten, was ja zu befürchten ist. Die Ukraine, Wirtschaft, Gesellschaft, Staat, verteidigen ihre Unabhängigkeit als die eines Landes, das seine inneren Angelegenheiten selbst bestimmen kann und seine äußeren Angelegenheiten in einer globalisierten Welt durch kündbare Verträge regulieren will.

Alternativ dazu steht das Konzept Russlands, das wirtschaftliche und politische Beziehungen in einem politisch-militärisch durchherrschten Großraum schaffen will.

Mit dem Kampf um Unabhängigkeit verteidigt die Ukraine auch ihr Recht auf Entwicklung. Staat und Gesellschaft wehren sich gegen die Gefahr von Stagnation und Nicht-Entwicklung. Unbestreitbareres Faktum ist: Sie verteidigen sich erbittert, mit den Mitteln der Verteidigung.

Mehrere Rechtfertigungserzählungen sind – ganz abgesehen davon, dass sie niemals Begründungen für einen expansiven, völkerrechtswidrigen Aggressionskrieg sein könnten – inzwischen unhaltbar:

- Putin hätte gegen eine Osterweiterung der Nato im „Sicherheitsinteresse“ Russlands nicht anders als durch militärischen Angriff auf die Ukraine handeln können. Auch wenn nach 1991 die nötigen Schritte zu einer neuen europäischen Friedensordnung ausgeblieben sind, im Unterschied zur russischen Aggression gegen die Ukraine waren die Beitritte osteuropäischer Staaten zur Nato und ihre Aufnahme durch die Nato-Staaten nach 1991 nichtmilitärische Entscheidungen und Schritte souveräner Staaten. Ein Beitritt der Ukraine zur Nato stand weder 2014 noch 2022 an.
- Unbestreitbar ist inzwischen, dass die von der Ukraine in den letzten Jahren vollzogene Aufrüstung sich nach Bewaffnung und taktischem Konzept auf Verteidigung gegen Okkupationstruppen

ausgerichtet hat. Die Ukraine wäre mit dieser Bewaffnung nicht in der Lage gewesen, den Kampf um die von russischen Armeekräften gestützten Rebellengebiete zu gewinnen. Auch die Rückgewinnung der Krim war damit unmöglich und ein Angriff auf das Gebiet der Russischen Föderation völlig undenkbar. Die Bedingungen des Abkommens von Minsk II, die von beiden Seiten nicht eingehalten wurden, mussten von der Ukraine aus der Position der Schwäche akzeptiert werden.

• Mit der Ausgabe von Pässen der Russischen Föderation in den von ihr militärisch beherrschten Gebieten der Ukraine ist auch die Behauptung endgültig dahin, die russische Intervention unterstütze eigenständige Autonomiebewegungen innerhalb der Ukraine. Noch in jener denkwürdigen im Fernsehen übertragenen Sendung, in der Putin als oberster Kriegsherr den Vertreter der Geheimdienste scharf zurückwies, als dieser die Annexion als Ziel der Operation nannte, hatte diese Rechtfertigungserzählung einen Rest von Glaubwürdigkeit, inzwischen nicht mehr.

Wenn also kaum bestreitbar feststeht, dass die Kriegsführung der Ukraine das Ziel der Unabhängigkeit verfolgt, so gibt das trotzdem keine Blankoermächtigung für Rüstung und Waffenlieferungen.

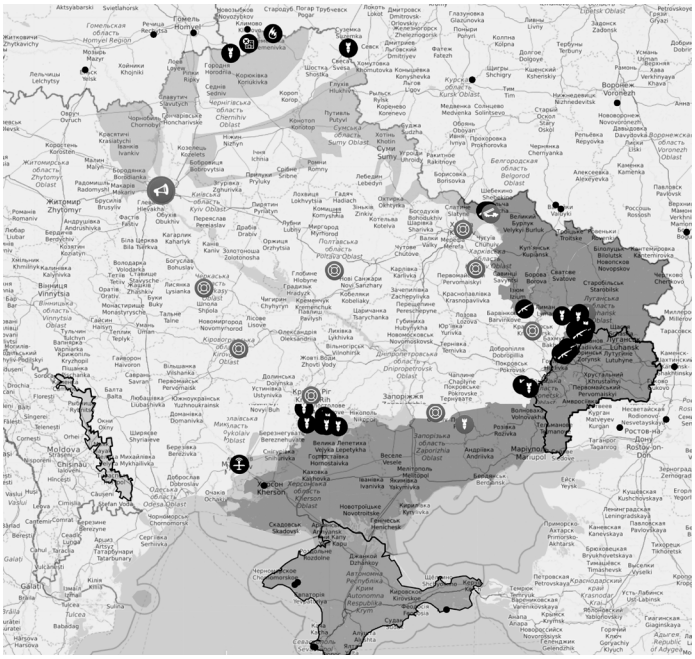
Die politische Herausforderung ist vielmehr, an die Rüstung der Nato-Staaten und der Nato-Staaten Europas den Maßstab der wirksamen Verteidigung verbunden mit strategischer Nicht-Angriffs-Fähigkeit zu legen. Dies bedeutet insbesondere auch diplomatische Schritte in Richtung Abrüstung von Atom- und Atomträgerwaffen.

Okkupation, de facto Annexionen, russische Kriegsführung

Am 20. Mai hatte das Kommando der im Stahlwerk von Mariupol verschanzten ukrainischen Truppen „auf Befehl der Armeeführung“ die Verteidigung der Stadt aufgegeben. Die Soldaten gingen in die Gefangenschaft. Nachrichten besagen, dass Instanzen der einstweilen noch bestehenden Rebellenrepubliken über sie die Todesstrafe verhängen. Die Einnahme Mariupols erfolgte nach einer von Präsident Putin persönlich verkündeten Strategie, der Einkreisung der Siedlung, Zerstörung sämtlicher Anlagen, Waffeneinsatz ohne Rücksicht auf Zivilbevölkerung. Seit der Einnahme von Mariupol hat die Russische Föderation (RF) eine Landbrücke zur Krim und kann so auch die im Süden gelegenen Gebiete halten. Nach Nachrichten der RF hat sie begonnen, in diesen Gebieten, Zentralort das eroberte Cherson, Pässe der russischen Föderation auszugeben. Der Okkupation des Gebietes folgt die Oktroyierung der Staatsbürgerschaft, die individuell beantragt werden muss, ein Verfahren, das unendliche viele Möglichkeiten der polizeistaatlichen Kontrolle der Einzelnen ermöglicht und weitere Fluchtbewegungen auslöst. Die militärische-polizeistaatliche Absicherung der Gebiete im Süden macht sie – falls sie durchgehend gelingt – zu einem großen Aufstellungsraum eines strategischen Angriffs über das bereits unter permanentem Beschuss liegende Mikolajiw in Richtung Odessa bis hin zu Transnistrien und Moldawien.

Ein Vorbote dieser Entwicklung ist das diplomatische Tauziehen um die Seewege im Schwarzen Meer, dessen Nordküste von der Marine der Russischen Föderation kontrolliert und blockiert wird, und zwar so überlegen, dass die RF auch die Besatzung auf der weit südwestlich nahe dem Festland gelegenen „Schlangeninsel“ aufrechterhalten kann. Würde die Ukraine dauerhaft vom Zugang zum Schwarzen Meer abgeschnitten, würden sich ihre wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten dramatisch verändern. Aktuellen Nachrichten zufolge versuchen Wirtschaft, Verwaltung und Regierung, für die ukrainischen Agrarprodukte Lieferwege über die Ostseehäfen Polens und des Baltikums zu organisieren. Voraussetzung einer strategischen Offensive der RF entlang der Schwarzmeerküste ist ein weiteres Vorschieben der Militärgrenze im Norden. Dem Vorhaben setzen die Streitkräfte der Ukraine einen Widerstand entgegen, dessen Erbitterung sich nicht nur aus den zerstörerischen Angriffen auf Infrastruktur und Zivilbevölkerung, nicht nur aus Erfahrungen vom dem Butsch-Massaker, sondern auch aus der Bedrohung der kriegsgefangenen Verteidiger Mariupols mit der Todesstrafe erklärt. So klar und eindeutig der Verlauf des Kriegs belegt, dass die Ukraine ausschließlich auf Landesverteidigung ausgerichtet gewesen ist, zeigen sich jetzt doch die Grenzen der Möglichkeiten dieser Strategie. Der nicht gegen Festungen, sondern gegen offen daliegende Siedlungen aus der Ferne geführte Vernichtungskrieg fordert der Verteidigung, Zivilbevölkerung und Militär, ungeheure Opfer ab.

Dass die Truppen der Russische Föderation sich nach aktuellen Meldungen auf dem Wege des Häuserkampfes und mit ihrerseits großen Verlusten der Ruinen bemächtigen, zeigt, dass die Militärführung dringend einen Sieg braucht. Um die Moral der eigenen Truppen zu festigen? Um Zweifel in Gesellschaft und Führungskreisen der RF zu zerstreuen? Um die Front zu begradigen und entlang der Schwarzmeerküste vorzustoßen?



Quelle: liveuamap.com, Stand 13.6. Ukraine (Ausschnitt), russisch besetzte (dunkelgrau) bzw. geräumte (hellgrau) Gebiete.

Wäre der politischen Führung der Russischen Föderation an einem Waffenstillstand und Verhandlungen über eine Demarkationslinie auf Basis des Status Quo gelegen, so könnte sie eine solche Entwicklung jederzeit erzwingen. Da die ukrainischen Truppen bei ihrer gegenwärtigen Bewaffnung zu einem Gegenstoß nicht in der Lage wären, müsste die RF bloß das Angebot eines Waffenstillstandes auf den Verhandlungstisch legen. Dass dies nicht geschieht, lässt erwarten, dass die RF die Kampfhandlungen weitertreiben wird, soweit ihre militärischen Reserven und der politische Rückhalt in der Bevölkerung Russlands das erlauben.

Stockholm, 13. Juni 2022 Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) stellt heute die Ergebnisse des *SIPRI Yearbook 2022* vor, das den aktuellen Stand von Rüstung, Abrüstung und internationaler Sicherheit bewertet. Ein wichtiges Ergebnis ist, dass trotz eines geringfügigen Rückgangs der Zahl der Atomsprengköpfe im Jahr 2021 erwartet wird, dass die Atomwaffenarsenale im kommenden Jahrzehnt wachsen werden.

Die neun Atommächte – die Vereinigten Staaten, Russland, das Vereinigte Königreich, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel und die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) – modernisieren weiterhin ihre Atomwaffenarsenale, und obwohl die Gesamtzahl der Atomwaffen zwischen Januar 2021 und Januar 2022 leicht zurückgegangen ist, wird die Zahl im nächsten Jahrzehnt wahrscheinlich steigen.

Von dem Gesamtbestand von schätzungsweise 12705 Sprengköpfen zu Beginn des Jahres 2022 befanden sich etwa 9440 in militärischen Lagerbeständen für eine mögliche Verwendung. Von diesen wurden schätzungsweise 3732 Sprengköpfe mit Raketen und Flugzeugen eingesetzt, und etwa 2000 – von denen fast alle Russland oder den USA gehörten – wurden in einem Zustand hoher operativer Alarmbereitschaft gehalten.

Obwohl die Gesamtbestände **an russischen** und **US-amerikanischen** Sprengköpfen im Jahr 2021 weiter zurückgingen, war dies auf die Demontage von Sprengköpfen zurückzuführen, die vor einigen Jahren aus dem Militärdienst ausgemustert worden waren. Die Anzahl der Sprengköpfe in den nutzbaren militärischen Lagerbeständen der beiden Länder blieb 2021 relativ stabil. Die stationierten strategischen Nuklearstreitkräfte beider Länder lagen innerhalb der Grenzen, die in einem bilateralen Vertrag zur Reduzierung von Kernwaffen (Vertrag über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen von 2010, New START) festgelegt wurden. Zu bemerken ist jedoch, dass New START die gesamten nichtstrategischen Bestände an Atomsprengköpfen nicht begrenzt.

„Alle Atomwaffenstaaten erhöhen oder verbessern ihre Arsenale und die meisten schärfen die nukleare Rhetorik und die Rolle, die Atomwaffen in ihren militärischen Strategien spielen", sagte Wilfred Wan, Direktor des SIPRI-Programms für Massenvernichtungswaffen. „Das ist ein sehr besorgniserregender Trend."

Russland und die **USA** besitzen zusammen über 90 Prozent aller Atomwaffen. Die anderen sieben Atommächte entwickeln oder stationieren neue Waffensysteme oder haben angekündigt, dies tun zu wollen. **China** befindet sich mitten in einer erheblichen Erweiterung seines Atomwaffenarsenals, was laut Satellitenbildern den Bau von über 300 neuen Raketensilos beinhaltet. Es wird angenommen, dass mehrere zusätzliche Atomsprengköpfe im Jahr 2021 nach der Lieferung neuer mobiler Trägerraketen und eines U-Bootes den Einsatzkräften zugewiesen wurden.

Das **Vereinigte Königreich** kündigte 2021 seine Entscheidung an, die Obergrenze für seinen gesamten Sprengkopfvorrat zu erhöhen, um die jahrzehntelange schrittweise Abrüstungspolitik umzukehren.

Anfang 2021 startete **Frankreich** offiziell ein Programm zur Entwicklung eines nuklearbetriebenen U-Bootes mit ballistischen Raketen (SSBN) der dritten Generation. **Indien** und **Pakistan** scheinen ihre Atomwaffenarsenale zu erweitern, und beide Länder haben im Jahr 2021 neue Arten von nuklearen Trägersystemen eingeführt und weiterentwickelt. Es wird auch angenommen, dass **Israel** – das den Besitz von Atomwaffen nicht öffentlich anerkennt – sein Atomwaffenarsenal modernisiert.

Nordkorea priorisiert weiterhin sein militärisches Atomprogramm als zentrales Element seiner nationalen Sicherheitsstrategie. Während Nordkorea im Jahr 2021 keine Atomtestexplosionen oder Langstreckentests für ballistische Raketen durchführte, schätzt SIPRI, dass das Land inzwischen bis zu 20 Sprengköpfe zusammengebaut hat und über genügend spaltbares Material für insgesamt 45 bis 55 Sprengköpfe verfügt.

„Wenn die Atomwaffenstaaten keine sofortigen und konkreten Maßnahmen zur Abrüstung ergreifen, könnte der globale Bestand an Atomsprengköpfen bald zum ersten Mal seit dem Kalten Krieg zunehmen", sagte Matt Korda, Associate Researcher beim Weapons of Mass Destruction Programme von SIPRI und Senior Research Associate beim FAS Nuclear Information Project.

„Obwohl es im vergangenen Jahr sowohl bei der nuklearen Rüstungskontrolle als auch bei der nuklearen Abrüstung einige signifikante Fortschritte gab, scheint das Risiko, dass Atomwaffen eingesetzt werden, heute höher zu sein als je zuvor seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges", sagte SIPRI-Direktor Dan Smith.

Die 53. Ausgabe des SIPRI-Jahrbuchs zeigt sowohl negative als auch einige hoffnungsvolle Entwicklungen im Jahr 2021.

„Die Beziehungen zwischen den Großmächten der Welt haben sich in einer Zeit, in der die Menschheit und der Planet vor einer Reihe tiefgreifender und dringender gemeinsamer Herausforderungen stehen, die nur durch internationale Zusammenarbeit angegangen werden können, weiter verschlechtert", sagte Stefan Löfven, Vorsitzender des SIPRI-Verwaltungsrats.

(Pressemitteilung, www.sipri.org, maschinelle Übersetzung aus dem Englischen)

Erdogans neue militärischen Invasionen in Syrien und Irak und der Versuch, die Nato zu erpressen

Rudolf Bürgel, Karlsruhe.

Der türkische Präsident Erdogan und seine AKP/MHP-Regierung wollen den Ukraine-Krieg nutzen. Im kommenden Jahr stehen Wahlen bevor und für Erdogan und die AKP ist ein Erfolg nicht mehr garantiert. Die wirtschaftliche Situation in der Türkei verschärft sich von Woche zu Woche. Die Inflationsrate beträgt weit über 70 Prozent. Viele Menschen wissen nicht mehr, wie sie Miete und täglich Brot finanzieren sollen. Mit nationalistischer Mobilisierung und außenpolitischen Interventionen will Erdogan Erfolge erzielen. So blockiert Erdogan einen Nato-Beitritt Schwedens und Finnlands mit der Begründung, diese würden die PKK und YPG unterstützen und fordert die Aufhebung des Waffenembargos der Nato-Staaten gegen die Türkei. Gleichzeitig kündigte er eine neue militärische Offensive gegen Rojava an. Seit einem Monat werden an der Grenze zu Syrien Truppen zusammengezogen. Geplant ist die Besetzung einer 30 km tiefen Zone in jenen Teilen Nordsyriens, die noch nicht von der Türkei kontrolliert wird. Der Nationale Sicherheitsrat der Türkei sprach von einer Operation, die einen „ernsthaften Beitrag zum Frieden und zur Sicherheit" der Nachbarländer beitragen würde. Die Nato-Staaten wurden zur „Pakt-Treue" aufgerufen. Weiter führt die Türkei seit mehr als einem Monat eine Invasion in Teilen Südkurdistans (Irak) durch.

Die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien (Rojava) erklärt dazu, dass die Türkei versucht, ihre eigene Kriegs- und Expansionspolitik auszuweiten und wei-

tere Unterstützung von den Nato-Staaten zu erpressen. Sie sieht in den Versuchen von Erdogan, eine türkische Zustimmung zum Nato-Beitritt Finnlands und Schwedens an eine Aufhebung des Waffenembargos und eine Verschärfung der Verfolgung der kurdischen Freiheitsbewegung zu koppeln, ein erneutes „deutliches Beispiel für die rassistische und chauvinistische Politik der AKP-Regierung gegenüber den Völkern der Region, insbesondere dem kurdischen Volk". „Dies ist ein weiteres Zeichen dafür, dass Erdogan die Länder, welche gemeinsam mit den Demokratischen Kräften Syriens (QSD) an den internationalen Anstrengungen teilgenommen haben, den IS und den Terror zu bekämpfen" erpressen will. Die Selbstverwaltung warnt: „Die türkische Regierung versucht ein Umfeld zu schaffen, in dem sich die Nato den Interessen der Türkei entsprechend verhält. Erdogans Politik wird die internationalen Bemühungen gegen den globalen Terror und seine Zellenstrukturen schwächen und den Terrorismus stärken." Diese „diktatorische Politik" werde zu weiteren Vertreibungen in der Region führen und die Welt in „noch gefährlichere Kriege" stürzen.

Zübeyir Aydar, ehemaliger Abgeordneter des türkischen Parlaments und heute Vorsitzender von Kongra Gel sagt gegenüber *ANF* dazu: „Ich appelliere an die westlichen Länder, insbesondere an Schweden und Finnland, den Erpressungen der Türkei von Erdogan nicht nachzugeben. Ich rufe die zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen in Schweden und Finnland auf, darüber zu wachen, dass ihre Regierungen keine Zugeständnisse gegen den gerechten Kampf des kurdischen Volkes machen.

Die Türkei greift die Kurden mit aller Macht an. ... Sie geht hart mit den Menschen in Nordkurdistan um. Dort gibt es mehr als zehntausend politische Gefangene. Folter und Misshandlungen sind in den türkischen Gefängnissen an der Tagesordnung. Es gibt Todesfälle in den Gefängnissen. Die Regierung blockiert die Wege der demokratischen Politik vollständig. Sie zerschlägt jede Opposition.

Wir appellieren an alle Nato-Länder, den westlichen Block, Schweden und Finnland: Benutzen Sie uns nicht, um mit der Türkei zu verhandeln. Unterstützen Sie nicht den Krieg und die Kriegsverbrechen der Türkei in Kurdistan und werden Sie nicht zu deren Partner. Die Türkei und Erdogan sollten nicht ihre Kurdenpolitik gestalten. Lassen Sie sich nicht auf die Position herab, die die Türkei und Erdogan wollen. Schließen Sie Freundschaft mit dem kurdischen Volk."

Quellen: ANF, 21.5., 22.5., 27.5.2022

Konferenz zur Zukunft Europas – das transnationale demokratische Experiment muss Wirklichkeit werden

HELMUT SCHOLZ, MDEP*

2019 verkündete Ursula von der Leyen in ihrer Bewerbungsrede zur EU-Kommissionspräsidentin im Europaparlament , eine Konferenz unter Beteiligung von Bürger*innen durchzuführen, um Ideen für die zukünftige Ausgestaltung der EU zu erarbeiten. Sie griff dabei Vorschläge des französischen Präsidenten, Emmanuel Macron, auf und belieh Erfahrungen aus Bürger*innen-Dialogen in Frankreich, Irland und anderen EU-Mitgliedstaaten. Es war de facto auch eine Flucht nach vorn und das Eingeständnis, dass die „Beerdigung" des Spitzenkandidaten-Verfahrens bei den Europawahlen 2019 durch das übliche Aushandeln von Entscheidungen im Hinterzimmer der Macht, dem Europäischen Rat, das Demokratiedefizit in der EU und Zweifel am demokratischen Funktionieren der Mehr-Ebenen-Entscheidungsstruktur (Multi-Governance) europäischer Politik weiter vergrößerte. Die einzige direkt gewählte EU-Institution, das Europäische Parlament – schon lange um mehr Rechte für gleichberechtigte Politikgestaltung kämpfend –, packte die Gelegenheit beim Schopfe und setzte sich unter Zustimmung aller im Europäischen Parlament vertretenen demokratischen Parteien fortan an die Spitze der Vorbereitung einer *Konferenz zur Zukunft Europas*. Zum ersten Mal in der Geschichte der EU wurde mit der Konferenz ein transnationales Gesprächs- und Arbeitsformat von Vertreter*innen der unterschiedlichen Entscheidungsstrukturen in der EU mit gleichberechtigt agierenden Bürger*innen-Versammlungen auf den Weg gebracht, um Ideen und Vorschläge für eine andere Politik und, wo notwendig, auch andere Formen, Rechte, Wertedurchsetzung und Verantwortungen der EU-Politik neu zu bestimmen. Alles auf den Prüfstand, keine Tabus, auch Vertragsänderungen sollten Maxime der Konferenz sein. Ein Experiment, ja. Mit vielen Ecken und Kanten, mit wenig Zeit für breite Konsultationen im Vorfeld – und in vielem dann in der konkreten Vorbereitung und Durchführung von den Lockdowns der Pandemie beeinträchtigt.

Deshalb verschob sich auch der ursprünglich angesetzte Starttermin der Konferenz auf den Europatag 2021, fast zwölf Monate verspätet. Aber nicht nur auf Grund der Pandemie, sondern auch durch die sehr unterschiedlichen Sichten der beteiligten EU-Institutionen, wie denn nun eine solche Konferenz zu konkreten Resultaten kommen kann und soll. Die Ergebnisse sollen und müssen als verbindliche Empfehlungen in praktische Konsequenzen münden. Und das wiederum hieß in Bezug auf die von Kommission, Parlament, aber auch EU-Rat vereinbarte finale Offenheit der Konferenz. Auch Vertragsveränderungen und Politikprioritäten, Kompetenzgewichtungen und -verlagerungen sollten zugelassen werden. Die Einigung dazu dauerte. Aber es gelang –deshalb hatte das Parlament, zumindest mehrheitlich, weitgehend darauf verzichtet, bereits in inhaltliche Themen einzusteigen: das sollte den Bürger*innen-Panels als neuem Akteur in diesem Dialogprozess vorbehalten bleiben. 800 aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten per Losverfahren ausgewählte Bürger*innen (und damit die Breite der Gesellschaft widerspiegelnd), nach sozio-ökonomischen Kriterien, Genderparität, möglichst auch die unterschiedlichen Stadt-Land-Region widerspiegelnd, haben über den Zeitraum von einem Jahr in Präsenz und Online ihre Sichten und Vorschläge erarbeiten. Mit Unterstützung von Expert*innen, Dolmetscher*innen oder auch durch den Einsatz von Übersetzungssoftware konnten sie sich in ihrer Muttersprache, für viele erstmalig überhaupt, mit Herausforderungen und konkreten Wegen des Politikmachens „herumschlagen" und zugleich konstruktiv neue Sichten vorlegen. Ein Drittel der Beteiligten war, bewusst so gewollt, jünger als 25 Jahre. Vor allem den jungen Menschen sollte eine gewichtige Stimme in der Konferenz gegeben werden. Gegenwart und Zukunft der EU gehen gerade sie an. Im Rahmen von vier großen Komplexen diskutieren die ausgelosten Bürger*innen ihre Visionen und Ideen zu den folgenden Themenbereichen: *eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung/Bildung, Kultur, Jugend und Sport/digitaler Wandel; Demokratie in Europa/Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit; Klimawandel und Umwelt/Gesundheit; die EU in der Welt/Migration.*

Neben diesem Gesprächsformat der Konferenz waren zeitgleich Bürger*innen der EU aufgerufen, sich auf einer digitalen Plattform ebenfalls zu Wort zu melden, Vorschläge zu unterbreiten oder auch selbst einzubringen – auf nationaler Ebene fanden diverse Dialogveranstaltungen statt, um möglichst viele Menschen in den Prozess einzubinden. In die Schlussphase der Konferenz wur-

den dann diese gewichteten Vorschläge mit in die Empfehlungserarbeitung der Konferenz einbezogen, wie auch Vertreter*innen („Botschafter*innen") der nationalen Bürger*innen-Versammlungen in der Plenarkonferenz berichterstatteten. Das alles zu bündeln, zu gewichten und produktiv zu machen, war Aufgabe und Verantwortung der Plenarversammlung der Konferenz; sie tagte sieben Mal. Zusammengesetzt aus 108 Vertreter*innen des Europäischen Parlaments, 54 Vertreter*innen des Rates, drei Vertreter*innen der EU-Kommission sowie 108 Vertreter*innen aller nationalen Parlamente, 80 Vertreter*innen der vier Europäischen Bürger*innenforen, sowie der Präsidentin des Europäischen Jugendforums und 27 Vertreter*innen nationaler Veranstaltungen und/oder nationaler Bürger*innenforen. Zudem war der Ausschuss der Regionen mit 18 Vertreter*innen, der Wirtschafts- und Sozialausschuss mit 18 Vertreter*innen, die regionalen Behörden mit sechs gewählten Vertreter*innen und die lokalen Behörden mit sechs gewählten Vertreter*innen, die Sozialpartner mit zwölf Vertreter*innen und die ZivilgesellschaftmitachtVertreter*innen beteiligt.

Was fordern die Bürger*innen?

Am 9. Mai 2022 fand der offizielle Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas statt – 49 Empfehlungen in neun Themenfeldern und mit 325 konkreten Vorschlägen wurden seitens der beteiligten Bürger*innen den EU-Institutionen vorgelegt. Die Teilnehmer*innen bestätigten in einem erstaunlich breiten Konsens diese Empfehlungen, wenn natürlich nicht alles von jeder/m geteilt wird. Die vielen engagierten Menschen fordern unter anderem *das soziale Europa zu stärken; eine Gesundheitsunion und eine gemeinschaftliche Umwelt- und Energiepolitik zu schaffen; gleiche Standards in der Bildungspolitik durchzusetzen; die Asyl- und Migrationspolitik neu auszurichten*.

Vieles kann sofort oder in den nächsten Monaten umgesetzt werden; deshalb wird es Folgeveranstaltungen der gemeinsamen Beratung über den Sachstand geben, und die EU-Kommissionspräsidentin hat zugesichert, in ihrer für September 2022 vorgesehenen jährlichen Grundsatzrede „Zur Lage der EU" einen konkreten Fahrplan über das Wie-weiter vorzulegen. Das können und werden wir alle sehr genau verfolgen. Die Messlatte ist aufgelegt. Zehn Prozent der Schlussfolgerungen erfordern jedoch grundsätzliche Vertragsänderungen, um wirklich EU-Politik bürger*innennah und krisenvorbeugend zu machen, um Lehren aus Finanzkrise, Demokratie- und Vertrauensverlust in Politik, aus Flüchtlingskrise oder Vermögen und Unvermögen gemeinsamer Covid-19 Pandemie-Bekämpfung zu ziehen und in Beziehung zur Vertragsrealität zu stellen. Das Europarlament ist sich da seiner Verantwortung für das rechtliche Ermöglichen solcher Punkte bewusst.

Der andauernde Krieg Russlands in der Ukraine hat auch die Fragen der künftigen Außen- und Sicherheitspolitik wie der Energiepolitik aufgeworfen – und damit, wie in diesem Zusammenhang Klimawandel, CO2-Emmissionen und generell Umweltschutz neu ausgerichtet und verbindlich für die EU27 zu machen sind, sozial gerecht, solidarisch und global verantwortlich. Zu benennen sind z.B. Schritte zur Einführung eines vertraglich festgelegten, verbindlichen Initiativrechts auf Gesetzgebung für das Europäische Parlament oder Verbriefung seiner Rechte in der EU-Haushaltsgesetzgebung, die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat, um Blockadehaltungen einzelner Mitgliedstaaten z.B. bei der Gewährleistung aller Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit entgegenzuwirken.

EU-Konvent – oder weiter wie bisher?

All das macht deutlich, die Menschen in der EU erwarten konkrete Veränderungen der europäischen Politik, ein gerechtes, friedliches und gemeinsames solidarisches Zusammenleben. Und: sie wollen mitmachen! Die Beteiligung aller in der EU-lebenden Menschen ist daher dringend auszubauen und zu verstetigen über das Ende der Konferenz hinaus. Auch da gibt es konkrete Ideen – für unterschiedlichen Formen und Strukturen eines permanenten Gesprächsdialogs, die aktive Verknüpfung von repräsentativer und partizipativer Demokratie, z.B. durch Konsultationen mit Bürger*innen vor jeder entscheidenden Gesetzgebung auf EU-Ebene. Die Zukunft der Gesellschaft kann nur gemeinsam gestaltet werden, und die Alltagserfahrungen der Menschen müssen in politisches Handeln fließen. Insofern wird diese Erfahrung einer neuen Art der Bürger*innenbeteiligung zu dauerhaften Veränderungen in der Entscheidungskultur führen – ich bin da optimistisch, dass ein Zurück zum Ausgangspunkt vor der Konferenz nicht mehr möglich sein wird. Ein Es-bleibt-wie-es-ist wird keinen Bestand haben können. Die Linke und viele engagierte demokratische und progressive Kräfte sollten gerade im gesellschaftlichen Diskurs immer wieder deutlich machen, es liegt an uns. Wir sind der Souverän demokratischer Entscheidungsprozesse. Geben wir unseren Anspruch und unser Recht auf Mitgestaltung und Entscheidung nicht nach dem Wahltag ab.

Parlament, Rat und Kommission sind jetzt aufgefordert, aus den Berichten und zahlreichen Empfehlungen der Bürger*innen verbindliche Schlussfolgerungen zu ziehen. Die EU braucht neue demokratische Strukturen, die Menschen dauerhaft an EU-Entscheidungen beteiligt, und eine veränderte Arbeitsweise der EU-Institutionen. Es ist offensichtlich: Vertragsveränderungen können kein Tabu mehr sein! Zum Beispiel sollte das bisher einzige transnationale direktdemokratische Instrument *Europäische Bürgerinitiative (ECI)* ausgebaut werden. Eine erst kürzlich in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Schluss, die ECI ist mit mehr Transparenz und einem niedrigschwelligen Zugang auszustatten. Die EU-Institutionen wären verbindlich zu verpflichten, die jeweiligen Anliegen umzusetzen, und die ECI entscheidungsverantwortlich beim Europaparlament anzusiedeln.
Entscheidungsstrukturen und Mechanismen der EU müssen also an diversen Stellen verändert werden. Es geht nicht in erster Linie um ein Mehr oder weniger von EU, sondern um gleiche Chancen und Rechte und das Schaffen der dafür notwendigen Rahmenbedingungen, Entscheidungsstrukturen und Zugänge für jede und jeden. Dazu zähle ich auch das Überwinden des de facto Vetorechts im EU-Rat durch Überwindung des Einstimmigkeitsprinzips. Wo und bei welchen Entscheidungen, welche Konsequenzen sich daraus auch für die sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte des Zusammenlebens im Staatenverbund EU ergeben: das muss in einem Konvent umfänglich und tiefschürfend beraten werden. Das Europarlament hat als seine Antwort auf die Forderungen der Bürger*innen am 9. Juni 2022, also schon einen Monat nach Abschluss der Konferenz, beschlossen, den Konvent einzuberufen. Der Ball liegt jetzt beim EU-Rat und den Regierungen aller 27 Mitgliedstaaten, dafür gleichermaßen Verantwortung zu übernehmen. Der Konvent sollte in seiner Zusammensetzung eine konsequente Weiterentwicklung der Zukunftskonferenz sein, auch hier die bürger*innengestützte Mitsprache von vornherein strukturell konzipieren.

Helmut Scholz gibt einen wöchentlichen Newsletter über europapolitische Schwerpunkte heraus, er kann hier bestellt werden: https://www.helmutscholz.eu/de/topic/44.newsletter.html.

Eine englischsprachige Studie zu ECI aus Sicht von European Left ist abrufbar unter: https://www.helmutscholz.eu/kontext/controllers/document.php/137.2/7/3a6ef3.pdf

* Beobachter/Mitglied im Lenkungsausschuss der Konferenz zur Zukunft Europas, Koordinator für die Fraktion THE LEFT im Ausschuss für Konstitutionelle Angelegenheiten (AFCO) des EP

Corona und die Folgen: Soziale Sicherungssysteme in der EU weiter mangelhaft

RÜDIGER LÖTZER, BERLIN

Die sozialen Sicherungssysteme in der EU sind weiterhin mangelhaft. Mehr noch: Während der Corona-Pandemie sind insbesondere grenzüberschreitende soziale Sicherungen regelrecht „eingefroren", wie es die Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung in ihrem Newsletter 4/2022 zusammenfasst.

Sichtbar wird das unter anderem im Statistischen Bericht über die Koordination der Sozialen Sicherungssysteme, den die EU-Kommission kürzlich veröffentlichte. Darin erfasst die Kommission unter anderem Daten über die Ausgabe verschiedener Dokumente, die bei grenzüberschreitender Mobilität innerhalb der EU benötigt werden. Das Dokument A1 beispielsweise wird ausgestellt, wenn Unternehmen Beschäftigte in andere EU-Länder zur Arbeit entsenden. Es soll sicherstellen, dass diese Beschäftigte für die Dauer ihrer Entsendung weiter der sozialen Sicherung des Entsendestaates unterliegen und keine Beiträge an ihrem ausländischen Arbeitsort entrichten müssen. In der Praxis kommt dieses Dokument zur Anwendung bei der Entsendung von Arbeitskräften in der Baubranche, im Logistikgewerbe, in der Pflege, für Saisonarbeit im Tourismus oder in der Gastronomie, für Erntearbeit in anderen Ländern, aber auch in der Industrie, wenn z.B. ein deutsches Unternehmen Techniker oder Ingenieure in andere EU-Länder schickt.

Weniger grenzüberschreitende Mobilität

Nach einem jahrelangen Anstieg der Ausgabe solcher Dokumente verzeichnete die EU 2020, nach Ausbruch von Corona, einen Einbruch von fast 25%, von 3,2 Millionen solcher Dokumente im Jahr 2019 auf 2,4 Millionen in 2020. Während deutsche Unternehmen solche Dokumente vor allem für Industriebeschäftigte beantragen, die ins Ausland entsandt werden, überwiegt in allen anderen EU-Ländern die Baubranche, die solche Dokumente für die Entsendung ihrer Beschäftigten in andere Länder benötigt. Beide Formen der Entsendung sind im Jahr 2020 scharf eingebrochen.

Ausnahme: Logistikgewerbe

Weitere 1,2 Millionen solcher Dokumente wurden ausgestellt für Personen, die üblicherweise in mehreren EU-Ländern arbeiten. Hier dominieren polnische Unternehmen, die solche Dokumente vor allem für ihre LKW-Fahrer ausstellen. Während auch hier die EU für alle Länder im Jahr 2020 einen leichten Rückgang der Ausgabe dieser Dokumente verzeichnet, stieg die Ausgabe an polnische Unternehmen 2020 sogar weiter an. Der Anteil polnischer bzw. von polnischen Unternehmen beschäftigter LKW-Fahrer in der EU nahm also weiter zu.

Wenig Schutz für Selbständige, Leiharbeit, Befristete

Sehr viel kritischer fällt dagegen das Urteil über die sozialen Sicherungssysteme für atypisch Beschäftigte (Saisonkräfte, Leihkräfte, befristet Beschäftigte u.a.) in einer Studie des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (ETUI) über die Corona-Zeit aus. Das Institut hat dazu acht Staaten und deren Maßnahmen zur sozialen Sicherung von Beschäftigten gegen die Corona-Pandemie untersucht: Belgien, Italien, Frankreich, Irland, Litauen, Portugal, Rumänien und Schweden. Das Ergebnis: Der soziale Schutz für diese atypisch Beschäftigten sei weiter unzureichend. Sie hätten keinen angemessenen Schutz gegen Krankheit, Arbeitsunfälle, Jobverlust. Insbesondere der Gesundheitsschutz und der Schutz gegen Arbeitslosigkeit sei für diese Beschäftigten weiter mangelhaft.

So sei zum Beispiel die Anwartschaftszeit für Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung nur in drei der acht Länder während der Pandemie verkürzt worden: in Frankreich von vier auf drei Monate, in Portugal und Schweden von zwölf auf sechs Monate. Damit kamen – ähnlich wie in Deutschland, dessen Sicherungssysteme nicht Gegenstand dieser Studie waren – viele Beschäftigte in diesen acht Ländern auch während der Corona-Pandemie nicht oder kaum in den Bezug von Arbeitslosengeld.

Verbesserungen gab es für einzelne Beschäftigtengruppen. So kamen in Belgien und Frankreich Beschäftigte im Kulturbereich (Artisten, Künstler, aber auch Techniker, die in dieser Branche arbeiten) erstmals in den Genuss von Arbeitslosengeld. Auch in Frankreich wurde ihr Zugang zu Arbeitslosengeld erleichtert.

Auch der Zugang für Selbständige zu solchen Formen der sozialen Absicherung blieb in der Pandemie mangelhaft. Nur in vier Ländern – Irland, Portugal, Rumänien und Schweden – haben solche Beschäftigten überhaupt Anspruch auf Arbeitslosengeld. Allerdings sind auch in diesen Ländern diese Leistungen mangelhaft. In Schweden etwa gilt die Regel, dass Selbständige nur dann Arbeitslosengeld beziehen, wenn der letzte Bezug fünf Jahre zurück liegt. Diese Regelung wurde in der Pandemie 2020 nur vorübergehend aufgehoben. In Portugal erhielt immerhin jeder zweite Selbständige Leistungen aus den Covid-Hilfsprogrammen der Regierung, allerdings deutlich weniger als reguläre Beschäftigte.

Trotz dieser Kritikpunkte endet die Studie des ETUI optimistisch: In Belgien, Irland und Rumänien habe die öffentliche Debatte über einen stärkeren Sozialversicherungsschutz für diese Beschäftigtengruppen während der Pandemie deutlich zugenommen. Ob daraus am Ende auch Verbesserungen folgen, bleibt offen. Der Weg zu einer solidarischen Bürgerversicherung gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und andere soziale Not scheint nicht nur in Deutschland weiter dornig.

Coordination of social security systems at a glance, 2021 Statistical Report, Hrsg. European Commission, März 2021; DSV-Newsletter on Social Security Systems 04/2022; Social protection for atypical workers during the pandemic – Etui Working Paper 2022/10

EU: Covid-19 wird Berufskrankheit

Am 18. Mai haben sich im beratenden Ausschuss für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz die staatlichen, die gewerkschaftlichen und die Arbeitgeberverbandsvertreter darüber geeinigt, dass Covid-19 als Berufskrankheit in die europäische Liste der Berufskrankheiten aufgenommen werden soll. Wie in den meisten Ländern möglich, wird vorgeschlagen, die Krankheit nur für Branchen mit nachweislich erhöhtem Infektionsrisiko anzuerkennen. Die Europäische Kommission ist nun gefordert, die europäische Liste der Berufskrankheiten entsprechend anzupassen.

Neben der permanenten Beratung in den sogenannten Coreper-Strukturen (Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedsstaaten) sind in dem vertikalen Mehrebenen-Prozess der Rechtsetzung in der EU diverse beratende Ausschüsse und bei der Kommission angesiedelte Expertenkommissionen eingerichtet. In ihnen finden sich bezogen auf den materiellen Gegenstand die Interessengruppen. Eine deutliche Einigung in diesen Gremien bedeutet meist auch ein schnelles Handeln der Kommission und in der Konsequenz (oft) wenig Dissens zwischen Parlament, Rat und Kommission.

Stellungnahme des beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz vom 18. Mai 2022: https://circabc.europa.eu/ui/group/cb9293be-4563-4f19-89cf-4c4588bd6541/library/e5dcd649-8338-473a-b18c-d008c678e6d3/details

Aktionen/Initiativen, Thema: Preissteigerung/Armut/Sozialpolitik
Thorsten Jannoff red, Gelsenkirchen

Hohe Energiepreise: Paritätischer kritisiert unzureichende Entlastung

www.der-paritaetische.de Angesichts der aktuellen massiven Preissteigerungsraten kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband die heute vom Bundeskabinett im Rahmen des sogenannten Entlastungspakets beschlossenen Hilfen für einkommensschwache Haushalte als völlig unzureichend. Statt einer Einmalleistung sei eine deutliche Anhebung der Regelsätze für Leistungen der Mindestsicherung wie Hartz IV um monatlich mindestens 200 Euro nötig. Der Paritätische weist darauf hin, dass nicht nur die Energiekosten, sondern auch die Preise für Lebensmittel in den vergangenen Monaten außergewöhnlich stark angestiegen sind, während die Hartz-IV-Regelsätze zu Jahresbeginn um gerade einmal 0,7% erhöht wurden. „Arme Menschen dürfen nicht länger mit unzureichenden Einmalzahlungen vertröstet werden, sondern brauchen spürbare und dauerhafte Unterstützung in ihrer Not. Neben einer dauerhaften und spürbaren Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung brauche es auch eine Ausweitung von Wohngeld und BaföG, damit mehr Menschen wirksam erreicht und entlastet werden. Der zuletzt beschlossene einmalige Heizkostenzuschuss werde zudem in der Höhe absehbar kaum ausreichen, um die Preisentwicklungen in diesem Jahr aufzufangen. Auch hier braucht es eine nachhaltige und dauerhafte Lösung in Form einer echten Klimakomponente, fordert der Verband."

Den Ärmsten muss jetzt dauerhaft geholfen werden

www.sovd.de Rekordinflation und dramatische Preisanstiege für Energie und Lebensmittel treffen Rentner*innen, Transferleistungsbeziehende, Geringverdienende und Erwerbsminderungsrentner*innen schon jetzt besonders hart. Das zeigt sich vor allem, wenn man den Preisanstieg in Relation zum Haushaltseinkommen setzt. SoVD-Präsident Adolf Bauer ist besorgt: „Wer schon vor dem Krieg gerade so über die Runden gekommen ist, weiß heute nicht, wovon er am Ende des Monats leben soll. Das belegt nicht zuletzt auch die stark gestiegene Nachfrage bei den Tafeln. Die Entlastung derer, die durch die Preisentwicklung in Relation zum verfügbaren Einkommen am höchsten belastet sind, muss zielgerichtet und nachhaltig sein." Der SoVD begrüßt daher die Vorschläge für eine Erhöhung der Regelsätze und ein soziales Klimageld, das alle kleinen und mittleren Einkommen erreicht – also auch Rentner*innen und Arbeitslose. „Bis dahin brauchen wir einen sofortigen monatlichen Zuschlag von 100 Euro für alle Grundsicherungsbeziehenden, ein weiteres Entlastungspaket speziell für Rentnerinnen und Rentner, sowie die schnellstmögliche Umsetzung der Mindestlohnanhebung auf 12 Euro", so Bauer.

AWO: Entlastungen nach Gießkannenprinzip nicht die richtige Strategie

www.awo.org Angesichts der rekordhohen Inflationsrate fordert die Arbeiterwohlfahrt ein radikales Umdenken in der Armuts- und Energiepolitik. Dazu erklärt Michael Groß, Präsident der Arbeiterwohlfahrt: „Die Inflation trifft auf eine zutiefst ungleiche Gesellschaft, in der viele Menschen in Armut leben und derzeit durch die steigenden Lebenshaltungskosten in existenzielle Not geraten. Die momentanen Teuerungen belasten armutsbetroffene Haushalte relativ mehr, sie müssen einen immer höheren Anteil ihres Haushaltseinkommens u.a. für Warmmiete, Strom, Mobilität und Lebensmittel aufbringen. Hinzu kommen die sozialen Folgen von Corona. In der Summe entstehen finanzielle Mehrbelastungen, die für ärmere Haushalte nicht mehr tragbar sind. Die aktuelle Situation muss daher zum Anlass genommen werden, um das Sicherheitsversprechen des Sozialstaates kurzfristig wie langfristig zu erneuern. Wir erwarten, dass die Sozialpolitik auf diesen Preisschock bedarfsgerecht reagiert! Kathrin Sonnenholzner, Präsidentin der Arbeiterwohlfahrt, ergänzt: „Die kurzfristigen Entlastungsmaßnahmen zeigen den richtigen Willen, soziale Härten abzufedern. Aber Stückwerk und Entlastungen nach dem Gießkannenprinzip sind langfristig gesehen keine Strategie für die zwingend gebotene sozial-ökologische Transformation. Wenn die Klimawende verpasst, alle Menschen mitzunehmen, steigt in den kommenden Jahren das Risiko einer sozialen Spaltung. Wir brauchen als Gesellschaft eine gerechte, sozial-ökologische Wende. Denn die Klimakrise ist eine zutiefst soziale Frage – das zeigt sich im Moment ganz deutlich. Effektiver Klimaschutz ist also schon sozialpolitisch geboten. Wir müssen gleichzeitig die Verteilungswirkung der Instrumente und Maßnahmen genau in den Blick nehmen. Wir appellieren deshalb an die Politik, die Armutspolitik an diese neuen Realitäten anzupassen."

Soziales Klimageld: BUND und Paritätischer fordern rasche Einführung

www.der-paritaetische.de In der aktuellen Debatte um ein Klimageld fordern der Paritätischer Gesamtverband und der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) die zügige Einführung eines Klimageldes, mit dem Haushalte gezielt und wirksam entlastet werden. Anlässlich der Vorschläge von Bundesminister Heil zur Einführung eines gestaffelten Klimageldes ab dem nächsten Jahr kommentieren der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) gemeinsam. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer Paritätischer Gesamtverband: „Die Preise für Energie und Lebensmittel schießen derzeit durch die Decke und bringen ärmere Haushalte an den Rand der Verzweiflung. Umso wichtiger für die gelingende ökologische Wende ist ein wirksamer sozialer Ausgleich klimapolitischer Maßnahmen. Ein einkommensabhängiges Klimageld wirkt zielgenau, weil es diejenigen entlastet, die wirklich Entlastung brauchen, und ist deshalb sozialpolitisch und ökologisch das richtige Signal." Dabei sei klar,

dass ein solches Klimageld die Erhöhung der Leistungen in Hartz IV und Altersgrundsicherung nicht ersetzen könne, betonte Ulrich Schneider. „So richtig der von Hubertus Heil vorgeschlagene Ansatz für ein Klimageld ist, so wichtig bleibt davon unabhängig die armutsfeste Ausgestaltung des Bürgergeldes“, so Schneider weiter.

Kindergrundsicherung: Für einen echten Systemwechsel!

www.dksb.de Die Ampelkoalition hat sich im Koalitionsvertrag auf die Einführung einer Kindergrundsicherung verständigt. Dieses Vorhaben begrüßt das Bündnis Kindergrundsicherung ausdrücklich, stellt jedoch in seiner heute veröffentlichten Stellungnahme klare Anforderungen zur Ausgestaltung. Die Kindergrundsicherung ist eine grundlegende Reform, die Umsetzung muss sich an den großen Zielen Bekämpfung der Kinderarmut und Stärkung von Familien messen lassen. Eine Beteiligung aller relevanter Akteure am Vorbereitungs- und Umsetzungsprozess muss gewährleistet sein. Der aktuell diskutierte Sofortzuschlag kann dabei nur eine Übergangslösung sein, bei der Höhe und dem Kreis der Anspruchsberechtigten muss aber noch kurzfristig nachgesteuert werden. In seiner Stellungnahme betont das Bündnis, dass die Kindergrundsicherung so ausgestaltet sein muss, dass sie Kinder tatsächlich aus der Armut holt, viele Leistungen bündelt sowie gleichzeitig automatisch und unbürokratisch jedes Kind erreicht. „Kinderarmut bekämpft man auch mit Geld. Deshalb wird es auch maßgeblich von der Höhe der Kindergrundsicherung abhängen, ob sie Kinder aus der Armut holt. Die im Ampel-Koalitionsvertrag verankerte Neuberechnung des kindlichen Existenzminiums ist daher entscheidend. Die kindlichen Bedarfe müssen besser abgedeckt werden als bisher. Die Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums darf nicht nach Kassenlage erfolgen“, so Heinz Hilgers, Präsident des Kinderschutzbundes und Bündnis-Koordinator.

Mieterbund kritisiert geplante Inflationsanpassung bei Vonovia

www.mieterbund.de Der Deutsche Mieterbund (DMB) zeigt sich entsetzt über die mediale Mieterhöhungsankündigung von Deutschlands größtem Immobilienkonzern Vonovia. „Dass Mieterinnen und Mieter für den eingebrochenen Aktienkurs von Vonovia und höhere Zinsen am Kapitalmarkt herhalten müssen, zeigt, dass die Geschäftsmodelle börsennotierter Wohnungskonzerne unsozial und spekulativ sind“, kommentiert der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Lukas Siebenkotten, die Presseberichte zur Inflationsanpassung der Mieten durch Vonovia. Die Wohnkostenkrise in Deutschland spitzt sich immer mehr zu. Die Mieten steigen während der Corona-Pandemie ungebremst weiter, trotz nur langsam wieder in Schwung kommender Wirtschaft. Große Wohnungskonzerne konnten ihre Mieteinnahmen trotz dieser historischen Krise zum Teil deutlich steigern und üppige Dividenden an ihre Aktionäre ausschütten. Allein die Vonovia SE, Deutschlands größter Immobilienkonzern mit rund 565 000 Wohnungen, hat im Pandemie-Jahr 2021 rund 1,7 Milliarden Euro Gewinn erzielt und mit 1,66 Euro je Aktie die höchste Dividende der Unternehmensgeschichte ausgezahlt. Im gleichen Jahr wurden die Mieten in den konzerneigenen Wohnungen im Durchschnitt um 3,8 % erhöht, mit Steigerungsraten von bis zu 8 % allein in Berlin. Zusätzlich wurde für 19 Mrd. Euro die Deutsche Wohnen, der bis dahin zweitgrößte börsennotierte Immobilienkonzern mit rund 150 000 Wohnungen, übernommen.

Zwei Jahre Corona, steigende Preise – Immer mehr Menschen geraten in die Schuldenfalle

www.diakonie.de Zwei Jahre Corona-Pandemie und rasant steigende Lebenshaltungskosten: Immer mehr Menschen geraten in finanzielle Not. Im Frühjahr 2022 verzeichneten die gemeinnützigen Schuldnerberatungsstellen in Deutschland im Vergleich zum Spätsommer 2021 einen deutlichen Anstieg bei der Nachfrage nach Beratung. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV), die zum Abschluss der Aktionswoche Schuldnerberatung veröffentlicht wurde. Gleichzeitig machte das Bündnis klar, dass ein Ausbau der Schuldnerberatung, ihre auskömmliche Finanzierung sowie Investitionen in die Digitalisierung der sozialen Schuldnerberatung dringend notwendig seien, damit überschuldete Menschen Unterstützung erfahren. Mehr als die Hälfte der befragten Beratungsstellen nannte zwischen zehn und 30 Prozent mehr Anfragen im Vergleich zum Sommer 2021. Damit setzt sich der Trend einer ersten Befragungswelle im Sommer 2021 fort, die bereits einen deutlich erhöhten Beratungsbedarf festgestellt hat. Annabel Oelmann, Vorständin der Verbraucherzentrale Bremen: „Pandemie und Inflation sind bei uns deutlich zu spüren. Es kommen immer mehr Menschen, die ihre Miete und Stromkosten nicht mehr zahlen können. Auch beobachten wir, dass Ratsuchende mit psychischen Erkrankungen noch häufiger als vor Corona zu uns kommen. Wir müssen leider viele wieder wegschicken, weil sie gar keinen Anspruch auf Beratung haben.“
Denn in Deutschland haben nicht alle Menschen die Möglichkeit, sich in der gemeinnützigen Schuldnerberatung professionell beraten zu lassen – oder erst dann, wenn es zu spät ist. Wer keine Sozialleistungen bezieht, kann Schuldnerberatung nicht kostenlos in Anspruch nehmen. So sieht es der Gesetzgeber vor. Das Tempo beim Ausbau der Schuldnerberatung – analog und digital – muss mit der Geschwindigkeit Schritt halten, mit der die Krisen Menschen in ökonomische Not bringen.“

Energie-Existenzminimum sichern!

www.erwerbslos.de Die Hartz-IV-Regelsätze liegen weit unter dem tatsächlichen Existenzminimum. Unvorhergesehene Kostensteigerungen lassen sich nicht ausgleichen. In der Corona-Pandemie sind die Lebenshaltungskosten laufend gestiegen. Inflation und Energiepreise wachsen durch den Ukraine-Krieg weiter. Die vom Bundesverfassungsgericht 2014 geforderte Anpassung des Regelsatzes ist nicht nur für Strom überfällig. Die geringen Einmalzahlungen gleichen die Kostenexplosion nicht aus. Allein Lebensmittel haben sich 2021 gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Prozent verteuert. Immer mehr Haushalte können ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen. Der Strom-Betrag im Regelsatz von rund 36 Euro entspricht laut Stromspiegel Deutschland einem extrem geringen Verbrauch. Einkommensarme können aber z.B. nicht einen Stromfresser gegen einen energieeffizienten Kühlschrank austauschen. Das Bündnis „Auf Recht bestehen“ fordert daher mit Unterstützung der Nationalen Armutskonferenz (nak) für Einkommensarme und Grundsicherungsbeziehende: • Übernahme der Energiekosten für alle existenziellen Bedürfnisse; • unbürokratische Erstattung erhöhter Abschläge und Nachzahlungen; • Verbot von Strom- und Gassperrungen für Privathaushalte; • Erhöhung des Regelsatzes auf das tatsächliche Existenzminimum; • Einmalzahlung als Ausgleich für Preissteigerungen und Mehrausgaben müssen hinreichend bemessen sein und dürfen eine notwendige zeitnahe Erhöhung der Regelbedarfe nicht ersetzen; • Übernahme der Anschaffungskosten für energiesparende Geräte.

Landtagswahlergebnis NRW: Schwarz-Grün vertritt nur eine Minderheit

LV Die Linke, NRW. Die historisch niedrige Wahlbeteiligung bedeutet, dass tatsächlich nur eine Minderheit an der NRW-Wahl teilgenommen hat. Denn wenn von 55,5 Prozent Wahlbeteiligung gesprochen wird, sind zum Beispiel Menschen ohne deutschen Pass und Menschen unter 18 noch nicht eingerechnet. Von den rund 18 Millionen Einwohnern in NRW wurden bei der Landtagswahl am 15. Mai nur rund sieben Millionen (7 130 333) gültige Stimmen abgegeben. Weniger als vier Millionen (3 877 247) davon entfielen auf CDU und Grüne, die gerade zur Regierungsbildung ansetzen. Im Ergebnis haben knapp 22 Prozent der Einwohner NRWs für die Parteien gestimmt, die jetzt die Regierung bilden können.

Besonders niedrig war die Wahlbeteiligung in Stadtvierteln mit geringen Einkommen und hohem Migrationsanteil, besonders hoch in Stadtvierteln mit hohen Einkommen. Dabei klafft die Wahlbeteiligung beispielsweise in Köln zwischen Köln-Chorweiler (21,91%) und Köln-Hahnwald (73,46%) um mehr als 50 Prozentpunkte auseinander.

Dazu sagt JULES EL-KHATIB, Landessprecher für Die Linke NRW

„Wenn Politik in erster Linie die Wohlhabenden erreicht, ist klar, dass sie am Ende auch in erster Linie die Wohlhabenden vertritt. Es ist dann nachvollziehbar, wenn sich die Menschen in den ärmeren Stadtvierteln enttäuscht von der Politik abwenden. Und: Wenn hauptsächlich die Wohlhabenden wählen gehen, ist es auch keine Überraschung, wenn die Bürgerlichen und ihre Hipsterkopie die Regierungsfrage unter sich ausmachen. Dieser sich selbst verstärkende Prozess ist eine Gefahr für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Es ist unsere Aufgabe als Linke, in die Stadtteile zu gehen, die von der herrschenden Politik vernachlässigt werden, Ansprechpartner der Menschen zu sein, Anwalt der Interessen der Menschen in den abgehängten Stadtteilen sein.

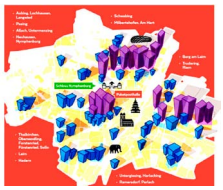
Wir werden die Energie, die wir sonst in den Aufbau einer effektiv arbeitenden Landtagsfraktion gesteckt hätten, die der Regierung scharf auf die Finger schaut und die Fragen der Menschen ins Parlament trägt, nun in den Ausbau unserer Verbindung zu den Menschen stecken, die eine linke Partei am dringendsten brauchen. Die Linke will das Gegengewicht sein zu der Politik der Besitzenden. Wenn bei der nächsten Wahl in Köln-Chorweiler die Wahlbeteiligung so hoch wird, wie in Klettenberg, wird die Politik in Düsseldorf anders aussehen, da bin ich sicher."

Siehe auch PB 2/2022. Tabelle (Ausschnitt) siehe www.wahlrecht.de

	Landtagswahl 2022		Landtagswahl 2017		
	Zweit-stimmen		Zweit-stimmen		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Diff.
Wahlberechtigte	12.965.858		13.164.887		
Wähler	7.200.293	55,53	8.577.221	65,15	−9,62
Ungültige Stimmen	53.462	0,74	89.808	1,05	−0,31
Gültige Stimmen	7.146.831	99,26	8.487.413	98,95	+0,31
Davon					
CDU	2.552.276	35,71	2.796.683	32,95	+2,76
SPD	1.905.002	26,66	2.649.205	31,21	−4,55
FDP	418.460	5,86	1.065.307	12,55	−6,69
AfD	388.768	5,44	626.756	7,38	−1,94
GRÜNE	1.299.821	18,19	539.062	6,35	+11,84
DIE LINKE	146.634	2,05	415.936	4,90	−2,85
PIRATEN	19.248	0,27	80.780	0,95	−0,68
Die PARTEI	76.006	1,06	54.990	0,65	+0,41
FREIE WÄHLER	49.985	0,70	33.083	0,39	+0,31
BIG	4.222	0,06	17.421	0,21	−0,15
ÖDP	9.664	0,14	13.288	0,16	−0,02
Volksabstimmung	5.606	0,08	8.386	0,10	−0,02
MLPD	3.354	0,05	7.707	0,09	−0,04
DIE VIOLETTEN	2.990	0,04	7.171	0,08	−0,04
Gesundheitsforschung	6.833	0,10	5.964	0,07	+0,03
ZENTRUM	4.162	0,06	3.336	0,04	+0,02
DKP	3.049	0,04	2.899	0,03	+0,01
dieBasis	60.084	0,84	–	–	+0,84
DSP	3.839	0,05	–	–	+0,05
Die Urbane.	5.201	0,07	–	–	+0,07
LIEBE	8.235	0,12	–	–	+0,12
FAMILIE	14.684	0,21	–	–	+0,21
neo	2.192	0,03	–	–	+0,03
Die Humanisten	8.211	0,11	–	–	+0,11
PdF	6.154	0,09	–	–	+0,09
LfK	6.364	0,09	–	–	+0,09
Tierschutzpartei	75.811	1,06	–	–	+1,06
Team Todenhöfer	14.799	0,21	–	–	+0,21
Volt	45.177	0,63	–	–	+0,63

NEU: Verweise auf unsere Berichterstattung in früheren Ausgaben erscheinen künftig in der Kurzform „PB 2/2022" usw. Eine Download-Liste, die zu sämtlichen Ausgaben der Politischen Berichte führt, wird über den folgenden Link erreicht: **http://www.linkekritik.de/index.php?id=pb**

https://hochhausstop.de/



München: Unterschriftensammlung für Bürgerentscheid zwecks Hochhausstopp gestartet:

Martin Fochler, München. Die Initiative Hochhausstopp sieht in der Genehmigung der Pläne von Investors Büschel einen Türöffner zum Umbau Münchens zur Hochhausstadt. Ein Scheitern dieses Projektes würde die Phantasie von Investoren- und Architektenschaft in eine andre Richtung drängen. **Siehe auch PB 2021, Nr. 1, 2, 3**

DOK: https://hochhausstop.de/

Mit meiner Unterschrift beantrage ich gemäß Artikel 18a der Bayerischen Gemeindeordnung die Durchführung eines Bürgerentscheides zu folgender Frage:

Sind Sie dafür, dass die Stadt München alle rechtlich zulässigen Maßnahmen ergreift, damit in Neuhausen im Umfeld der Paketposthalle KEIN Hochhaus gebaut wird, das über 60 Meter hoch ist

(Grundbuch München, Gemarkung Neuhausen mit den FINr. 221/0; 221/16; 221/18; 221/29)?

Begründung: München ist aus guten Gründen keine Hochhausstadt! Nach dem Krieg hat sich die Stadtgesellschaft bewusst dafür entschieden, München in seiner geliebten Form wieder auferstehen zu lassen.

Frankfurt a. M. hat sich bewusst anders entschieden. Unsere schöne Münchner Stadt verkörpert eine städtebauliche Harmonie und ein Lebensgefühl, das die ganze Welt anzieht, bewundert und uns darum beneidet! München ist auch ohne monströse Hochhaustürme Heimat und Wohlfühlort von 1,5 Mio. Münchnerinnen und Münchner und bis zu 9 Mio. Touristen im Jahr. Nach zahlreichen Stimmen aus der Fachwelt kann mit Hochhäusern über 60 m Höhe kein nachhaltiger, d.h. ökologischer und ökonomischer Bau, gerade von Wohnungen erreicht werden. Trotzdem soll nach dem Willen des Stadtrates jetzt in einem nicht wirklich transparenten Verfahren der Wandel Münchens zur Hochhausstadt eingeleitet werden.

Die Realisierung von zwei gigantischen Hochhaustürmen mit bis zu 155 m Höhe an der Paketposthalle öffnet den Investoren Tür und Tor. Die städtische Hochhausstudie ebnet den Weg für den Bau weiterer Hochhäuser. Das wird den Charakter und die Stimmung in unserer Stadt dauerhaft und einschneidend verändern.

Verhindern Sie mit uns den Dammbruch – für unsere schöne Münchner Stadt und eine umweltbewusste, familienfreundliche Zukunft. Unterschreiben Sie für das Bürgerbegehren – darum bitten wir Sie herzlich!

Als Vertreter gemäß Art. 18a Abs. 4 BayGO werden benannt: 1. Robert Brannekämper, MdL 2. Wolfgang Czisch, Stadtrat a.D. 3. Max von Heckel, MdL a.D.Als Stellvertreter werden benannt: zu 1. Elke Wendrich zu 2. Margit Meier zu 3. Josef Mögel

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen. Ein guter und reibungsloser Zugang zu einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung kann herkunftsbedingte Bildungsunterschiede zumindest ein Stück weit ausgleichen. Allerdings hapert es besonders in den westlichen Bundesländern an der entsprechenden öffentlichen Infrastruktur.
Die Linke setzt sich in Kommunen und Ländern für einen Ausbau dieser öffentlichen Güter ein und dafür, dass jedes Kind davon etwas hat. Damit ist der Unterschied zu einer mittelklasseorientierten Bildungspolitik à la CDU und Grüne markiert, der dieser Aspekt, wenn überhaupt, nur am Rande wichtig ist. Denn es ist z.B. keine Kleinigkeit, den Kindern und Eltern mit kostenlosen Angeboten möglichst unbeschwerte Sommerferien zu bereiten.

Mecklenburg-Vorpommern: nach beitragsfreier Kita jetzt beitragsfreie Ferienbetreuung

JEANNINE RÖSLER, Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Als Anfang Januar 2020 in Mecklenburg-Vorpommern die Kita beitragsfrei wurde, haben alle Eltern aufgeatmet, deren Kinder in der kommunalen Kindertagesförderung betreut werden. Die zu stemmenden Zusatzkosten waren beträchtlich: Wer zwei Kitakinder zu Hause hatte, wurde nicht selten eine zweite Miete los. Es war eine enorme Belastung für viele Familien, die lediglich mit einem niedrigen durchschnittlichen Einkommen zurechtkommen müssen. Kein Wunder, dass die beitragsfreie Kita als Meilenstein gefeiert wurde. Die Linke war damals noch Oppositionspartei, hat sich aber stets für die für Eltern kostenfreie Kita eingesetzt und folglich das entsprechende SPD-Vorhaben unterstützt.

Klar war für Die Linke in Mecklenburg-Vorpommern jedoch auch: Die beitragsfreie Kita kann nur ein erster Schritt sein, wenn es um die finanzielle Entlastung von Eltern geht. Diese zweifelllos wichtige sozialpolitische Errungenschaft musste erweitert und flankiert werden. Mit dem Eintritt in die Landesregierung Ende 2021 war dann auch schnell klar, dass wir nach dem richtigen ersten Schritt einen zweiten gehen werden. Es ist erneut ein Schritt, der für pragmatische und an den Bedürfnissen von Familien orientierte linke Sozialpolitik steht: die beitragsfreie Ferienbetreuung für Schülerinnen und Schüler der Grundstufe.

Druck aus dem Kessel nehmen: Arbeit, familiäre Fürsorge und Privatleben unter einem Dach ermöglichen

Nach dem oft schwierigen Zurechtkommen mit den Schließzeiten in der Kita stehen Eltern mit dem Eintritt ihres Kindes in die Grundschule häufig vor dem nächsten großen logistischen Problem: den Schulferien. Die größte Herausforderung ist dabei das organisatorische Meistern der sechswöchigen Sommerferien. Selbst für Beschäftigte, die nicht in saisonal geprägten Berufen arbeiten, ist das oft ein Drahtseilakt. Für Eltern endete dieser oft mit der Aufteilung, wonach ein Elternteil die ersten drei Wochen abdeckt und der andere Elternteil die letzten drei. An einen gemeinsamen Familienurlaub ist nicht mehr zu denken und das ist noch nicht das organisatorisch schlechteste Szenario. Für die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Mecklenburg-Vorpommern, die in der Gastronomie, der Hotellerie, insgesamt in der Tourismusbranche arbeiten, herrscht im Sommer Hochbetrieb. An eigenen Urlaub oder gar verkürztes Arbeiten ist da kaum zu denken. Wenn dann noch die Großeltern als Betreuung ausfallen und auch sonst keine Verwandten, Freunde oder Bekannte dafür in Frage kommen, stehen Eltern schnell vor einer Zerreißprobe, die auf Arbeit kontra familiäre Fürsorge und ausgefülltes Privatleben hinausläuft.

Eltern entlasten – gerade in den Randzeiten

In einer solchen Lage zählt jede Stunde, die Entlastung bringt. Das war unser Ziel bei der Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (KiföG MV) unter linker Federführung: Bei einem Ganztagsplatz gibt es bis zu vier Stunden zusätzlich für Eltern kostenfreie Betreuung im Hort, bei einem Teilzeitplatz bis zu drei Stunden. Für Eltern sind das enorm wichtige Stunden, die ihnen die notwendige Flexibilität verschaffen, gerade in den Randzeiten zwischen 15 und 18 Uhr.

Frühkindliche Bildung und Förderung auch in den Schulferien – ohne dabei zur Kasse gebeten zu werden

Neben dem organisatorischen Aspekt gibt es einen weiteren nicht zu unterschätzenden Gewinn für alle.
Mit der Gesetzesänderung stärken wir die frühkindliche Bildung und Förderung auch in den Schulferien – ohne dass die Eltern dafür zur Kasse gebeten werden.

Kindertagesförderung in Mecklenburg-Vorpommern. Das Kindertagesförderungsgesetz (KiföG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. September 2019 (gültig ab 1. Januar 2020) und seine Verordnungen. 94 Seiten / Broschüre. Stand: 03/2021.
https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/bm/Kindertagesfoerderung/Elternbeitragsfreiheit/

Kostenlose Ferienangebote und KVB-Tickets für alle Schüler*innen und Auszubildende: Köln.

Die Linke hat zur Ratssitzung zusammen mit SPD, die FRAKTION und den KLIMA FREUNDEN beantragt, dass in den Sommerferien 2022 alle Schüler*innen und Auszubildenden kostenlos die KVB und viele Freizeitangebote wie Schwimmbäder und Zoo nutzen können.

Der Antrag ist abgelehnt worden.
Dazu hat Jörg Detjen diese Rede gehalten:

Dieser Sommer ist ein besonderer: Mitten in Pandemie und Krieg! Das war und ist der Grund dieses Antrages. Für viele Jugendliche ist es der dritte Sommer in der Corona-Pandemie. Für die Jugendliche aus der Ukraine ist es außerdem der erste Sommer im Krieg und in einem neuen Land. – All diesen Jugendlichen wollen wir spannende Sommerferien ermöglichen. Wir wollen alle Jugendlichen zusammenbringen. Was wissen sie heute, was noch alles geschehen wird? Trauer und Resignation in einer ungewissen Zukunft? Vielleicht dramatische Preiserhöhungen, die vor allem Familien mit wenig Einkommen treffen? Der zweite Grund für diesen Antrag ist der Beschluss der Bundesregierung für ein Neun-Euro-Ti-

cket im ÖPNV. Er öffnet die Chance, mit einem Bundeszuschuss von 50 Mio. Euro für die KVB, mit vergleichbar geringen Mitteln, für Jugendliche in den Sommerferien ein kostenloses Fahren anzubieten. Um kostenlose Ferienangebote rund zu machen, sollten die Schwimmbäder für Jugendliche kostenfrei sein, ebenfalls die Zoobesuche. Gerade mit dem kostenlosen ÖPNV können Jugendliche viel besser die kostenlosen Angebote, z.B. in den Museen oder von Kölle aktiv, nutzen. Die Vorsitzenden des DGB und des Stadtsportbundes finden diesen Antrag sehr gut, weil mit sozialen, mobilen und sportlichen Angeboten die Ferien interessant gemacht werden. Es gibt viel nachzuholen. Zum Beispiel beim Schwimmen. Angebote mit Bewegung und Spielen sind der Schlüssel für ein bewusstes und freiheitliches Leben – für alle Jugendlichen, wo auch immer sie herkommen. Für alle Geflüchteten ein Abschalten und eine Chance Freundinnen und Freunde kennenzulernen. Gerade Freizeitangebote haben eine geringe Sprachbarriere und erleichtern das Miteinander. Bildung, Natur, Kultur und Sport sollen den Kindern und Jugendlichen helfen, über die Bedrohung und den Stress hinweg zu sehen. Den Besuch im Zoo oder im Museum verfolgt man mit den Augen. Sie öffnen die Herzen der Menschen. Aus den Kreisen von Schwarz-Grün hört man, dies sei ein Wahlkampfantrag. Wir haben allen demokratischen Parteien frühzeitig angeboten, den Antrag gemeinsam zu stellen. Das wollten sie nicht! – Jetzt die Ausreden! Wenn sie ernsthaft an dem Thema interessiert wären, würden sie Änderungen einbringen. Zum Beispiel wären auch Freizeitkarten mit einem beschränkten Kontingent denkbar. Nichts dergleichen ist von Ihnen gekommen! Wir haben in unserem Antrag auch einen finanziellen Deckungsvorschlag gemacht. Wenn der Stadtwerke-Konzern im Jahre 2021 einen überraschend hohen Gewinn macht, sollte er diesen auch zum Teil an die Kölnerinnen und Kölner zurückgeben. Es gilt in dieser hoch angespannten Lage, ausgleichend, sozial und gerecht, die Stadt mit einem Lachen von jungen Menschen in Bewegung zu bringen. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist ein Schlüssel für ein gewaltfreies Miteinander mit Anerkennung, Respekt und Selbstbewusstsein.

https://www.linksfraktion-koeln.de

Frühkindliche Bildung in der Krise – Kitaplätze und Erzieher fehlen

JOHANN WITTE, BREMEN

In der Stadt Bremen fehlen nach den bisher vorhandenen Anmeldungen zum kommenden Kindergartenjahr voraussichtlich 1 457 Kitaplätze davon 1 212 in Kindergärten und 245 in Krippen. Besonders groß ist die Differenz zwischen der Nachfrage der Eltern und den vorhandenen Plätzen in sozial benachteiligten Stadtteilen. Trotz Neubau bzw. Ausbau von Kindergärten und der Einstellung von weiteren Fachkräften nimmt der Mangel seit Jahren weiter zu. Bremen steht damit nicht allein. Die Zahl der Kinder in Tageseinrichtungen in Deutschland hat seit 2007 stark zugenommen. So gab es 2007 über 278 000 Kinder unter drei Jahren in Tageseinrichtungen, 2021 waren es schon über 680 000. Bei den drei- bis sechsjährigen Kindern waren es 2007 über 1,93 Mio. und 2021 schon über 2,18 Mio.[1]

Die Betreuungsquote für Kinder von unter 3 Jahren in Tagesbetreuung lag in Deutschland 2021 im Durchschnitt bei 34,4 % und bei Kindern von drei bis sechs Jahren bei 91,9 %. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen in der frühkindlichen Bildung ist diese Situation weit entfernt und gleicht in Kommunen und Kreisen einem bundesweiten Flickenteppich.

Bei Kindern unter drei Jahren haben die neuen Bundesländer eine deutlich höhere Betreuungsquote (Mecklenburg-Vorpommern z.B. 57,9 %). Baden-Württemberg (28,7 %) lag mit Bayern (29,3 %), Rheinland-Pfalz (29,2%) und Bremen (29,4%) auf den hinteren Plätzen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat 2020 eine „Betreuungslücke" von 340 000 Plätzen berechnet, die seit 2015 um 145 000 Plätze angewachsen ist[2]. Gründe dafür sind gesellschaftliche Veränderungen in den Familien und eine weiter steigende Nachfrage der Eltern. Auch der seit 2013 bestehende Rechtsanspruch für Kinder auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag, hat dazu geführt, dass sich Ansprüche leichter durchsetzen lassen.

Für Kinder von 3 bis 6 Jahren lag die Betreuungsquote in Deutschland 2021 seit Jahren mit 91,2% wesentlich höher. Thüringen lag hier mit 95,7 % an erster Stelle, Bremen mit 87,3 % an letzter.

Die Betreuungsschlüssel in den jeweiligen Landes-Kita-Gesetzen sind verschieden. So betreut im Durchschnitt eine vollbeschäftigte Kita-Kraft im Westen der Bundesrepublik 3,5 ganztagsbetreute Krippenkinder, in Ostdeutschland 5,5. Hierzu hat die Bertelsmann-Stiftung im „Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme" versucht, kindgerechte Personalschlüssel zu berechnen und hat für die Krippenkinder 3,0 Kinder pro Betreuungskraft berechnet, im Kindergarten kam man auf 8,0 Kinder.[3] Diese Zahlen machen deutlich, welche Anstrengungen in den nächsten Jahren unternommen werden müssen, um eine angemessene Betreuung zu erreichen und der Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen näher zu kommen.

Die Entwicklung bei den Erzieher:innen

Während die Anforderungen an den Erzieherberuf in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind, ist die Bezahlung mit einem Einstiegsgehalt von ca. 3 000 Euro brutto dagegen eher niedrig. Hinzu kommt eine lange und in den meisten Fällen unbezahlte Ausbildung, die in einigen Fällung auch Schulgeld kostet.

Die Zahl der Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen ist von 2020 auf 2021 von 785 670 auf 818 301 gestiegen. Die Stellen für Erzieher:innen sind um

Quellen: 1 https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kindertagesbetreuung/Publikationen/Downloads-Kindertagesbetreuung/tageseinrichtungen-kindertagespflege-5225402217004.pdf;jsessionid=04E25AE5087469DD5EBA5154E06BFE00.live711?__blob=publicationFiletatist. Bundesamt (Destatis); 2022: Kinder in Tageseinrichtungen (Anzahl) **2** https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2020/IW-Kurzbericht_2020-_Kinderbetreuung.pdf **3** https://www.laendermonitor.de/de/report-profile-der-bundeslaender/uebersicht **4** Erziehung und Wissenschaft 4/22; S.38-39

DESTATIS Statistisches Bundesamt

Grafiken: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kindertagesbetreuung/kindertagesbetreuung-karte.html?nn=211240#karte1, Copyrights: © GeoBasis-DE / BKG 20211 Quellenangaben und methodische Hinweise © Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2022

Info zu den Grafiken: Im Original Interaktiv angelegt, Kreisdaten etc. aufrufbar. Statis:

„Aktuell stehen folgende Themen als Kartendarstellung zur Verfügung: • Besuchsquote in Kindertageseinrichtungen (nach Altersgruppen) • Besuchsquote in öffentlich geförderter Kindertagespflege (nach Altersgruppen) • Betreuungsquote (nach Alter der Kinder) • Anteil der Einrichtungen mit integrativer Kinderbetreuung • Anteil betreuter Kinder in Kindertagesbetreuung (Ganztagsbetreuung) • Anteil betreuter Kinder mit ausländischer Herkunft mind. eines Elternteils in Kindertagesbetreuung (nach Alter der Kinder) • Anteil des pädagogischen Personals an allen tätigen Personen in Kindertageseinrichtungen"

10 000 angewachsen. Die Bertelsmann-Stiftung geht davon aus, dass bis 2030 ca. 230 000 Fachkräfte fehlen werden.

Erzieher:innen unter heutigen Bedingungen zu finden fällt schwer, da die Ausbildung an einer Fachschule zwei Jahre mit einem anschließenden Anerkennungsjahr umfasst. Daneben gibt es in geringem Umfang verschiedene weitere Ausbildungsformen, die in den Bundesländern angeboten werden. So z.B. Ausbildung in Teilzeit, berufsbegleitende Ausbildung, praxisintegrierte Ausbildung mit Ausbildungsvergütung (PIA) und Quereinsteigermaßnahmen für pädagogische Fachkräfte

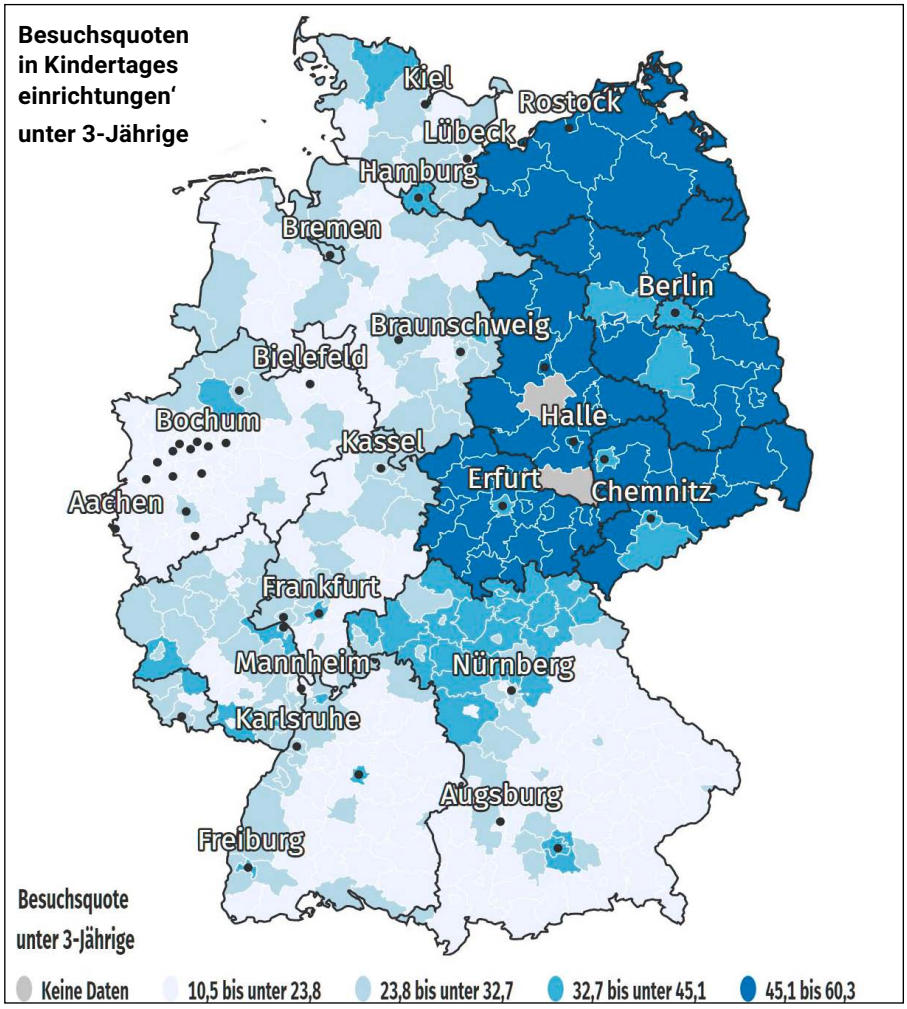
Veränderungen sind in diesem System zwischen Länder, Kommunen, Trägern und Fachverbänden seit Jahren umstritten. Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung schlägt nun einen bundeseinheitlichen Rahmen vor, um den Fachkräftebedarf für Erziehungsberufe zu sichern. Ausbildung soll vergütet und schulgeldfrei sein.

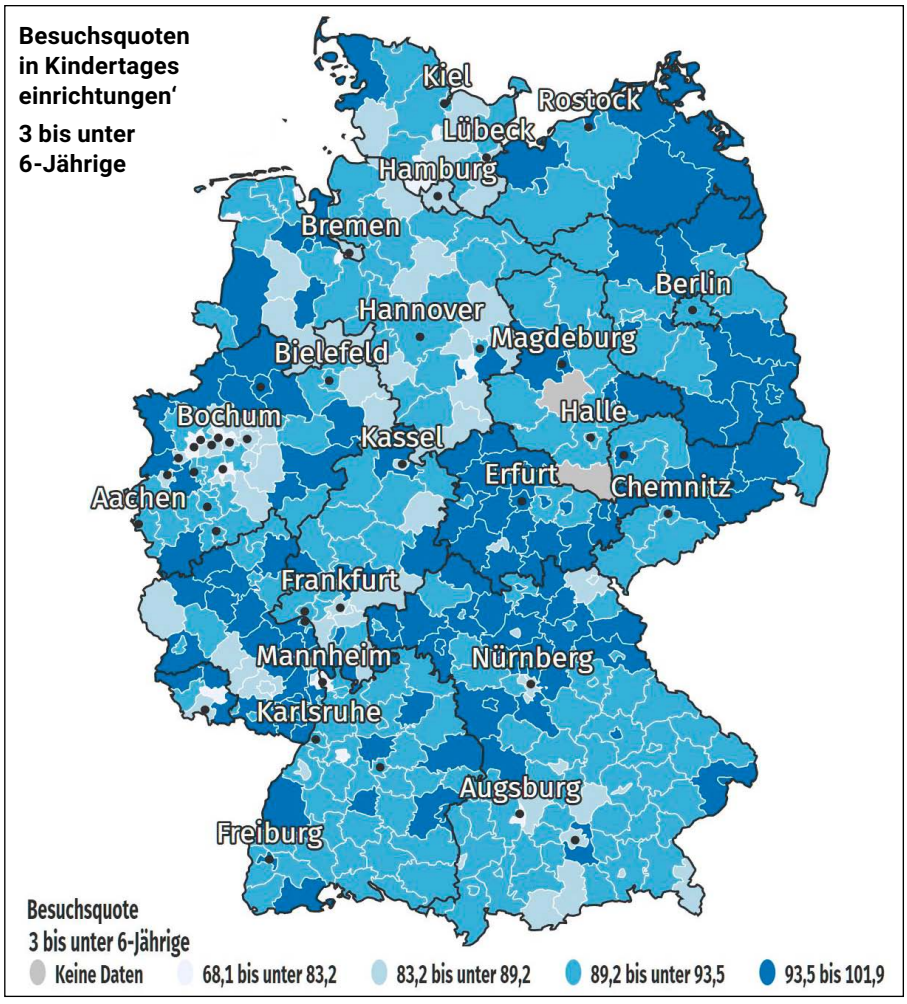
Um das zu konkretisieren, hat die GEW vorgeschlagen, einen Schwerpunkt auf Mindeststandards in der praxisintegrierten Ausbildung (PIA) zu legen, die in allen Bundesländern angeboten wird. So sollen u.a. die Fachschulen die ausbildende Einrichtung mit Erhaltung der Standards der KMK-Vereinbarung bleiben. Der Beruf des/der Erzieherin soll als Breitbandberuf erhalten bleiben. Eine Anrechnung auf den Personalschlüssel für die in Ausbildung befindlichen Studierenden soll es nicht geben. Als weitere festzulegende Ziele will die GEW den Status als Studierende festlegen, die Fachschulen sollen die Ausbildung zusammen mit den Trägern unter Beteiligung der Sozialpartner durchführen. Die Ausbildung soll sozialversicherungspflichtig sein und nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bezahlt werden. Schutzrechte für Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetzes sollen auch in der PIA gelten. Die Länder sollen die Kosten für die Ausbildung tragen[4].

So wären Möglichkeiten gegeben, den Beruf Erzieher:in in Zukunft anderen Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz anzupassen.

Die Bildungssenatorin in Bremen reagiert dagegen wieder einmal mit Notmaßnahmen.

So sollen in den Kitas sozialpädagogische Assistenten eingesetzt werden und die Kitas stärker für Berufsgruppen ohne pädagogischen Abschluss geöffnet werden. Tagesmütter sollen in Spielkreisen unversorgte Kinder aufnehmen (Stichwort „Soziales Lernen im Quartier“). In größerem Umfang durchgeführt, wird die Qualität der Betreuung in den Kitas weiter sinken.





Kommunale Politik – Bildung inklusiv, nicht exklusiv

dok: Ulli Jäckel, Hamburg

Das Sozialressort muss den Forderungen der Schulassistent*innen folgen! Bremerhaven. Es ist keine neue Erkenntnis, dass Bremerhaven großen Bedarf an Lehrer*innen und pädagogischem Personal hat. Seit Monaten ist der Schuldezernent daher auf ungewöhnlichen Pfaden unterwegs, um den Standort Bremerhaven für Bewerber*innen so attraktiv als möglich zu gestalten und so ausreichend Personal für das Bildungssystem der Stadt zu gewinnen. Denn ein gut funktionierendes inklusives Bildungssystem hängt von ausreichendem und motiviertem Personal ab. Schulassistent*innen gewährleisten die Teilhabe und Entwicklung von Kindern mit Einschränkungen an den Regelschulen. Die derzeitige Regelung der Refinanzierung durch den Magistrat soll im August mit Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes ihre Gültigkeit verlieren und wird die ohnehin schon angespannte Bildungssituation für Bremerhaven noch zusätzlich verschärfen. Verdi-Gewerkschaftssekretärin Kerstin Bringmann hat bereits dargelegt, dass mit der Aufhebung der Refinanzierung die Löhne der ohnehin auf Teilzeit ausgelegten Stellen durch Herabgruppierung Altersarmut von Frauen, die diese Stellen zum größten Teil ausfüllen, befördert. Es ist als Skandal zu betrachten, dass das Arbeitslosengeld die Betroffenen monetär besserstellen würde als die dann gezahlten Gehälter. Fraglich und zu klären wäre darüber hinaus, warum den Assistent*innen im Angesicht der eklatanten Situation des Bildungssystems erst jetzt unbefristeten Verträge angeboten werden. Das späte Angebot von Entfristungen und dies auch nur unter erheblichen Lohneinbußen ist nach Auffassung von Muhlis Kocaaga (StVV Die Linke Bremerhaven) nicht nachzuvollziehen. Das Unverständnis und die Wut der Assistent*innen ob der bedrohlichen Lohnkürzungen, die auf sie zukommen, ist für Muhlis Kocaaga absolut verständlich: „Daher unterstütze ich die Forderung nach der Besitzstandwahrung und fordere das Sozialressort dazu auf, eine Sonderregel für den ohnehin schon angeschlagenen Bildungsstandort Bremerhaven zu etablieren."
https://www.dielinke-bremerhaven.de

Schulärztlicher Dienst kann Pflichten nicht nachkommen – SPD lehnt Personalaufstockung ab: Hamburg. Die Regierungskoalition (SPD, CDU, FDP) im Bezirk Mitte fühlt sich für die Gewährleistung von flächendeckenden Schuleingangsuntersuchungen für Schulkinder nicht zuständig. Ein entsprechender Antrag der Linksfraktion Hamburg-Mitte im Ausschuss für Sozialraumentwicklung wurde abgelehnt. Schon vor Corona hatte der öffentliche Gesundheitsdienst wegen des jahrelangen Sparkurses mit Personalmangel zu kämpfen. Aufgrund der anhaltenden Corona- Pandemie und der damit einhergehenden Entsendung des Personals in andere Abteilungen der Gesundheitsämter hat sich die Personalsituation zusätzlich verschärft, sodass bereits im Untersuchungsjahr 2019/20 die Schuleingangsuntersuchungen nicht flächendeckend durchgeführt werden konnten. Bei einer Kennzahl von 95% wurde das Ziel mit nicht einmal 60% untersuchten Schüler*innen deutlich verfehlt. Völlig unverständlich erscheint vor diesem Hintergrund, dass sich die Deutschlandkoalition diesem Antrag verweigert – die wirklichen Leidtragenden dieser Entscheidung sind am Ende die Kinder. Dazu die sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion Hamburg-Mitte Ina Morgenroth: „Es ist nicht haltbar, solch politischen Unwillen zu zeigen, wenn es um die Gesundheit von Kindern geht, die gerade in dieser Pandemie häufiger mit psychischen Belastungen konfrontiert sind als je zuvor. Das Gesundheitsamt Hamburg-Mitte liegt in unserem Zuständigkeitsbereich, also liegt es auch an uns, dem Senat anzuzeigen, dass die Mittel aufgestockt werden müssen. Die nicht erreichte Kennzahl gibt dazu berechtigten Anlass. Doch noch nicht einmal zu dieser Signalwirkung war die Koalition bereit."
https://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de

Bessere Arbeitsbedingungen an Grund- und Gemeinschaftsschulen schaffen: Flensburg. Die Personalsituation an den Grund- und Gemeinschaftsschulen ist dramatisch. Einer wachsenden Zahl offener Stellen stehen immer weniger voll ausgebildete Bewerber*innen gegenüber, insbesondere an den Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe. Immer häufiger müssen die Lücken mit kaum qualifizierten Hilfskräften gestopft werden. Die Ursache liegt in den Beschäftigungsbedingungen: Lehrkräfte an Grund- und Gemeinschaftsschulen haben höhere Unterrichtsverpflichtungen und viel mehr soziale Aufgaben, einschließlich der Inklusion und dem Unterricht in Deutsch als Zweitsprache. Dazu kommt eine verfehlte Ausbildungspolitik, die vor allem auf das Gymnasium orientiert. „Wir brauchen an Gemeinschaftsschulen Lehrkräfte, die alles können", sagt Johann Knigge-Blietschau, Sprecher der LAG Bildung der Partei Die Linke in Schleswig-Holstein. „Inklusion voranbringen und in der Oberstufe unterrichten. Das ist die Herausforderung an Gemeinschaftsschulen, die nicht genügend von der Politik gewürdigt wird." Handeln müsste die Politik mit der Schaffung eines Sekundarstufenlehramts und besseren Arbeitsbedingungen an den Grund- und Gemeinschaftsschulen. Als Sofortmaßnahme muss die Unterrichtsverpflichtung an Gemeinschaftsschulen auf das Niveau an Gymnasien sinken. Ein „Aktionsbündnis" zu gründen, verzögert notwendige Aktionen, anstatt die Probleme anzupacken.
https://www.linke-flensburg.de

Kinder und Jugendliche sollen kostenfrei ins Museum. Lübeck. Die Linke fordert schon lange, dass Kinder, Jugendliche und Schüler*innen kostenfrei ins Museum dürfen, nun gibt es einen neuen Vorstoß. Die Linke beantragt den kostenfreien Eintritt an mindestens einem Tag im Monat, vorzugsweise am Wochenende. „Bildung ist das beste Mittel gegen Armut. Sie sollte für jeden Menschen, vor allem aber für Kinder und Jugendlichen kostenfrei zu Verfügung stehen. Immer mehr Museen geben Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit sie kostenfrei zu besuchen. Das wollen wir für die Lübecker Museen auch", erklärt Katjana Zunft Fraktionsvorsitzende der Lübecker Linken. Zuletzt hatte das Hansemuseum vorgelegt und den Eintritt für Kinder und Jugendliche kostenfrei gemacht. „Es ist das richtige Signal, um Kindern und Jugendlichen den Zugang zur Kultur und kulturelle Bildung leichter zu machen und für die Museen zu begeistern. Gerade in den letzten zwei Jahren mussten sie auf viel verzichten und waren die Verlierer der Pandemie. Nun müssen wir ihnen die Teilhabe an unserem kulturellen Erbe erleichtern", sagt Thomas Mohme, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke.
https://www.die-linke-luebeck.de

Überführung des Schulmittagessens in kommunale Trägerschaft! Hannover. Zum Antrag Drs. Nr: 0913/2022 Prüfung der Auftragsvergabe der Versorgung mit Schulmittagessen an kommunalen Träger der Linken im Schul- und Bildungsausschuss am 27.4.2022: „Ich appelliere an das Gremium des Schul- und Bildungsausschusses, unserem Antrag zur Auftragsvergabe des Schulmittagessens an einen kommunalen Träger mehrheitlich zu entsprechen. Eine gute Versorgung der Schüler*innen mit ausgewogenem Essen liegt uns sehr am Herzen und ist für Erfolge beim Lernen nicht unerheblich. Die aktuelle Lage beweist, dass der freie Markt den erforderlichen Bedarf nicht in Gänze bedienen

kann. Die Stadt sollte daher laut unserem Antrag prüfen, inwieweit ein kommunaler Betrieb in Zukunft für die Versorgung der Schüler*innen mit Schulmittagessen beauftragt werden kann. Ein kommunaler Betrieb kann zusätzlich zum qualitativ guten Essen den Mitarbeiter*innen ein sicheres und geregeltes Arbeitsverhältnis und anständige Löhne anbieten, das wäre ein erfreulicher Zusatzeffekt", so der schulpolitische Sprecher und Ratsherr Salim Hemeed (Die Linke).
https://www.linksfraktion-hannover.de

Landesprogramm „Alle Kinder Essen mit" ein Erfolg in Bochum? Heute ist der internationale Kindertag. Auch bei uns in Bochum sind zu viele Kinder von Armut betroffen. Das wird sich durch die steigenden Kosten für Lebensmittel und Energie noch verstärken. Wir fordern die Landesregierung auf, das Schulmittagessen für alle Kinder kostenlos zu machen. Damit kein Kind mehr hungrig lernen muss! Ein erster guter Schritt ist dabei das Landesprogramm „Alle Kinder essen mit". Wir fragen die Verwaltung, wie viele Anträge für dieses Programm in Bochum bisher gestellt wurden und wie viele positiv beschieden wurden. Wichtig ist für den Erfolg des Programms, dass dieses möglichst gut beworben wird. Ob das der Fall ist, wollen wir mit der Anfrage klären. Die Anfrage findest Du hier:
https://www.linksfraktionbochum.de

Hallenbäder: Angebote statt Ausgrenzung. Bielefeld. Die Armut in den Familien unserer Stadt steigt und besonders Kinder- und Jugendliche spüren dies mit aller sozialen Härte. Hinter ihnen liegen Jahre, in denen sie neben dem begrenzten Haushaltseinkommen auch viele weitere Begrenzungen im Pandemiealltag erfahren haben. Ihr Recht auf Teilhabe gilt es jetzt besonders zu schützen. Da kam die politische Initiative der Ratskoalition gerade recht, die dafür sorgte, dass Kinder und Jugendliche über die Nutzung des Bielefeld-Pass der Besuch von Frei- und Hallenbädern kostenfrei ermöglicht wurde. „Ein erfreulicher Beitrag, der uns wichtig ist, denn es fehlt oftmals an freien Angeboten für Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen und Wohnquartieren", so Brigitte Stelze, Ratsfraktion Die Linke. Aus Sicherheitsgründen und dem bekannten Personalmangel wurde das Angebot in den Hallenbädern der Stadt nun gestoppt. Die Linke fordert Angebote und nicht die Ausgrenzung jugendlicher Besucher*innen! Die Linke erwartet vom Bäderbetrieb zeitnah eine Problemlösung unter Einbeziehung pädagogischer Kompetenz. „Wir erwarten, dass eine positive Herangehensweise wie ein besonderes Angebot für Kinder- und Jugendliche mit Musik, Spiel und Spaß in den Hallenbädern und das jeweils zu einem festen Wochentermin, die jugendlichen Besucherströme zu anderen Zeiten entspannen kann. Daneben wäre eine Familienzeit, begrenzt auf Eltern mit Kindern im Alter bis 12 Jahren, ein attraktives Angebot am Wochenende, für eine zu schützende Besuchergruppe.
https://www.dielinke-bielefeld.de

Sportgutscheine wiederbeleben: Kinder brauchen Bewegung! Remscheid. Seit August 2020 erhält jedes Remscheider Kind mit Beendigung des vierten Lebensjahres einen Gutschein für eine einjährige Mitgliedschaft in einem Remscheider Sportverein. Die Linke hat den entsprechenden Antrag damals initiiert, da Sport und Bewegung im Kindesalter nachweislich maßgeblich zu einer gesunden geistigen, motorischen und psychosozialen Entwicklung beitragen. Ausreichende Bewegung wirkt sowohl später auftretenden medizinischen Problemen als auch bereits vorhandenen motorischen Defiziten entgegen. Vor allem vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Remscheider Kinder unter Adipositas und Übergewicht leiden, ist dieser Aspekt besonders wichtig. Abgesehen davon macht Sport in der Gruppe mit Gleichaltrigen einfach Spaß, wirkt integrativ und fördert soziale Kompetenzen ebenso wie individuelle Stärken. All diese positiven Effekte von Sport möchte Die Linke allen Remscheider Kindern gleichermaßen ermöglichen, die Sportgutscheine sind dafür ein extrem wichtiger und guter Ansatz. Leider war Vereinssport pandemiebedingt seit Beginn der Aktion im August 2020 gar nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich. Wir befürchten daher, dass das Angebot bei vielen Eltern durch den langen Wegfall des sportlichen Angebots in Vergessenheit geraten sein könnte. Aus diesem Grund haben wir eine Anfrage formuliert, in der wir um eine genaue Analyse des gemeinsamen Projektes von „KinderSport erleben", Sportbund und Stadtverwaltung bitten. Uns interessiert vor allem, ob alle anspruchsberechtigten Kinder auch während der coronabedingten Kita-Schließungen einen Gutschein erhalten haben und wie das Verhältnis von erhaltenen und tatsächlich eingelösten Gutscheinen aussieht. Zudem ist durchaus vorstellbar, dass einige Kinder ihre Gutscheine bereits eingelöst haben, das sportliche Angebot aufgrund der pandemischen Lage jedoch nicht oder aber nur in Teilen wahrgenommen werden konnte. Hier wüssten wir gerne, wie das Vorgehen in einem solchen Fall aussieht. Läuft der Gutschein unabhängig davon nach einem Jahr aus? Ist eine individuelle Verlängerung der Laufzeit vorgesehen? Unserer Ansicht nach dürfen den Remscheider Kindern durch die pandemiebedingten Einschränkungen hier keine weiteren Nachteile entstehen!
https://www.dielinke-remscheid.de

Von der Straße in die Halle: Schwerin. Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume, um sich zu erfahren, Selbstvertrauen aufzubauen und Perspektiven zu entwickeln. Leider fehlen diese Möglichkeiten oft genau dort, wo sie am meisten darauf angewiesen sind, in strukturschwachen Stadtteilen, mit besonders vielen Familien, die ihren Lebensunterhalt nur mit staatlicher Unterstützung bestreiten können. Hier geraten Kinder und Jugendliche schnell in einen Kreislauf aus Langeweile, Mutlosigkeit und Passivität. Weil Freizeitangebote wie Kino, Schwimmbadbesuch oder Ausflüge für viele nicht leistbar sind, bleibt häufig nur das gemeinsame Abhängen in der Gruppe, leider viel zu oft verbunden mit Alkohol, Drogen und Aggressionen. Mit einem kostenlosen, altersgerechten Sport- und Freizeitprogramm, das allen gleichermaßen offensteht, setzt in Hamburg eine private, von Freunden gegründete Initiative seit 1999 erfolgreich etwas dagegen. Die simple, aber wirkungsvolle Idee war, die Sporthallen dann aufzumachen, wenn sie nicht genutzt werden, aber die Jungs und Mädchen in den Vierteln eine Alternative zu Langeweile und Nichtstun brauchen – abends und an den Wochenenden. Damit war das Projekt „Die Halle" geboren, das heute an mehreren Standorten in der Stadt mehrmals in der Woche zu Sport und Spiel einlädt und nach wie vor mit Begeisterung angenommen wird. Ohne Zweifel gibt es in der Landeshauptstadt Schwerin bereits viele vorzeigbare Projekte und Angebote. Mit der Nutzung der Hallen, wie beschrieben, könnte nach Abklingen der akuten Pandemiephase jedoch ein weiteres, wichtiges Angebot an den Start gehen. Einen Dialogprozess auf dem Weg dorthin, will die Linke mit ihrem Antrag jetzt anschieben.
https://www.die-linke-schwerin.de

Kliniken in NRW: Es wird gestreikt bis zum Tarifvertrag

www.verdi.de, PM, 1.06.2022 – Auch nach vier Wochen Streik werden die Klinikbeschäftigten der sechs Unikliniken in Nordrhein-Westfalen nicht müde, für ihre Entlastung zu streiken. 1 500 Streikende aus allen Kliniken sind heute zu einer zentralen Demonstration und Kundgebung in Köln gekommen, um ihrer Wut und Empörung Ausdruck zu verleihen, dass sich die Arbeitgeber bisher kein Stück bewegt haben. Aus Verdi-Sicht braucht es in den Verhandlungen, die aktuell nahezu täglich stattfinden, eine Kehrtwende im Verhandlungsverhalten der Klinikvorstände.

„Nach einem Monat Streik sind die Arbeitgeber der Unikliniken immer noch weit davon entfernt, Verhandlungen zu führen, die die Streiks der Klinikbeschäftigten schnell beenden", bedauert Gabriele Schmidt, Verdi-Landesbezirksleiterin in NRW. Die anfängliche Freude über eine Reihe von Verhandlungsterminen sei rasch verflogen. „Nach monatelangen Verzögerungen erwarten die Beschäftigten, dass jetzt ernsthaft verhandelt wird und keine Verhandlungsspielchen betrieben werden." Der Tarifvertrag „Entlastung" soll für die Arbeitsbereiche und Stationen an den Unikliniken konkret regeln, wie viele Beschäftigte notwendig sind, um die Arbeit ohne Überlastung und Patientengefährdung durchführen zu können. Im Pflegebereich wird dies durch Verhältniszahlen zwischen Personal und Patient*innen fixiert, in anderen Arbeitsbereichen etwa durch Mindestbesetzungen. Zudem wird eine deutliche Verbesserung der Ausbildungsqualität angestrebt 55 Prozent der Auszubildenden zur Pflegekraft an den Unikliniken in Nordrhein-Westfalen können sich derzeit nicht vorstellen, längerfristig in dem Beruf zu bleiben, den sie gerade lernen. Das ist das Ergebnis einer Befragung unter insgesamt 502 Auszubildenden der Universitätskliniken im Zeitraum April bis Mai. Demnach können sich 56 Prozent der Befragten auch nicht vorstellen, in Vollzeit zu arbeiten. 72 Prozent der Auszubildenden sagen, dass es für sie eine zusätzliche Belastung darstelle, wenn in ihrer Schicht nicht ausreichend Fachkräfte arbeiten. Und auch das sagen die Azubis: Für 54 Prozent von ihnen sind die aktuellen Ausbildungsbedingungen nicht mit ihrem Privatleben vereinbar. Nur 12 Prozent bekommen das hin.

Foto: Thorsten Jannoff

Erzieherinnen und Erzieher demonstrierten in Essen vor den Parteibüros von SPD, CDU, Grüne, FDP und Die Linke für Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen, hier vor der Geschäftsstelle Die Linke.

Wie Amazon seine Beschäftigten kontrolliert

Bruno Rocker, Berlin

Der Amazon-Konzern dominiert bundesweit mit mittlerweile 53 Prozent Marktanteil den Onlinehandel. 18 Logistikzentren enthalten jene riesigen Lager, in denen Amazon-Beschäftigte und Leihkräfte die Pakete „befüllen". Über 5 Sortier- und über 50 Verteil-Zentren wird die Ware sodann den Kunden zugestellt, wobei diese Arbeit vor allem über Subunternehmen und über sogenannte Soloselbstständige erledigt wird. Mit einer durchgehenden Vernetzung und den Einsatz künstlicher Intelligenz wird die Steuerung und Kontrolle der Arbeit organisiert.

Die Stellenangebote von Amazon und Subunternehmen sind, ähnlich den Arbeitsangeboten von Kurier- und Lieferdiensten, oft attraktiv beschrieben und setzen kaum Deutschkenntnisse voraus. Große Teile der Belegschaft sind Migranten oder Beschäftigte mit Migrationshintergrund.

Die Kehrseite: Ohne entsprechende Deutschkenntnisse sind zumeist auch kaum Kenntnisse über das deutsche Arbeitsrecht vorhanden. Weder ist den Angeworbenen bekannt, was über Arbeitszeiten und Pausen vorgeschrieben ist, was ein Arbeitsvertrag unbedingt enthalten muss, oder welche Arbeitsschutzmaßnahmen gelten.

Unter diesen Bedingungen funktionieren die Überwachung und Kontrolle besonders reibungslos. Mittels Scanner, App und Kameraüberwachung werden permanent Daten über die Beschäftigten gesammelt. Amazon ist deshalb zu jeder Zeit darüber informiert, wo sich einzelne Beschäftigte befinden, ob Unterhaltungen stattfinden, ob und wann Pausen eingelegt und wieviel Zeit für die Arbeit benötigt wird. Bei den soloselbstständigen Kurieren wird die vorgegeben Route über eine entsprechende App gesteuert und überwacht.

In einer entsprechenden Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung vom Mai 2022 (1) heißt es zu den Überwachungsmethoden darüber hinaus:

„In den USA und mittlerweile auch in Deutschland gehe der Konzern mit der App „Mentor" sogar noch einen Schritt weiter. Diese erfasse Arbeitszeiten, das Fahrverhalten und die Nutzung des Telefons in Echtzeit. So könnten Vorgesetzte Beschäftigte, die nicht schnell genug arbeiten, durch Anrufe und Textnachrichten zu mehr Leistung antreiben. Wer negative Bewertungen bekommt oder Pakete verliert, könne für Tage oder Wochen gesperrt werden, ohne Lohn zu erhalten, oder müsse mit einer Kündigung rechnen.

Amazon bereite zudem ein neues Kontrollsystem für das Autofahren vor. Das „Driveri"-Kamerasystem mit vier Videokameras registriere fortlaufend das Fahrverhalten – zum Beispiel, wer wie schnell fährt oder bremst. Das solle Unfälle vermeiden, setze aber zugleich die Fahrer noch mehr unter Druck."

Immer neue solcherlei Berichte aus dem Arbeitsleben der Bundesrepublik, insbesondere aus den Bereichen der „einfachen Dienstleistungen" lassen den Schluss zu, dass ein zweiter Arbeitsmarkt unterhalb der gültigen Regelungen des Arbeitsrechts sich mehr und mehr etabliert.

Quelle: (1) Tina Morgenroth: Amazon, Daten und Pakete, in „Atlas der digitalen Arbeit", ein Gemeinschaftsprojekt des DGB und der Hans-Böckler-Stiftung, Mai 2022

Bessere Arbeitsbedingungen und Tarife in Europa

Rolf Gehring, Brüssel (Zusammenstellung)

BELGIEN – Gewerkschaft kritisiert Politik zur Nachtarbeit: Die Gewerkschaft Setca, die Angestellte vertritt, scharf kritisiert, einen Vorstoß des Arbeitgeberverbandes Comeos, da er Nachtarbeitsvorschriften für den elektronischen Handel aushebeln will. Der Arbeitgeberverband hatte die Regierung aufgefordert, die arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu lockern, damit die Arbeitnehmer zwischen 20 und 24 Uhr arbeiten können, ohne dass dies als Nachtarbeit gilt. Eine neue Gesetzgebung erlaubt es jetzt E-Commerce-Unternehmen, ein einmaliges Pilotprojekt mit Freiwilligen durchzuführen, die in diesen Nachtstunden für eine Dauer von maximal 18 Monaten arbeiten können, ohne dass die Gewerkschaften zustimmen müssen.
Quelle: https://www.brusselstimes.com/213567/unions-sidelined-and-cheap-labour-sharp-criticism-for-belgiums-night-work-policy

BULGARIEN – Mindestlohn wird erhöht: Der Mindestlohn in Bulgarien wird ab dem 1. April 2022 710 BGN (363 Euro) betragen, wie auf einer außerordentlichen Sitzung des dreiseitigen Nationalen Rates für Zusammenarbeit beschlossen wurde. Nach Ansicht der Gewerkschaften ist die Erhöhung um 10 % jedoch bereits durch die Inflation aufgezehrt worden, weshalb sie auf eine weitere Erhöhung im Juli drängen.
(Quelle: https://bbj.hu/politics/foreign-affairs/world/bulgarias-minimum-wage-to-rise-from-april)

ESTLAND – Löhne steigen um 8%: Nach Angaben des Statistikamtes in Estland ist der durchschnittliche Bruttomonatslohn im ersten Quartal 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 8,1% gestiegen. Der durchschnittliche Bruttomonatslohn liegt nun bei 1 593 Euro. Am niedrigsten waren die durchschnittlichen Bruttolöhne in den Bereichen Beherbergung und Gastronomie (974 Euro), sonstige Dienstleistungen (1 160 Euro) und Grundstücks- und Wohnungswesen (1 162 Euro), während die höchsten Bruttomonatslöhne in der IKT-Branche (2 871 Euro), im Finanz- und Versicherungswesen (2 764 Euro) und in der Energiebranche (2.655 Euro) gezahlt wurden.
Quelle: https://news.err.ee/1608611230/statistics-average-monthly-wage-up-8-percent-on-year-to-q1-2022-in-estonia

DEUTSCHLAND – Kräftige Lohnerhöhung im Gastgewerbe: Nach schwierigen Verhandlungen hat die Gewerkschaft NGG mit dem Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband (BHG) einen Tarifabschluss für die 340 000 Beschäftigten im bayerischen Gastgewerbe erzielt. Die Löhne und Ausbildungsvergütungen werden in den nächsten 24 Monaten in mehreren Stufen um bis zu 27% erhöht. Die Löhne für alle Berufsgruppen steigen in drei Stufen: zum 1. April 2022 um 7,0 %, zum 1. Januar 2023 um 3,5 % und zum 1. April 2023 um 5,0 %. Damit erhöht sich das derzeitige Bruttogehalt von 2 254 Euro zum 1. April 2023 um 367 Euro pro Monat für einen gelernten Koch oder eine gelernte Hotelfachfrau.
Quelle: https://bayern.ngg.net/presse/pressemitteilungen/2022/tarifabschluss-im-bayer-hotel-und-gaststaettengewerbe/

Guter Abschluss im Gebäudereinigerhandwerk. Nach zwölfstündigen Verhandlungen konnten wir trotz geltender Lohntarifverträge am 2.6.2022 ein gutes Ergebnis erkämpfen. 1,50 Euro mehr für alle Lohngruppen! Die Tariferhöhung erfolgt in zwei Stufen, beginnend ab Oktober dieses Jahres. Die zweite Erhöhung folgt ab 1. Januar 2024. Im ersten Schritt werden alle Lohngruppen um 1,00 Euro erhöht, im zweiten um 0,50 Euro. Mit einer Tariferhöhung von 16,4 Prozent in der Lohngruppe 1 und 12,5 Prozent in der Lohngruppe 6 über die Gesamtlaufzeit ist das ein zukunftsweisender Schritt in der Gebäudereinigung.
https://igbau.de/Binaries/Binary17739/2022-06-07-Flugblatt-Tarifergebnis-erzielt.pdf

SCHWEIZ – Tarifvertrag bei Lebensmittel-Lieferdienst: Die rund 1.200 Kuriere des Lebensmittel-Lieferdienstes Smood erhalten bessere Arbeitsbedingungen. Die Gewerkschaft Syndicom und Smood haben einen Tarifvertrag ausgehandelt, der einen Mindestlohn von 23 CHF (22,31 Euro) pro Stunde und einen 5 %igen Zuschlag für Sonntagsarbeit vorsieht. Außerdem dürfen die Kuriere nicht für weniger als zwei Stunden gerufen werden. Ihnen wird eine Mindestarbeitszeit von vier Stunden pro Woche garantiert. Auch Mitbestimmungsrechte sind vorgesehen.
Quelle: https://www.nau.ch/news/schweiz/streit-der-gewerkschaften-um-arbeitsbedingungen-bei-smood-66182242

LITAUEN – Höheres Einkommen für Geringverdiener: Das Parlament hat beschlossen, die steuerfreie Einkommensgrenze ab Juli um 80 Euro auf 540 Euro anzuheben, was eine Einkommenserhöhung für Geringverdiener bedeutet, deren Jahreseinkommen nicht über dem nationalen Durchschnitt liegt. Die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze bringt Mindestlohnempfängern 16 Euro mehr im Monat und 12 Euro mehr für diejenigen, die ein monatliches Nettogehalt von 1 000 Euro beziehen.
Quelle: https://bnn-news.com/week-in-lithuania-eu-commission-cuts-lithuanias-2022-gdp-growth-forecast-lithuania-raises-non-taxable-income-to-540-euros-234897

IRLAND – Gemeinsame Gewerkschaftskampagne für bessere Löhne in kommunalen und Gesundheitsdiensten: Die Gewerkschaften des Gesundheitswesens organisierten eine landesweite Demonstration, für bessere Bezahlung und angemessenen Respekt für die Beschäftigten in den gemeinnützigen Gemeinde- und Gesundheitsdiensten. Mehr als 400 Demonstranten nahmen an der Kundgebung teil. Die Gewerkschaften starten eine nationale Kampagne, in der sie dringende Maßnahmen fordern, um diese Probleme zu lösen und um auf den Personalmangel und die hohe Fluktuation in diesem Sektor zu reagieren.
Quelle: https://www.etui.org/sites/default/files/2022-06/Collective%20bargaining%20 2022.05%20May%202022_0.pdf

POLEN – Durchschnittslohn steigt um 14%: Nach Angaben des Statistischen Zentralamtes (GUS) stieg der durchschnittliche Bruttolohn in Unternehmen im April 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 14,1% auf 6.626,95 PLN (1.428 Euro). Im Monatsvergleich sank der Durchschnittslohn um 0,6 %. Die Beschäftigung in den Unternehmen stieg im Jahresvergleich um 2,8% auf 6 496 600 und im Monatsvergleich um 0,2%.
Quelle: https://www.thefirstnews.com/article/polands-average-corporate-wage-up-141-pct-yy-in-april---stats-office-30473

Weitere Aufwertungsschritte und Einstieg in Entlastung – der Weg ist noch nicht zu Ende

www.verdi.de, (d), **Sozial- und Pflegepersonal erhält zusätzliche freie Tage und monatliche Zuschläge:** Die Gewerkschaft Verdi hat mit den kommunalen Arbeitgebern eine Vereinbarung ausgehandelt, die die Unterbewertung und Überlastung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst bearbeitet. Die Vereinbarung sieht zwei zusätzliche freie Tage sowie die Möglichkeit vor, einen Teil ihres Gehalts in zwei weitere freie Tage umzuwandeln. Erzieherinnen und Erzieher erhalten eine neue monatliche Zulage von 130 Euro, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter 180 Euro. Das Paket enthält weitere Verbesserungen, darunter: eine höhere Einstufung für einige Berufe, eine Zulage von 70 Euro zur Unterstützung der Ausbildung und Verbesserungen beim Aufstieg in der Lohnskala. Die Vereinbarung gilt für rund 330 000 Beschäftigte im kommunalen Sektor, betrifft aber auch viele andere Beschäftigte in Einrichtungen, für die die Verhandlungsergebnisse übernommen werden.

Rechte Provokationen – demokratische Antworten – Redaktionsnotizen.
Zusammengestellt von Rosemarie Steffens, Langen, Hessen

Die digitale Ausstellung Matter of facts bietet die Bildungsstätte Anne Frank über den link https://matter-of-fact.bs-anne-frank.de an. Die Gründe, warum Verschwörungstheorien Hochkonjunktur haben, ihre Geschichte, Struktur, Gefahr und Prävention werden über Videos dargestellt und dringliche Fragen beantwortet. Man kann Youtube-Veranstaltungen mit Diskussionen anschauen, beispielsweise über Gefahr und Radikalisierung der verschwörungsideologischen Szenen: „Schüsse aus dem Kaninchenbau – vom Sturm auf das Capitol bis zum Tankstellen-Mord in Idar-Oberstein". Hier wird Stephan J. Kramer, seit 2015 Präsident des Amtes für Verfassungsschutz Thüringen, der von 2004 bis 2014 Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland war, interviewt. Diese Veranstaltung wird gefördert vom US-Generalkonsulat. Auch Trainingsangebote und das Spiel „HIDDEN CODES – Mobile Game über Radikalisierung im digitalen Zeitalter" stehen zur Verfügung.

Der digitale Ausstellungsraum ist unterteilt in 8 Themenmodule, die sich dem Phänomen Verschwörungstheorien mit unterschiedlichen Fragestellungen systematisch annähern, von der Begriffsdefinition bis zu konkreten Präventionsmaßnahmen. Sieben Expert*innen, darunter ein Medizinhistoriker, eine ehemalige Netzaktivistin und Bloggerin, ein Kognitionswissenschaftler mit Fokus auf Verschwörungstheorien, Parapsychologie, Anomalistik sowie gesellschaftliche Deutungsmuster außergewöhnlicher Erfahrungen, ein Sprachwissenschaftler und Anglist mit Fokus auf grammatische Konstruktionen und konzeptuelle Metaphern bieten in kurzen Videos prägnante Antworten zu Fragen wie „Welcher Logik folgen Verschwörungstheorien?", „Verschwörungstheorien als Radikalisierungsbeschleuniger", „Sprachbilder und Metaphern".
(bs-anne-frank.de)

Untersuchungsausschuss im Hessischen Landtag zu den rassistischen Morden von Hanau 2020: Saadet Sönmez, Obfrau der Fraktion Die Linke, kritisiert, dass bemerkenswertes neues Beweismaterial dem Untersuchungsausschuss bisher vorenthalten wird. In der Ausstellung ‚Three Doors' der unabhängigen Ermittlungsagentur Forensic Architecture im Frankfurter Kunstverein wird beispielsweise das Video des Polizei-Hubschraubers, der in der Tatnacht über Hanau kreiste, präsentiert. In einer 30-minütigen Video-Rekonstruktion hat Forensic Architecture die Abläufe rund um das Täterhaus detailliert nachgezeichnet. Wesentliches Element der neuen Untersuchung von Forensic Architecture ist die Auswertung der Kameraaufnahmen des Polizeihubschraubers. Dieser kreiste bereits 30 Minuten nach den Morden für zwei Stunden über Hanau und dem Stadtteil Kesselstadt, in dem die Morde geschahen, ohne von den Polizeikräften am Boden über die Adresse des vermutlichen Täters informiert zu werden. Der Helikopter blieb insofern im Blindflug, die beiden Piloten bringen per Funk ihre Frustration darüber zum Ausdruck und können ebenfalls nicht zur nötigen Überwachung des Täterhauses beitragen.

Die Angehörigen der Opfer fragen: „Sind all diese unglaublichen Vorgänge am Täterhaus „nur" ein weiteres Element in der Kette des polizeilichen Versagens in der Tatnacht? Unweigerlich drängen sich neue Fragen auf, wenn mit einbezogen wird, dass sich in der Tatnacht 13 SEK-Polizisten in Hanau im Einsatz befanden, die in rechtsextremen Chat-Gruppen beteiligt waren."
(linksfraktion-hessen.de; Initiative 19. Februar Hanau (19feb-hanau.org).

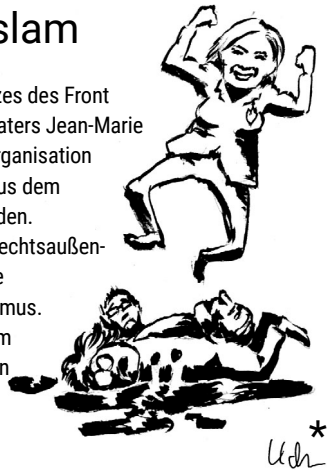
Fraktion Identität und Demokratie gibt sich humanistisch und völkerrechtlich interessiert. Unter der Überschrift „Schutzlosigkeit Europas vor Asylmissbrauch" präsentiert die AfD innerhalb der Fraktion Identität und Demokratie im Europaparlament „Wege aus der Migrationskrise", ein Gutachten von Dr. Rainer Rothfuß. Es entwickelt, wie die effektive Abwendung des „Migrationsdrucks" aussehen soll: ein exterritoriales Schutz- und Entwicklungskonzept und eine Remigrationsagenda für Europa! Grafisch werden verschiedene „Pull-Effekte" der (illegalen) Entscheidungen von Geflüchteten für das Zielland dargestellt (Verdienstmöglichkeiten, Sozialstaat, Möglichkeit zur Umgehung von Abschiebungen, Verwandtschaftsbeziehungen, Straflosigkeit des illegalen Grenzübertritts …). Das Abschiebemodell von illegalen, ausreisepflichtigen, Nicht-EU-Bürgern in der Europäischen Union 2008–2018 sei gescheitert, ebenso das Umverteilungsmodell. Der Migrationsmagnet wirke weiter, Grenzschutz könne den Sog kaum stoppen, die südlichen EU-Staaten blieben weiterhin überfordert. Die Lösung: Das Näheprinzip. Der Gutachter bedient sich sogar humanistischer Erklärungsmuster für den Zwang zur Flucht: Die zentralen Fluchtursachen, Auslöser der Massenmigration 2015, seien von westlichen Staaten zu verantworten gewesen; Hilfe erst nach (illegaler) Migration führe zu „darwinistischer Selektion": Nur jenen mit ausreichenden finanziellen Mitteln und körperlicher Fitness Ausgestatteten, die per illegalem Schlepperdienst oder Flugzeug in die EU gelangen könnten, werde geholfen; Hilfe in größtmöglicher Nähe zum Herkunftsort erreiche auch die verwundbareren Teile der notleidenden Gesellschaft. Sogar völkerrechtliche Anforderungen, wie die Genfer Flüchtlingskonvention, nach der nicht ausgewiesen werden darf, wenn Gefahr für Leben, Freiheit, Religion droht, werden bemüht. Ergebnis: „Aufbau dezentraler, offener Schutzzonen in den wichtigsten Herkunfts- und Transitregionen. Unmittelbare Rückführung jeglicher Antragsteller in eine heimatnahe Schutzzone." Nichts Neues also. Abschiebung, Quälerei und Lagerelend!
(Fraktion Identität und Demokratie im EU-Parlament, de.idgroup.eu)

Pazifismus im rechten Milieu? Björn Höcke äußert auf Twitter: „Die Kriegsrhetorik auf allen regierungsnahen Medien ist unerträglich geworden. Der Krieg in der Ukraine ist schrecklich — aber es ist nicht unser Krieg! Und ich verwehre mich auch dagegen, daß er von den globalistischen Altparteienpolitikern vom Schlage eines Friedrich Merz oder einer Annalena Baerbock zu unserem gemacht wird. Sie tun das nur, weil sie die Statthalter des US-Establishments im Vasallenstaat BRD sind. Es besteht keine moralische Verpflichtung für den deutschen Steuerzahler, die Kosten für diesen aus amerikanischen Eigeninteressen provozierten Krieg zu übernehmen."

Jürgen Elsäßer greift ebenfalls die USA im Magazin Compact an, sie bereite den Atomkrieg vor. Historiker und Rechtsextremismusforscher Volker Weiss erläutert in einem Interview mit SRF, dass es bei diesem rechten Pazifismus um Sympathien für Putin gehe.

„Russland hat ja in den letzten Jahren sehr gezielt antieuropäische rechte Strömungen gefördert. Das jetzt ist gewissermaßen der Ertrag dieser Förderung. Und es gibt auf der anderen Seite große Hoffnungen der (Mehrheit der) Rechten, dass Wladimir Putins Regierung als eine Art Bestandsgarantie eines konservativ-weißen, nationalen, europäischen Kontinents fungieren könnte. Es geht um die gegenseitige Interessenlage".
(SRF, 30.5.22, Schweizer Radio und Fernsehen, Interview von Simone Hullinger mit Volker Weiss)

Rassemblement National für „Frankreich zuerst!“ und für Kriegsrecht gegen den Islam



Marine Le Pen distanzierte sich 2011 bei der Übernahme des Vorsitzes des Front National (FN) zuallererst vom Image der Rechtsaußen-Partei ihres Vaters Jean-Marie Le Pen. Der FN war vor 45 Jahren auf Initiative der faschistischen Organisation „Ordre nouveau“ von ehemaligen Nazi-Kollaborateuren, Veteranen aus dem Algerien-Krieg und Vertretern rechter Splittergruppen gegründet worden. Die Kandidatin der in Rassemblement National (RN) umbenannten Rechtsaußen-Partei tritt modern, volksnah und „entdämonisiert“ auf, vermeidet die Verherrlichung des Faschismus, Antisemitismus und offenen Rassismus. Durch welche Ideologie sich diese Partei auch heute als rechtsextrem erweist, haben Antoine Bristielle und Max-Valentin Robert im Rahmen einer Studie der Stiftung Jean Jaures (www.jean-jaures.org) über die Entwicklung von Parteien seit 1999 untersucht.

*

ROSEMARIE STEFFENS, LANGEN

… weniger wirtschaftsliberal, mehr national-sozial.

Seit den 1990er, insbesondere Mitte der 2010er Jahre, wandelte sich der Wirtschaftsliberalismus des FN zur Position des starken nationalistisch-(sozialen) Staates. Zielgruppe waren vor allem kleine Selbstständige und Mittelständler.

Bis 2010 ist der FN im Wesentlichen eine „Anti-Steuer“-Partei, Jean-Marie Le Pen erklärt noch 2006, dass „die Früchte der Arbeit“ nicht „in konfiskatorischer Weise von einem aufgeblähten und verschwenderischen Staat abgeschöpft werden“ dürften. Marine Le Pen richtet dagegen Signale an Arbeiter und arme Wählerschichten, beschuldigt 2021 die Politik Macrons, „den Zerfallsprozess des gesamten öffentlichen Dienstes zu beschleunigen“, will sogar eine „Steuer auf Finanzvermögen“ einführen.

Umverteilung von Reichtum

Während des Untersuchungszeitraums seit 1999 hat die Partei ihre Position stark verändert, von einer Anti-Umverteilungslinie in den 2000er Jahren hin zu einem Umverteilungsansatz: 2017 der Vorschlag die Einführung einer „Kaufkraftprämie“ für Geringverdiener und eine Erhöhung des Mindestaltersruhegelds, 2022 das Versprechen der Senkung der Mehrwertsteuer auf Benzin, Gas, Strom und Senkung der Einkommensteuer ab dem zweiten Kind.

Diese umverteilende Haltung ist auch Teil einer Distanzierung gegenüber ihrem Hauptkonkurrenten auf der radikalen Rechten, Eric Zemmour. Ende 2021 behauptete Le Pen, sie habe mit ihm „unbestreitbar Meinungsverschiedenheiten auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene“ und warf ihm vor, er interessiere sich „ziemlich wenig, … für die Monatsenden der Franzosen und ich habe eine soziale Sensibilität, die unbestreitbar wichtiger ist“.

Starke Sicherheitspolitik für Recht und Ordnung, Kriegsgesetze gegen „islamischen Terror“

Nach städtischen Ausschreitungen in Brest versicherte Le Pen am 1. Februar 2022, sie wolle „der Unordnung des Rechts des Stärkeren, der täglichen Belästigung der ehrlichen Leute und der Schreckensherrschaft der Drogenmafia, deren Verbrechen nur von der islamistischen Ideologie übertroffen werden, mit der sie so oft in Verbindung gebracht werden“, ein Ende bereiten.

Sie sprach sich für die Einführung einer Notwehrvermutung für Angehörige der Ordnungskräfte aus. Als Reaktion auf die Ermordung von Samuel Paty befürwortete Le Pen eine „Ausnahmegesetzgebung“. „Da Terrorismus eine Kriegshandlung ist, erfordert er eine Kriegsgesetzgebung“.

Verschärfung der Migrationsfragen seit 2010

Menschen, die aus dem Ausland kommen, sollen begreifen: „Kommt nicht so, wie ihr seid, sondern werdet so, wie wir sind: Man wird zur Nation, weil es einen nationalen Roman gibt, eine gemeinsame Geschichte. Darum herum basiert die republikanische Assimilation.“ (Jordan Bardella, stv. Parteivorsitzender des RN). Marine Le Pen sagt: „ … ich glaube, dass Masseneinwanderung die Assimilation verhindert, weil man sich persönlich assimiliert, aber man kann nicht ganze Bevölkerungsgruppen assimilieren. …“

Im Wahlprogramm 2022 finden sich Forderungen wie „Ausweisung von Ausländern, die seit einem Jahr arbeitslos sind, sowie Gewährung des RSA (Sozialgeld) nur an Ausländer, die mindestens fünf Jahre lang gearbeitet haben.“

Wählerschaft des Rassemblement National

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat eine Umfrage im Jahr 2019 unter 2000 französischen Wahlberechtigten analysiert, die bei den Präsidentschaftswahlen 2017 und den Europawahlen 2019 für den RN stimmten.

Den RN wählten Menschen zwischen einem Pol von ca. 30 % extrem rechter Positionen und einem kleineren Pol in der Mitte. Seit Gründung des RN ist die Wählerbasis im ständigen Wandel von einer starken Verankerung in der industriellen und kommerziellen Bourgeoisie und den freien Berufen hin zu hauptsächlich Arbeitern und kleinen Selbstständigen. In den ärmsten Haushalten (monatliches Netto von weniger als 1250 Euro) erzielte RN die besten Ergebnisse.

Das Thema Einwanderung eint die Wählerschaft, sonst ist der RN in zwei ideologische Blöcke gespalten: 56 % sind für eine Umverteilung von Reichtum, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft befürworten aber nur etwas über 16 %. Der andere Block, ein Drittel, steht diesem Thema gleichgültig gegenüber. Die Unterstützung für soziale Politik ist insgesamt begrenzt, eine Mehrheit setzt aber sich klar für stabile und sichere Arbeitsbedingungen ein.

Fremdenfeindlichkeit herrscht in der RN-Wählerschaft stark vor. Zwei Drittel sind der Auffassung, dass Ausländer*innen eine Bedrohung für die Kultur ihres Landes darstellten, aber 78 % denken, dass sie nur herkommen, um das Sozialversicherungssystem auszunutzen. Wirtschaftliche Herausforderungen bilden beim Thema Einwanderung den stärksten gemeinsamen Nenner. „Nur“ 62 % sagen, dass ausländische Arbeitskräfte den Einheimischen die Arbeitsplätze wegnehmen. Wirtschaftliche Bedrohung gilt eher dem Sozialstaat als dem Arbeitsmarkt, soziale Gerechtigkeit orientiert sich an einem „Dreiklassenbewusstsein“. Sie definieren sich als „kleine Mittelklasse“, prangern die selbst erfahrene Ungerechtigkeit an – gegenüber den „Großen“, die sie ausbeuteten, ebenso wie gegenüber den „Kleinen“, die aufgrund ihrer „Abhängigkeit von Sozialleistungen“ von den Früchten ihrer Arbeit profitierten. Ihr Verständnis von sozialer Gerechtigkeit ist an Leistung gekoppelt und unterscheidet sich vom Verständnis des Konflikts zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, historisch von linken Parteien vertreten. So erklärt sich die Betonung der nationalen Zugehörigkeit beim Kampf um die vom Staat bereit gestellten Ressourcen.

Um eine demokratische Alternative zu Le Pen aufzubauen, „… ist es von großer Bedeutung, einen klaren und kompromisslosen antirassistischen Diskurs angesichts der Rhetorik des kulturellen Niedergang zu führen, der die öffentliche Debatte vollkommen einnimmt.“

* **Zeichnung:** By ActuaLitté – Nous sommes Charlie, par Louis Loche – Les étudiants du CESAN rendent hommage, CC BY-SA 2.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=37784941 **Quellen:** Antoine Bristielle und Max-Valentin Robert, Stiftung Jean-Jaures (jean-jaures.org); Bilal Berady von transform! europe und Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel; Übersetzung DeepL (deepl.com)

Antiziganismus – auch gegen Kriegsflüchtlinge

Demokratisches Verhalten von Verwaltung und Behörden gefordert

MICHAEL JURETZEK, BREMEN

Krakow (Polen) im Mai: 100 aus der Ostukraine geflohene Romnja sind in einem bis 13. Mai spendenfinanzierten Hostel untergekommen. Ihre Häuser wurden teilweise zerbombt, ihre Männer sind in die Armee eingezogen worden. Trotz Registrierung bei polnischen Behörden bekommen sie keine staatliche Unterstützung. Einige bräuchten wegen Krebs- oder Schilddrüsenerkrankung dringend medizinische Versorgung. Das Roma Center Göttingen hat Ende April eine Reise zu den geflüchteten Roma nach Polen und in die ukrainische Grenzregion

Geflüchtete Romnja aus der Nähe von Odessa in Polen. c Roma Center e.V.[1]

gemacht. Ihr beeindruckender Bericht ist unter der untenstehenden Internet-Adresse zu lesen.

Prag (Tschechien) Mitte Mai: Etwa 100 aus Transkarpatien (Westukraine) geflüchtete Roma halten sich in einem Nebengang des Bahnhofs auf. Zweimal am Tag müssen sie für die Reinigungskräfte räumen. Viele von ihnen haben sowohl eine ukrainische wie ungarische Staatsbürgerschaft. Hilfskräfte berichten, dass es schwierig ist, für die teilweise großen Familien private Unterkünfte zu organisieren. Innenminister Rakusan erklärte, dass Geflüchtete mit doppelter Staatsbürgerschaft keinen Anspruch auf vorübergehenden Schutz und Sozialleistungen hätten.

Ende März wird Roma-Familien aus der Ukraine der Zugang zu Übernachtungsmöglichkeiten der Deutschen Bahn für Geflüchtete in Mannheim verweigert. Am 9. April verweist ein Zugbegleiter 20 ukrainische Roma um 4 Uhr nachts in Karlsruhe des Zuges.

Die EU tut sich schwer mit der Anerkennung der sechs Millionen auf ihrem Gebiet lebenden Sinti und Roma als gleichberechtigte Bürger. In der Behandlung der geflüchteten Roma aus der Ukraine wird das überdeutlich. Das hat Tradition – lange Tradition.

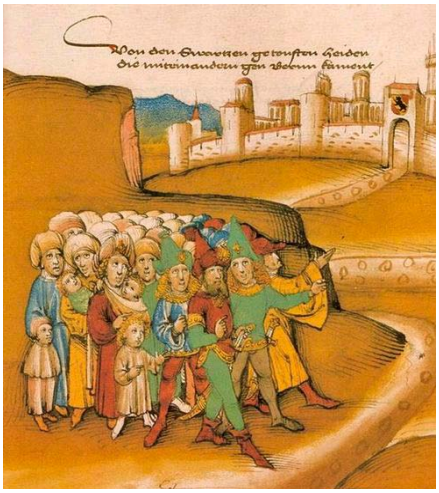
Ein Blick in die Geschichte

Im 14. Jahrhundert dehnte sich das Osmanische Reich bis an die indisch-pakistanische Grenze aus. Im Punjab-Tal wurden die Sinti und Roma unterworfen und Tausende für die weiteren Eroberungsfeldzüge zwangsrekrutiert. Andere, vor allem christlich geprägte Sinti, flohen vor der Besatzung nach Europa. Zunächst als „Pilger aus Ägypten“ eingeschätzt, erhielten sie von den europäischen Landesfürsten Schutzbriefe. Als die osmanischen Heere im 15. Jahrhundert Konstantinopel und Teile des Balkans eroberten, änderte sich die Haltung. Die als Zigeuner bezeichneten (Tagebuch des Andreas von Regensburg: „Cigäwnär“, 1422) galten nun als heimliche Kundschafter, als türkische Spione, als „getaufte Heiden“.

Sie bekamen keinen Zugang zu Städten, mussten vor den Stadtmauern campieren, ihnen wurde die Aufnahme in die Zünfte verwehrt. Schon 1472 ordnet der Kurfürst von der Pfalz an, „kein zigener durch seyn gnaden lande oder gebiete faren zu lassen“. 1504 befiehlt der französische König ihre Ausweisung. Es folgen Schweizer Städte, Flandern, England und Polen. Der Reichstag zu Freiburg erklärt sie 1498 für „vogelfrei“.

Von allen gesellschaftlichen Strukturen ausgeschlossen, durch kein Gesetz geschützt, bilden die Familienverbände die einzige Möglichkeit des Überlebens. Getrennt von Möglichkeiten der Bildung und Erwerbstätigkeit, erzwingt ihre Rechtlosigkeit Armut und ständigen Ortswechsel – bis zur nächsten Vertreibung.

Im 19. Jahrhundert liefern die Völkerkundler die entsprechende Wesenscharakteristik. Johann Schwicker entdeckt im „düsteren Blick“ der „Zigeuner“ den „Ausdruck des Stumpfsinnes, der mangelnden geistigen Thätigkeit und einer Gefühllosigkeit, die bei dem tierischen Wesen eines solchen Volkes ganz natürlich



„von den schwarzen getauften heiden die miteinander nach Bern kommen“, aus der Spiezer Chronik, Diebold Schillings des Älteren (um 1445-1486).[2]

erscheint.“ („Die Zigeuner in Ungarn und Siebenbürgen“, Studie 1883, zitiert aus K.M. Bogdal „Europa erfindet die Zigeuner“, S. 172) Am Ende sind sie sich einig in der Behauptung der Existenz „einer nicht arbeitenden Rasse in Europa“ (ebda., S. 182). Mit dieser pseudowissenschaftlichen Einordnung verfallen Sinti und Roma zu Zeiten rasanter Industrialisierung zu einer für die Arbeitsreserve unnützen Menschengruppe, zu einem Chaos verursachenden Naturvolk, das unter strenge staatliche Kontrolle gestellt werden muss. Ab 1899 legt die Münchener Polizeidirektion durch ihren „Nachrichtendienst für die Sicherheitspolizei in Bezug auf Zigeuner“ tausende Personalakten an. 1926 beschließt der bayerische Landtag das „Gesetz zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen“.

Im Dezember 1942 setzt Himmler mit seinem Auschwitz-Erlass die Vernichtungsmaschinerie in Gang zur Deportation aller „Zigeunermischlinge, Rom-Zigeuner und nicht deutschblütiger An-

Romakinder im KZ Auschwitz. Quelle: Patriaindipendente.it, Zeitschrift der Associazione Nazionale Pzartigiani d'Italia (ANPI)[3]

abb. : 1 https://ran.eu.com/gefluchtete-roma-aus-der-ukraine-in-polen-ein-reisebericht-des-roma-centers/ **2** https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/c/c5/Spiezer_Schilling_749.jpg **3** Romakinder im KZ Auschwitz. Quelle: Patriaindipendente.it, Zeitschrift der Associazione Nazionale Pzartigiani d'Italia (ANPI) **4** https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Roma-siedlung_neben_dem_hafen_in_neapel.JPG

gehörige zigeunerischer Sippen balkanischer Herkunft“. Schätzungen gehen von 500 000 Opfern aus.

Noch 1956 verneinte der Bundesgerichtshof eine rassische Verfolgung der Sinti und Roma vor 1942 mit der Begründung: „Zigeuner neigen zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und Betrügereien. Es fehlen ihnen vielfach die Antriebe zur Achtung vor fremdem Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist“.

EU – ernüchternde Bilanz

2020 stellt die Europäische Kommission fest, dass Europa noch einen langen Weg bis zur Gleichstellung der Roma-Bevölkerung vor sich hat. Bezugnehmend auf den 10-Jahres-Rahmen zur Integration der Roma bis 2020 kommt sie zu dem ernüchternden Ergebnis: „... viele der schätzungsweise 10 bis 12 Millionen Roma in Europa sind im täglichen Leben weiterhin mit Diskriminierung, Antiziganismus und sozioökonomischer Ausgrenzung konfrontiert“. (https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/commission_proposal_for_a_draft_council_recommendation_for_roma_equality_inclusion_and_participation_de.pdf, S. 3)

Roma-Siedlung in Neapel neben dem Hafen. Wikipedia.[4]

Mit einem neuen Strategischen Rahmen für die Roma in der EU hat die Kommission neue Ziele bis 2030 gesetzt. Sie konzentrieren sich auf die Bereiche Armutsbekämpfung, Bildung, Arbeit, Gesundheit und Wohnen.

Armut: Gegenüber 20% der übrigen Kinder sind 85% der Roma-Kinder armutsgefährdet. Dieses Gefälle soll um mindestens die Hälfte reduziert werden.

Bildung: 62% der jugendlichen Roma besuchen keine Schule, sind nicht erwerbstätig oder in Ausbildung (bei 10% der übrigen Jugendlichen). Dieser Unterschied soll ebenfalls halbiert werden, reine Roma-Klassen in Grundschulen verringert und die Erlangung der Berufsreife verbessert werden.

Arbeit: Die Beschäftigungslücke soll um die Hälfte verkleinert werden.

Gesundheit: Die Unterschiede bei der Lebenserwartung soll um 50% gesenkt werden.

Wohnen: Die überdurchschnittliche Wohnungsnot soll um ein Drittel verringert werden, Überbelegungen abgebaut und der Zugang zu gesundem Leitungswasser auf 95% angehoben werden.

Allein die Aufzählung dieser Ziele zeugt von den Folgen jahrhundertelanger Ausgrenzung und Diskriminierung. Die Mitgliedsstaaten sollen alle zwei Jahre einen Bericht über die Umsetzung des Planes liefern.

Zentralrat der Sinti und Roma

Bei der Umsetzung der EU-Ziele sind neben finanzieller Mittel besonders die Verwaltungs- und Sozialbehörden gefordert. Einfühlsamer und vorurteilsfreier Umgang beim Ausstellen von Ausweisen, Bearbeiten von Kindergeldanträgen, Vermittlung von Wohnungen, Kindergarten- und Schulplätzen, Eingliederung in Krankenkassen, Organisierung von Sprachkursen, Eingliederung in den Arbeitsmarkt, Familienbetreuung usw. All das wird häufig ohne die Anwesenheit von Dolmetscherinnen nicht möglich sein. Der Zentralrat der Sinti und Roma stellt in seinem Monitoring-Bericht 2020 „Antiziganismus in der Verwaltung und in der Sozialen Arbeit“ zusammenfassend fest: „Diskriminierungen durch die öffentliche Verwaltung und Organisationen, die soziale Dienste anbieten, hindern benachteiligte Sinti und Roma daran, ihre bürgerlichen und sozialen Rechte wahrzunehmen“. (https://zentralrat.sintiundroma.de/zentralrat-veroeffentlicht-dritten-monitoringbericht-antiziganismus/; S. 8). In seinen Empfehlungen kritisiert er, dass das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) nicht auf den öffentlichen Sektor anwendbar ist und erwartet: „Es ist dringend erforderlich, entweder den Geltungsbereich des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes auf den öffentlichen Sektor auszudehnen oder die entsprechende Gesetzgebung dafür zu schaffen...Die Institution der Ombudsperson sollte in der öffentlichen Verwaltung institutionalisiert werden“ (ebda. S. 10). U.a. hier entscheidet sich, ob die jahrhundertelange Diskriminierung der Sinti und Roma zurückgedrängt wird.

Buchempfehlung:
K.-M. Bogdal, Europa erfindet die Zigeuner. (Literaturwissenschaftler Uni Bielefeld) Suhrkamp, Euro 15

„Ich hasse die Sünde – aber liebe den Sünder!“

Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

Bremen. „... Der ganze Genderdreck ist ein Angriff auf Gottes Schöpfungsordnung, ist zutiefst teuflisch und satanisch...“ – Homosexualität sei alles eine Degenerationsform der Gesellschaft, die ihre Ursache in der Gottlosigkeit habe. – „... Diese Homo-Lobby, dieses teuflische, kommt immer stärker, immer massiver, drängt immer mehr hinein...“ – „...Echt, überall laufen diese Verbrecher rum, von diesem Christopher Street-Day.“

Das sind Töne, die mensch eigentlich nicht sehr oft so direkt zu hören bekommt – und aus dem Munde eines Pfarrers in Deutschland schon gar nicht. Von sich gegeben und auch auf YouTube veröffentlicht hat sie Olaf Latzel, ein deutscher evangelischer Pastor der Bremer Reformierten St.-Martini-Gemeinde. Am 19.10.2019 sprach er anlässlich eines Eheseminars über Gender und Homosexuelle wie oben zitiert. Daraufhin hat die Staatsanwaltschaft gegen ihn ein Verfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet und das Amtsgericht verurteilte den Angeklagten am 25.11.2020 aufgrund dieser Äußerungen. Vom Landgericht wurde er hingegen jetzt — im Mai 2022 — freigesprochen. Er habe nach dem Tatbestand der Volksverhetzung im § 130 StGB nicht „zum Hass aufgestachelt“. Seine Äußerungen seien von der Religions- und Meinungsfreiheit gedeckt. Die Staatanwaltschaft hat gegen dieses Urteil erneut Revision eingelegt.

Pastor Latzel ist ein bundesweit bekannter Vertreter fundamentalistischer Glaubensauslegung der Evangelischen Kirche in Bremen (BEK). Auch sie, die BEK, leitete 2020 ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein. Nur: die Gemeinden in der BEK sind weitgehend selbständig und dürfen ihre Pfarrer selbst wählen. Sie genießen — anders als z.B. bei den Lutherischen Kirchengemeinden — weitgehend Glaubens-, Gewissens- und Lehrfreiheit. Und diese Bremer St.-Martini-Gemeinde unterstützt ausdrücklich „ihren Pastor“ mit seiner gegen Homosexuelle gerichteten Meinung.

Das Landesgericht stellte in seiner Urteilsbegründung fest, der Angeklagte argumentiere von der Bibel her. Auch wenn die Auslegung in der heutigen Zeit „archaisch verroht“ anmute, liege Hass „gegen Teile der Bevölkerung“ nicht vor und der Pastor habe nicht zu „Gewalt“ aufgerufen. Artikel 4 Grundgesetz umfasse eben auch „derartige religiöse Bekenntnisse“. Mit seiner Formulierung „Ich hasse die Sünde, liebe aber den Sünder!“ zog sich Latzen vor Gericht theologisch geschickt aus der Schlinge.

Wie es dazu kam …

LUTZ BRANGSCH, BERLIN

Russland wird meist als etwas beschrieben, was irgendwie von Gestern und unmodern sei.

Betrachtet man aber die Entwicklung des Landes, wie auch der anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion zeigt sich, dass diese Einschätzung letztlich aus der Selbsttäuschung des Westens über sich selbst resultiert. Auf eine fatale Weise überlagern sich in Russland die Imitation einer traditionellen bürgerlich-kapitalistischen Ordnung mit einem lehrbuchmäßig durchgesetzten neoliberalen Kurs, einer reinen Friedmanschen Dystopie. Es gehört zu den großen Schwächen der Linken, die hier sichtbar werdende „Vielfalt der Kapitalismen" nicht verstanden zu haben und bis heute die daraus resultierenden Konsequenzen, vor allem für sie selbst, beständig zu unterschätzen.

Die Herausbildung des politischen und wirtschaftlichen Systems Russlands kann nur sehr beschönigend mit dem Terminus „marktwirtschaftliche Reform" beschrieben werden. Auch der Begriff der „Schocktherapie" wird der Dramatik nur bedingt gerecht. Tatsächlich war es ein Raubzug von Teilen des alten Apparates und des kriminellen Untergrunds gegen die sowjetische Gesellschaft. Der Zusammenbruch weiter Teile der Volkswirtschaft und die soziale Krise auf der einen und der Rückfall in den Status eines Rohstofflieferanten auf dem Weltmarkt bei einer weit auseinander klaffenden Schere zwischen arm und reich als Ergebnis der ersten postsowjetischen Jahre prägen die Entwicklung des Landes bis heute.

Der Zusammenbruch der 90er Jahre vollzog sich vor dem ideologische Hintergrund der Losung „Freiheit des Marktes", die von westlichen Berater*innen verschiedenster Art (seien es Einzelpersonen, NGO oder Stiftungen) propagiert wurde. Weder ihre russländischen Partner*innen, noch sie selber stellten in Rechnung, dass das marktwirtschaftliche Modell des Westens bis in die 1970er Jahre auf dem relativen Gleichgewicht von Kapital und Arbeit beruhte. Von einem solchen Gleichgewicht konnte in Russland von vornherein nicht die Rede sein. Zwar konstituieren sich nach 1991 und dem Verbot der KPdSU verschiedene kommunistische und sozialdemokratische Parteien, die aber abgesehen von der KPRF kein politisches Gewicht erlangen konnten. In der „reinen" Marktwirtschaft fehlte ihnen dazu einfach das Geld. Das sich als anarchistisch oder trotzkistisch definierende Spektrum mit hohem internationalistischem Anspruch blieb zersplittert und marginal. Ihre Partner*innen waren die entsprechenden ebenso marginalen Bewegungen im Westen. Die marxistisch-kommunistische Richtung kam nicht über ein akademisches Spektrum hinaus. Gleiches gilt für die sozialdemokratische, die schnell als politische Strömung jede Relevanz verlor. Zwar sitzt mit der Partei Gerechtes Russland eine sich sozialdemokratisch betrachtende Partei in der Duma, allerdings ohne in der Lage zu sein, wirksame Akzente setzen zu können. Die „Unabhängigen Gewerkschaften" entwickelten sich auch aus dem alten Apparat heraus und wurden kein Gegengewicht zur entstehenden Oligarchie, sondern bestenfalls deren nur begrenzt wirksames Korrektiv. Zwar entstand eine Reihe kleiner kämpferischer Gewerkschaften, die aber nur lokale Bedeutung erlangen konnten. Ein Teil dieser Organisationen ist in dem zweitgrößten Gewerkschaftsbund Russland, der Konföderation der Arbeit (KTR), vereinigt. Die Größenverhältnisse machen aber auch das Problem deutlich: der systemverbundene Gewerkschaftsbund hat etwa 28 Millionen Mitglieder, die KTR hingegen 2 Millionen. Diese Schwäche der Gewerkschaftsbewegung und die Zersplitterung der Linken sind konstituierende Voraussetzungen für das heute in Russland bestehende politische System.

Im Jahr 1998 kam es zum Staatsbankrott. Eigentlich wäre das der Moment gewesen, die Linke zu vereinigen und als kämpferische Kraft in Erscheinung treten zu lassen – das gelang nicht. Es siegte der „starke Staat", der die Willkür der Oligarchie bändigte und damit die Stabilität des Landes wahrte, ohne die ökonomischen Machtverhältnisse in Frage zu stellen. Ausdruck dessen war das System Putin. Sein Ansehen beruht für die ältere Generation bis heute darauf, dass unter seiner Führung in Russland wieder so etwas wie Normalität einzog, wenn schon nicht das westliche Wohlfahrtsversprechen eingelöst werden konnte. Der in der Verfassung garantierte Sozialstaat war in dieser Lesart von vornherein ein paternalistischer, kein erkämpfter. Damit stieß Putin aber auch an eine Grenze. In den vergangenen 20 Jahren scheiterte er immer wieder mit Versuchen, eine Modernisierung der Wirtschaft durchzusetzen. Der starke Staat als Säule des Systems steht sich selbst im Wege, da jede durchgreifende Innovation das austarierte Gleichgewicht innerhalb der Oberschicht in Frage stellen würde. Gewichtige Teile des Unternehmer*innentums und des Staatsapparates haben kein Interesse an Veränderungen, da die Gewinne aus den Rohstoffexporten sicher scheinen. Die weltweite Anlage von Kapital bzw. der Abfluss desselben in den Luxuskonsum der Oberschicht begrenzt die Zugänglichkeit von Kapital für innovative inländische Unternehmen, die Träger der Modernisierung sein könnten. Die Stagnation ist so Bedrohung aber auch Stütze des Systems. Unter diesen Bedingungen muss die politische Repression gegen jede Opposition immer stärker werden, wie sich in den Reaktionen auf die Protestwellen der vergangenen Jahre, z.B. gegen die Rentenreform oder gegen Umweltverschmutzung, zeigte.

Resultat dieser Konstellation sind z.B. das fatalistische Abfinden mit dem entstandenen „kriminellen Kapitalismus" oder eine obskure Rückbesinnung auf die sowjetische Vergangenheit. Monarchistische und rechtsextreme Strömungen, die in der Sowjetunion im Untergrund weiterwirkten, traten nun wieder offen in Erscheinung. Nicht nur in der KPRF verbinden sich nationalistische mit stalinistischen Traditionen. Im Vorfeld der Duma-Wahlen 2021 gelang es der KPRF, einen „linkspatriotischen Block" unter Einbeziehung von basisverbundenen Bewegungen zu bilden. Auf dieser Grundlage erreichte sie mit über 18 Prozent der Stimmen ihr zweitbestes Ergebnis seit dem Zerfall der UdSSR. Der Patriotismus (tatsächlich Nationalismus) wurde schon in den 90er Jahren als Hebel der sozialen Umwälzung propagiert. Dieses Narrativ integriert die Partei in die Machtstrukturen und hat sie zu einer konsequenten Befürworterin des Krieges gegen die Ukraine gemacht. Man meint, dass der Krieg in eine Situation führt, in der die Partei auf welchem Weg auch immer die Macht ergreifen und eine „Sowjetunion 2.0" errichten könnte. Allerdings scheint die Kriegsbegeisterung der KPRF-Führung gerade zu einem Abwandern jüngerer und aktiver Anhänger*innen zu führen.

Soweit es die inneren Bedingungen betrifft, ist der Krieg gegen die Ukraine ein Versuch, die skizzierte Stagnation zu durchbrechen. Die Dynamik des zukünftigen Russland soll sich auf wirtschaftliche Autarkie und einen eigenen, konservativen Wertekanon stützen. Die Machtkonstellation, die durch die Zivilgesellschaft auf der einen und die Sabotage der Modernisierung auf der anderen Seite in Frage gestellt wird, soll gewahrt bleiben. Die Protestwellen in den vergangenen Jahren haben deutlich gemacht, dass die Akzeptanz des Akkumulationsregimes, auf das sich das gegenwärtige System stützt, mehr und mehr schwindet. Der Fatalismus und das Schweigen, das durch die immer härtere Repression erzwungen ist, hat, wie Boris Kagarlickij gerade schrieb, einen bedrohlichen Unterton.

Ukrainische Orthodoxe Kirche erklärt „volle Unabhängigkeit“

EDDA LECHNER, NORDERSTEDT

Die Orthodoxie ist zurzeit „auf Weltebene“ eine zerstrittene Kirche. Ursprünglich ist sie in den ersten Jahrhunderten des Christentums in Jerusalem, Antiochien und Alexandria entstanden und hat sich von dort über den Balkan in verschiedene Regionen Europas und Asiens verbreitet. Dabei hat sie sich im Widerspruch zu der wachsenden Konkurrenz durch das römisch-katholische Papsttum mit viel Affinität den jeweils vorhandenen Staaten angepasst. Stets hat sie dabei eine nationale und theologische Selbständigkeit angestrebt, die bis heute von der orthodoxen Zentrale in Konstantinopel (Istanbul) als sogenannte „Autokephalie“ zugestanden werden musste.

Im Januar 2019 erreichte die Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU) in der staatlich unabhängig gewordenen Ukraine nach langjährigen Auseinandersetzungen mit dem Oberhaupt der orthodoxen Zentrale in Istanbul, Bartholomäus I., diese Autokephalie und damit ihre Unabhängigkeit vom Moskauer Patriarchat. Harte Auseinandersetzungen zwischen dieser neuen selbstständigen und der alten an Moskau orientierten Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) folgten. Gegen ihre Erwartungen verließen aber nicht allzu viele Mitglieder und Gemeinden die alte UOK, um in der neuen OKU Fuß zu fassen. Der von Moskau bestimmten orthodoxen Kirche wurde dies als „Verfolgung“ angelastet, sie behindere systematisch Übertritte.

Patriarch Kyrill auf einer Sitzung des Bischofsrates der Moskauer Metropolie am 8. Juni 2022, Foto von Sergey Vlasov © Pressedienst des Patriarchen von Moskau und ganz Russland

Der Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine hat diesen Konflikt zusätzlich politisch angeheizt, so dass sich dort die Orthodoxie selbst in einem quasi militärisch ausgetragenen Krieg befindet. Dies möchten nun beide ukrainischen Orthodoxen Kirchen beenden. Die wiederholt religiöse Rechtfertigung des Angriffskrieges gegen die Ukraine durch die Leitung der Russisch-Orthodoxen Kirche in Moskau unter ihrem Patriarchen Kyrill stößt inzwischen so sehr auf Widerspruch, dass auch die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK), die verwaltungsmäßig unter der Hoheit von Moskau steht, jetzt auf einem Konzil am 27. Mai 2022 Änderungen an ihrem Statut vorgenommen hat, „welche die volle Unabhängigkeit und Autonomie der UOK bezeugen“. Das bedeutet mithin die Loslösung von ihrer bisherigen Leitung in Moskau.

„Wir stimmen nicht mit der Position des Patriarchen Kyrill … zum Krieg in der Ukraine überein“, heißt es in einer Ansprache des Metropoliten Onufrij, dem Oberhaupt der Ukrainischen Orthodoxen Kirche. Er betonte, dass die UOK die militärische Aggression Russlands seit dem Beginn der Invasion verurteilt und immer wieder dazu aufgerufen habe, das Blutvergießen zu beenden. Es seien bereits mehr als 80 Gotteshäuser der UOK zerstört worden. Das Konzil appellierte „an die Behörden der Ukraine und der Russischen Föderation, den Verhandlungsprozess fortzusetzen“.

Die Reaktion des Moskauer Patriarchen Kyrill ließ nicht lange auf sich warten. In seiner Sonntagspredigt vom 29. Mai beschwor er die einstige Einheit zwischen der Moskauer und der Ukrainischen Kirche in den Zeiten der Kiewer Rus, des Zaren, sowie der Kiewer und Moskauer Fürsten. „Dann aber kam dieser Herr oder Genosse (gemeint ist Lenin) daher und liquidierte das einheitliche Land, indem er auf dem Territorium der historischen Rus unabhängige Staaten schuf… Wir wissen, dass die Folgen dieser schrecklichen Entscheidung sich bis heute auf unser aller Schicksal auswirken – der Menschen, die in der Russländischen Föderation, in der Ukraine, in Belarus und an anderen Orten wohnen. Doch das großartige Land, die Hochburg der Orthodoxie, die Kraft, die alle anderen Kräfte aufwiegt, wurde durch diese schrecklichen historischen Entscheidungen geschwächt, … deshalb stehen wir heute wieder Auge in Auge mit neuen Problemen, die damit zusammenhängen, dass man erneut gefährliche Versuche unternimmt, unser Vaterland zu schwächen.“ Er will offensichtlich, dass diese kirchlichen und politischen Probleme bereinigt werden, indem der Krieg gegen die Ukraine weitergeführt wird.

Quelle u.a.: Nachrichtendienst Östliche Kirchen (NÖK)

Martin Fochler, München. **Zur Auswahl dieses Dokumentes vom 12.5.22, vor dem Parteitag der Linken am 24.6. in Erfurt:** Die programmatischen Defizite, die vor allem auf der Bundesebene die Repräsentation linker Politik so schwer machen, beeinträchtigen das Engagement in den kommunalen Selbstverwaltungen, Landtagen und sogar bei Beteiligung an Landesregierungen nicht in gleichem Maße. Für die Strategie- und Programmdiskussion der Linken ist eine beachtenswerte Tatsache, dass wirksamer Einsatz für emanzipative Ziele auch innerhalb der Institutionen der vorgefundenen Gesellschaft möglich ist und Anerkennung in der Gesellschaft und Zusammenhalt in der Partei mit sich bringt. Dieses unbeirrte Engagement erzeugt Zusammenhalt in der Partei und birgt damit auch die Chance der Zusammenarbeit bei der Klärung der schwierigen und strittigen Programmfragen.

https://www.links-bewegt.de/

Lasst uns einfach gute Politik machen

Stellungnahme der Landesvorsitzenden der vier regierungsbeteiligten Landesverbände der Linken zur Lage in der Partei:

Katina Schubert (Landesvorsitzende Die Linke. Berlin), Anna Fischer (Landesvorsitzende Die Linke. Bremen), Christoph Spehr (Landesvorsitzender Die Linke. Bremen), Vanessa Müller (Landesvorsitzende Die Linke. Mecklenburg-Vorpommern), Peter Ritter (Landesvorsitzender Die Linke. Mecklenburg-Vorpommern), Ulrike Grosse-Röthig (Landesvorsitzende Die Linke. Thüringen), Christian Schaft (Landesvorsitzender Die Linke. Thüringen), Berlin, Bremen, Schwerin, Erfurt, 12.5.2022

Die Welt verändert sich rasant. Für alle ist deutlich: Unsere Gesellschaft hangelt sich derzeit von Krise zu Krise. Die Finanzkrise war der Auftakt. Jetzt sind die Pandemie, die Klimakrise und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine für alle in hohem Maße präsent. Für sehr viele Menschen heißt das vor allem: Sie haben konkrete Ängste, Sorgen und Existenznöte.

Die Veränderungen fordern uns als gesellschaftliche Linke und als Partei Die Linke. Aber gerade, wenn es um Veränderungen geht, muss eine linke Partei orientieren und handeln können. In solchen Zeiten sich überlappender Krisen des modernen Kapitalismus, der eingespielten, deshalb nicht minder ungerechten Weltordnung, einer sich zuspitzenden Sicherheitslage in Europa und einer weltumfassenden Pandemie kann es sich eine linke Partei nicht leisten, sich selbst zu zerfleischen und handlungsunfähig zu werden.

Unsere Partei wird derzeit vor allem über Kakophonie, Streitigkeiten und Un-

einigkeit wahrgenommen, und zwar auf vielen Politikfeldern, aber nicht als wirksame politische Kraft, der die Menschen zutrauen etwas zu verändern.

Das können wir aber. Als Vorsitzende der vier Landesverbände in rot-rot-grüner oder rot-roter Regierungsverantwortung ist es uns wichtig, darauf hinzuweisen: Wir haben nicht aufgehört, Politik zu machen. Unser Einfluss auf der Landesebene ist größer geworden, nicht kleiner. Acht Millionen Menschen in vier Bundesländern, ein Zehntel der deutschen Bevölkerung, erfahren jeden Tag was es heißen kann, wenn Die Linke nicht nur parlamentarisch und außerparlamentarisch stark ist, sondern auch konkret Regierung und Verwaltung beeinflusst. Und sie machen positive Erfahrungen damit.

Wir haben in unseren Ländern gezeigt, dass wir bei allen Konflikten mit Koalitionspartnern, mit mächtigen gesellschaftlichen und politischen Gegnern und mit der Verwaltung, auch bei allen Rückschlägen und Niederlagen, wirksame Verbesserungen und Fortschritte erzielen können. Dass wir für eine moderne sozialistische Politik stehen, die sich von SPD und Grünen unterscheidet.

In Berlin wird jetzt der Landesmindestlohn auf 13 Euro angehoben. Wir haben mit dem – leider letztlich gescheiterten – Mietendeckel den Diskurs über politische Interventionsbereitschaft zulasten der Immobilienlobby weit nach links verschoben. Der großartige Erfolg der Initiative Deutsche Wohnen und Co enteignen hat mit unserer intensiven Unterstützung die Idee der Vergesellschaftung von Schlüsselbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie das Wohnen sprechbar gemacht und wir arbeiten mit Hochdruck daran, den Volksentscheid real umsetzen zu können. Wir haben mit einem Neustartprogramm Kultur und Wirtschaft einen Pfad raus aus den pandemiebedingten Engpässen gewiesen und arbeiten an einer Strategie, um armutsbedingte Delikte zu entkriminalisieren. im Kampf gegen Kinderarmut sind Schulessen und der öffentliche Nahverkehr für Schüler*innen kostenlos. wir haben das Berliner Stromnetz rekommunalisiert und arbeiten mit Hochdruck an der Überwindung von Obdachlosigkeit.

In Mecklenburg-Vorpommern ist in der kurzen Regierungszeit seit Dezember erreicht worden, dass ein Ruf-Bus-System für den öffentlichen Nahverkehr im ganzen Land im Aufbau ist, dass es mehr Lehrerinnen und Lehrer gibt und keine Schule mehr aufgrund einer niedrigen Schüler*innenzahl geschlossen wird, dass der Hort auch in Ferienzeiten kostenlos wird, dass es wie in Berlin und Thüringen einen neuen Feiertag, hier den 8. März, gibt. Ab der nächsten Landtagswahl dürfen auch die 16- und 17-Jährigen an der Wahl teilnehmen und ab sofort darf die Regenbogenflagge an öffentlichen Gebäuden gehisst werden.

In Thüringen haben wir mit zwei beitragsfreien Kindergartenjahren den Einstieg in den Ausstieg aus der Elterngebühren in der frühkindlichen Bildung gemacht, damit Bildung endlich kostenfrei wird vom Kindergarten bis zum Meister oder Hochschulabschluss. Wir haben den Stellenabbau der unionsgeführten Regierung beendet, tausende neuer Lehrer*innen eingestellt und auch erreicht, dass Lehrkräfte gleich bezahlt werden, egal in welcher Schulart sie unterrichten. Mit dem Vergabemindestlohn und Regelungen zur Tariftreue, die beide von der CDU immer wieder angegriffen werden, wollen wir den Niedriglohnbereich eindampfen. Wir haben mit dem Weltkindertag als Feiertag einen sehr konkreten Beitrag zur Arbeitszeitverkürzung und Schaffung von Familienzeit geleistet. Trotz aktueller Minderheitsregierung konnten wir mit dem Einsatz für einen Transformationsagentur ein Instrument etablieren, mit dem wir die vielen Betriebe und Beschäftigten unterstützen, um nicht Verlierer*innen der ökologischen Transformation zu werden, sondern aktiv die Klimawende sozial zu gestalten. Mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge haben wir viele Menschen im ländlichen Raum finanziell entlastet, mit dem Rückkauf der Anteile der Gerarer Wohnungsbaugesellschaft Wohnraum der Spekulation auf dem Immobilienmarkt entzogen oder mit dem Projekt Agathe im ganzen Land Vereinsamung von älteren Menschen den Kampf angesagt.

In Bremen haben wir das Sozialticket um ein Drittel verbilligt und für Kinder und Jugendliche ganz kostenfrei gemacht. Wir haben die Zustände in der Landeserstaufnahme verbessert und zwei Landesaufnahmeprogramme durchgesetzt. In einem Bundesland, das gewöhnlich am Ende aller bundesweiten Rankings steht, haben wir die beste und erfolgreichste Impfkampagne durchgeführt, indem wir konsequent die soziale Frage mitgedacht haben. Wir haben einen Härtefallfonds gegen Energie- und Wassersperren eingeführt, eine Antidiskriminierungsstelle, eine Förderung von Baugenossenschaften, den Einstieg in „Housing First“. Wir bauen Gesundheitszentren in den Stadtteilen auf. Wir haben den Flächenfraß in der Gewerbeentwicklung beendet und Kultur- und Veranstaltungswirtschaft massiv gefördert. Den Landesmindestlohn binden wir automatisch an die unterste Tarifgruppe im öffentlichen Dienst, oberhalb des Bundesmindestlohns.

Diese Projekte und Entscheidungen sind nicht vom Himmel gefallen. Wir haben in unseren Ländern nicht immer regiert, und wir werden nicht immer regieren. Aber wir haben auch in der Opposition immer danach gefragt, was die Probleme sind und wie sie gelöst werden können. Wir reden mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und fortschrittlichen Organisationen darüber, wo die Rahmenbedingungen Grenzen setzen und wie wir trotzdem weiterkommen, damit wir die Grenzen zu Gunsten einer sozial gerechten Politik verschieben. So erzeugen wir den Gebrauchswert der Linken als soziale Kraft und machen ihn erkennbar und erlebbar.

Es geht nie alles, was man sich wünscht, aber immer mehr, als man denkt. Wir bilden uns auch nicht ein, für eine politische Strategie würde es reichen, täglich im Grundsatzprogramm nachzuschlagen oder zu allem Ja zu sagen, was Bewegungen aus ihrer Perspektive fordern. Wenn wir wollen, dass Klimaneutralität und soziale Gerechtigkeit, demokratische Erneuerung und feministische Gestaltungskraft, Modernisierung und Mitbestimmung real werden, dann brauchen wir umsetzbare Konzepte, die wir gesellschaftlich mehrheitsfähig machen können.

Das können wir auch auf Bundesebene. Dafür müssen wir nicht sofort alle Unklarheiten und Differenzen überwinden, die unter uns bestehen, aber wir müssen erkennen lassen, dass wir interessiert und bereit sind, Politik zu machen. Dazu gehört als Minimum,

- dass wir uns zwischen Parteivorstand, Bundestagsfraktion und regierenden Landesverbänden schnell abstimmen, wenn neue politische Situationen entstehen und Antworten verlangen, nach denen wir gefragt werden
- dass wir einen Diskussionsstil sofort beenden, der gewohnheitsmäßig anderen Positionen in der Partei unterstellt, nicht links zu sein, und der nicht auf Argumente zielt, sondern auf moralische Beschädigung
- dass wir Schritte einleiten, die auf eine Reform unserer Strukturen und auf eine ernsthafte Diskussion zu offenen programmatischen Fragen abzielen
- dass wir in den Politikbereichen, in denen wir stark sind, mit konkreten Vorschlägen aktiv sind, die wir an der konkreten Situation entwickeln in Regierung wie in Opposition.

Die sozialen Verwerfungen durch die sich überlagernden Krisen werden jetzt sehr konkret. Es droht eine Armutsspirale. Lasst uns deshalb ein **Sofortprogramm** auflegen, für das wir in Bund und Ländern, im Europäischen Parla-

ment und in den Kommunen, in unseren Kiezen oder Dörfern, Vereinen, in Gewerkschaften und Bewegungen gemeinsam arbeiten. Das muss sich an den konkreten Anforderungen orientieren, die den jetzt von Existenzsorgen geplagten Menschen konkrete Hoffnungen geben und deutlich machen, dass die Politik der Bundesregierung mitnichten alternativlos und eine andere Politik wählbar und mit uns zusammen gestaltbar ist.

Folgende Maßnahmen können wir uns als Teil eines solchen Sofortprogramms vorstellen:

– Lasst uns das von Bodo Ramelow, Kristina Vogt, Klaus Lederer und Simone Oldenburg vorgestellte 100-Milliarden **„Sondervermögen Energiesicherheit, Energiesouveränität und ökologische Transformation"** sowie den Antrag der Bundestagsfraktion „Energieexplosion ausgleichen" in einer konzertierten Aktion von Bund, Ländern und Kommunen in die politische Debatte bringen durch Anträge in den Parlamenten und den kommunalen Vertretungen, über mögliche Bundesratsinitiativen, über Veranstaltungen mit möglichen außerparlamentarischen Bündnispartner*innen. Damit zeigen wir ein Maßnahmenbündel auf, um die Versorgungssicherheit mit Energie auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten, die Energiewende weg von den fossilen Energieträgern zu forcieren, die kommunalen und gemeinwirtschaftlichen Energieerzeuger und -versorger zu stärken und Mobilität mit immer weniger fossilen Brennstoffen sowohl in den Städten wie in den ländlichen Regionen zu organisieren. Das wäre ein Systemwechsel, mit dem die Menschen auf lange Zeit gut und sicher leben können, statt nur drei Monate mal vergünstigt unterwegs zu sein und danach zur alten Normalität zurückzukehren.

– Lasst uns eine **Rekommunalisierungsstrategie** und verbunden damit eine Kampagne innerhalb und außerhalb der parlamentarischen Institutionen für diejenigen Energieunternehmen verabreden, die privatisiert wurden und damit von der Preistreiberei auf den fossilen Energiemärkten profitieren. Die Anknüpfungspunkte vor Ort sind vielfältig und von bereits erfolgreichen und auch von uns unterstützten Kommunalsisierungsprojekten der letzten Jahre können wir lernen. Dabei sollten wir auch neue kommunale Unternehmen vorschlagen, die die Energie- und Wärmewende vorantreiben.

– Lasst uns mit den Sozialverbänden und Gewerkschaften dafür werben, dass es bei den Entlastungspaketen der Bundesregierung nicht bei Einmalzahlungen bleibt, sondern das **Wohngeld und die Transferleistungen** regelhaft erhöht werden. Wir müssen gemeinsam verhindern, dass immer mehr Menschen in Armut getrieben werden. Das betrifft auch die Menschen, die zwar eigentlich dachten, ganz gut zu verdienen, die aber über eine Inflationsrate von derzeit 7,4 % auch nicht mehr wissen, wie sie ihr und das Leben ihrer Familien bezahlen sollen.

– Lasst uns auf allen Ebenen für den **Einsatz des Preisrechts und die Regulierung der Energiepreise, die Deckelung der Mietpreise, der Gewerbemieten und der Lebensmittelpreise** werben und entsprechende, gut abgestimmte Initiativen ergreifen. Wir müssen glaubhaft vermitteln, dass wir das Sozialstaatsprinzip nicht als leere Worthülse verstehen, sondern wieder mit Leben füllen wollen. Wir wollen sowohl spekulative Profite verhindern als auch eine faire Preisstaffelung einführen, die Grundbedarfe absichert und die Lenkungswirkung von Preisen dort belässt, wo tatsächlich Entscheidungen möglich sind. Auch die Vergesellschaftung von Raffinerien und Energieproduzenten ist ein für die Sicherheit der Bevölkerung und der Wirtschaftskraft angemessenes Instrument.

– Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Produktions- und Versorgungsstruktur wird zu erheblichen Verschiebungen in der Arbeitswelt führen: die hohe Abhängigkeit vieler Industrien von fossilen Energieträgern, insbesondere von russischem Gas, kann Transformationsprozesse beschleunigen. Hier ist es zentral, dass die Rechte der Beschäftigten gewahrt werden, dass sie schnell Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote bekommen und sie neue Mitwirkungsrechte bei der Neuaufstellung ihrer Produktionssektoren haben. Lasst uns in den Ländern und im Bund gemeinsam mit den Gewerkschaften Initiativen starten zur **Errichtung von Transformationsfonds** und -beratungsstellen wie in Thüringen, um den Beschäftigten eine sichere Perspektive zu bieten und die Angst um die Zukunft ihres Arbeitsplatzes zu nehmen. Auf Bundesebene wollen wir uns für ein **„Recht auf einen neuen Arbeitsplatz"** einsetzen, das Beschäftigte in Transformationsbranchen nicht der Arbeitslosigkeit überantwortet.

– Insbesondere für Ostdeutschland brauchen wir kurzfristig eine **neue Strategie zur Sicherung der Energieversorgung,** wenn das Ölembargo gegen Russland in Kraft tritt. Und es braucht eine kurzfristige Transformationsstrategie zur Sicherung von Erwerbsarbeit in der Region Schwedt, wenn die Raffinerie dort ihren Betrieb einstellen sollte. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, kein lokales Problem.

– Die Corona-Krise hat die Anfälligkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge von den Gesundheitsämtern bis hin zu den Krankenhäusern, den Praxen und den Pflegeeinrichtungen in dramatischer Weise aufgezeigt. Lasst uns gemeinsame Initiativen ergreifen, um die Finanzierung von Gesundheit, von Pflege und Krankenhäusern endlich an den Bedarfen zu orientieren und nicht an möglichen Gewinnmargen privater Unternehmen. Dazu gehören die **Rekommunalisierung privatisierter Einrichtungen und Häuser,** die Aufhebung der Ökonomisierung von Medizin und Pflege, die Festschreibung wirksamer Personalmindestbemessungsgrenzen wie in den Tarifverträgen an den landeseigenen Krankenhäusern in Berlin und die Aufwertung der Sozial- und Gesundheitsberufe durch bessere Bezahlung, mehr Vereinbarkeit und mehr eigene Entscheidungskompetenz.

Wir unterstützen Überlegungen, unser Programm zu modernisieren und auf neue Fragen und Herausforderungen zu beziehen. Auf den Feldern der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik, der Europapolitik, der sozial-ökologischen Transformation hat sich die Welt weitergedreht. Wir brauchen auf die massiven Wandlungsprozesse der letzten Jahre zeitgemäße Antworten. Wenn wir über einen Modernisierungsprozess unseres Programms sprechen, dann müssen wir auch inhaltliche Leerstellen füllen. Dabei denken wir zum Beispiel an die einschneidenden Verwerfungen in der Arbeitswelt, im Bildungsbereich, im Gesundheitswesen. Wir denken an Digitalisierung und an die Modernisierung staatlicher Verwaltung. All das braucht Antworten von links.

Reale Politik im Hier und Jetzt und die programmatische Arbeit dürfen und müssen sich nicht ausschließen. Wir müssen jetzt sicht- und ansprechbar sein, Politik machen und gleichzeitig unsere Visionen und Vorstellungen einer friedlichen und gerechten, einer klimaneutralen und repressionsfreien, einer vielfältigen und von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Paternalismus freien Gesellschaft und Welt immer wieder neu entwickeln und überprüfen. **Die Ziele bleiben, die Wege dorthin müssen wir immer wieder neu bestimmen.**

(...)

PB: Es folgen Vorschläge zur Arbeitsorganisation, siehe: **https://www.links-bewegt.de/de/article/550.lasst-uns-einfach-gute-politik-machen.html**

G20-Protest 2017: Räumung des „Antikapitalistischen Camps“ war illegal

Das Verwaltungsgericht Hamburg stellte am 4. Mai 2022 die Rechtswidrigkeit der Räumung des „Antikapitalistischen Camps“ während des G20-Gipfels 2017 in Hamburg fest.

GASTON KIRSCHE, HAMBURG

„Die Begründung liegt noch nicht vor“, so Rechtsanwalt Martin Klingner im Gespräch mit dem Autor: „Es ist aber klar, dass das Verwaltungsgericht das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit hier als verletzt ansieht, das ist ein wichtiger Erfolg“. Martin Klingner vertrat den Kläger, den Anmelder des „Antikapitalistischen Camps“, bereits im Sommer 2017.

Bereits ein halbes Jahr vor dem G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 begann eine beispiellose Kampagne gegen den zu erwartenden Protest. Da wurde die Anschaffung eines Anti-Terror-Räumpanzers der Hamburger Polizei mit zu erwartenden Bedrohungsszenarios begründet, der Hamburger Verfassungsschutz lieferte sich mit dem Staatsschutz, der Abteilung 7 des Landeskriminalamtes Hamburg, einen Wettstreit darüber, wer das furchterregendste Szenario linker Gewaltbereitschaft kreierte. Für die Innenstadt wurde durch die Polizeiführung per Allgemeinverfügung eine 38 Quadratkilometer große Verbotszone eingerichtet für politische Versammlungen jeder Art. Über Wochen wurde ein Ausnahmezustand zelebriert, indem Grundrechte außer Kraft gesetzt wurden.

Einige hundert Polizist:innen bereiten sich darauf vor, ein Dutzend Wurfzelte abzuräumen. Foto: Christiane Schneider

Die Hamburger Polizeiführung kam auf die Idee, die Zahl der anreisenden Protestierenden dadurch zu reduzieren, dass die geplanten Protestcamps, in denen mehrere Tausend Menschen übernachten sollten, verboten wurden. Praktischerweise ist die Versammlungsbehörde in Hamburg der Polizei angegliedert, die im Volkspark und im Stadtpark geplanten Protestcamps wurden nicht als Versammlungen erlaubt: Dabei sollte mit den Camps, so planten es die Veranstaltungsgruppe, ein durchgängig erreichbarer und sichtbarer Ort des Protestes geschaffen werden und Menschen, die aus der ganzen Welt nach Hamburg kommen wollten, ein Ort der Versammlungsmöglichkeit und der Meinungsfreiheit geboten werden.

Schon früh stellte Hamburgs rotgrüner Senat klar, dass er solche Camps nicht zulassen würde. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wurde missachtet. Höhepunkt war dann der Polizeieinsatz am 2. Juli, am Sonntag vor dem G20-Gipfel, gegen das „Antikapitalistische Camp“ auf der abgelegenen Elbinsel Entenwerder unter Missachtung zuvor ergangener Gerichtsentscheidungen. Es war der Auftakt zu einem einwöchigen Eskalationskurs seitens der Hamburger Polizeiführung.

Das Bundesverfassungsgericht hatte in einer von Rechtsanwalt Martin Klingner angestrebten Eilentscheidung am 28. Juni 2017 klargemacht, dass ein derartiges Camp von den zuständigen Behörden grundsätzlich als Versammlung zu behandeln sei, und zwar in seiner Gesamtheit, also einschließlich Übernachtungsmöglichkeiten und Infrastruktur. Das Verwaltungsgericht Hamburg hatte in einem weiteren Beschluss entschieden, dass ein Verbot des Camps auf der Halbinsel Entenwerder nicht wirksam sei und ordnete die Aufhebung der sofortigen Vollziehung eines Verbotsbescheides der Versammlungsbehörde an. Damit wäre der Weg frei gewesen mit dem Campaufbau zu beginnen. Was folgte, nannte der sichtlich schockierte Rechtsanwalt Martin Klingner vor Ort „einen Putsch der Polizei gegen die Justiz, gegen Gerichtsentscheide“. Denn auf Anordnung des G20-Gesamteinsatzleiters Hartmut Dudde wurde zuerst Sonntagmittag mündlich eine weitere Verbotsverfügung durch die Polizeiführung verkündet. Fünf Hundertschaften in Kampfmontur versperrten die Zugänge zur Zeltwiese und verhinderten großteils den Campaufbau. Dann erlaubte die Polizei doch eine Nutzung, aber ohne Schlafzelte. Nur der souveränen Hartnäckigkeit der etwa Hundert anwesenden G20-Protestierenden war es zu verdanken, dass 12 kleine Schlafzelte aufgebaut wurden. Bei Anbruch der Dunkelheit räumten die behelmten Hundertschaften unter massivem Einsatz von Pfefferspray sowie Schlagstöcken den Platz: Personalien wurden festgestellt, Zelte beschlagnahmt.

Klagen vor Verwaltungsgerichten dauern lang, aber der Anmelder des Camps gab nicht auf. Am 5. Mai erklärte die Pressestelle des Verwaltungsgerichtes Hamburg: Die „Absperrung des Zugangs zu der Elbinsel Entenwerder zur Errichtung eines Protestcamps anlässlich des G20-Gipfeltreffens wie auch die Untersagung des Camps und das Verbot von Schlafzelten waren rechtswidrig“. Denn, so die Presserklärung zum Aktenzeichen 21 K 264/18: „Nach Auffassung des Verwaltungsgerichts stellte das angemeldete Protestcamp (jedenfalls in erheblichen Teilen) eine Versammlung im Sinne von Art. 8 Abs. 1 GG dar. Vor diesem Hintergrund sei die nicht näher eingegrenzte, insbesondere nicht zeitlich klar befristete Verfügung, mit der die Errichtung des Protestcamps zunächst untersagt wurde, ebenso wie die im Rahmen der späteren Verfügung erfolgte vollständige Untersagung des Aufstellens von Schlafzelten, des Errichtens von Duschen und des Aufbaus von Küchen rechtswidrig gewesen.“ Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Der rotgrüne Senat schweigt zum Urteil, SPD, Grüne, CDU, AfD und FDP als Parteien und Bürgerschaftsfraktionen ebenfalls. In den Hamburger Medien wird zwar über das Urteil berichtet, aber nur aus Chronistenpflicht. Der Anmelder des Camps und Kläger erklärt dagegen erfreut: „Das Verwaltungsgericht hat die Rechtsbrüche der Polizei klar benannt. Dies ist eine große Genugtuung. Dies muss jetzt auch politische Konsequenzen haben.“ Seine Forderung nach Konsequenzen wird vom Rathaus ignoriert, der Senat schweigt: „Die Verantwortlichen für die rechtswidrigen Polizeieinsätze, namentlich Innensenator Andy Grote sowie der damalige Bürgermeister und jetzige Bundeskanzler Olaf Scholz müssen für den rechtswidrigen Einsatz in Entenwerder zur Verantwortung gezogen werden.“

Sein Anwalt Klingner unterstreicht im Gespräch: „Der Senat hat die politische

Verantwortung für alles. Scholz wollte kein Camp."

Auf die ausführliche Presseerklärung des Verwaltungsgerichtes reagierte nur eine Bürgerschaftsfraktion: „Ein Erfolg ist die Feststellung des Gerichts, dass die Absperrung des Zugangs zur Elbinsel Entenwerder rechtswidrig war", so Sabine Boeddinghaus, Vorsitzende der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft im Gespräch mit dem Autor: „Dudde hatte sich damit über einen Beschluss des Verwaltungsgerichts hinweggesetzt – das war ein Putsch der Polizei gegen das Gericht, eine Missachtung der Gewaltenteilung."

Das Verwaltungsgericht habe mit seiner Beurteilung, dass das angemeldete Camp unter den Schutz der Versammlungsfreiheit fällt, die „Hamburger Linie" in Sachen Camps zurückgewiesen, die ja bestritt, dass die Camps Teil der Versammlungen zu G20 waren. „Wenn dieses Urteil Bestand hat, das heißt nicht vom Oberverwaltungsgericht kassiert wird, hat es Auswirkungen für die Zukunft", so Sabine Boeddinghaus zum Autor: „Camps könnten dann nicht mehr ohne weiteres verboten werden, das wäre ein wichtiger Erfolg."

Das Urteil, so Martin Klingner „durchbricht die Erzählung des Senats, es habe keine Rechtsbrüche gegeben beim G 20 und zweitens eröffnet es vielen zukünftigen Camps, die sich auf Versammlungsfreiheit berufen, bessere Chancen."

Für die damalige Polizeiführung um deren Leiter Hartmut Dudde hat das Urteil „keine persönlichen Konsequenzen", so die ehemalige Linken-Abgeordnete Christiane Schneider gegenüber dem Autor: „Das Verwaltungsgericht hat die Rechtmäßigkeit staatlichen Handelns überprüft und festgestellt: da wurde ein Grundrecht, das Grundrecht der Versammlungsfreiheit, verletzt, Dudde muss aber keine Strafe zahlen." Christiane Schneider, die 2017 innenpolitische Sprecherin der Linkenfraktion in der Bürgerschaft war, sieht die Bedeutung des Urteils ähnlich wie Anwalt Klingner: „Die Hamburger Polizei müsste sich, wenn das Urteil rechtskräftig wird, zukünftig daranhalten."

Skeptischer ist Andreas Blechschmidt, er erklärt dem Autor: „Die aktuelle Entscheidung des Verwaltungsgerichts gibt letztlich nur einen versammlungsrechtlichen Gemeinplatz wieder, nämlich dass Protestcamps grundsätzlich auch unter den Schutz des Versammlungsrechtsfallen, das wussten im Sommer 2017 bereits alle Beteiligten." Der Anmelder der im Juli 2017 vier Tage nach dem Camp ebenfalls von der Polizei rabiat aufgelösten Demonstration „Für eine solidarische Welt und gegen den G20" des Welcome-to-Hell-Bündnisses bilanziert nüchtern: „Die Hamburger Polizei hatte aber die Rückendeckung der Politik, in einem Akt des eklatanten Rechtsbruchs die gerichtlichen Entscheidungen bis hin zu der des Bundesverfassungsgerichts ignorieren zu können." Das Urteil werde „keinerlei Konsequenzen haben, denn die Polizei wusste ja damals selbst, dass sie offenen Rechtsbruch begeht", so Andreas Blechschmidt: „Das war politisch sozusagen eingepreist und durch den regierenden rot-grünen Senat gedeckt." Und die Hamburger Polizei habe „zum Versammlungsrecht ein rein taktisches Verhältnis". Christiane Schneider erinnert sich, das Verwaltungsgericht habe „meiner Erinnerung nach mindestens fünfmal" von Hartmut Dudde verantwortete Polizeieinsätze als rechtswidrig verurteilt: „Das Problem ist, dass in solchen Fällen konkrete Maßnahmen für rechtswidrig erklärt werden, und das oft drei oder, wie jetzt, sogar fast fünf Jahre später."

Aber einmal hatte eines tatsächlich Konsequenzen: „Ich erinnere mich, dass die Polizei über Jahre hinweg Demonstrationen wegen der Länge von Transparenten drangsalierte", so Schneider: „Das musste sie nach einem entsprechenden Verwaltungsurteil dann Ende 2011 einstellen. Seitdem dürfen in Hamburg auf Demonstrationen wieder Seitentransparente getragen werden, die breiter als ein Meter fünfzig sind."

LESEHINWEIS: „1977. Eine kurze Geschichte der Gegenwart"

Bruno Rocker, Berlin

Der Historiker Philipp Sarasin beschreibt in seinem 2021 herausgegebenen Buch über das Jahr 1977 die damaligen Umbrüche in den gesellschaftlichen Entwicklungen. Es geht ihm um die Untermauerung seiner These, dass damals nichts weniger als eine ganze Epoche, nämlich die Epoche der „Moderne" zu Ende ging, und dass damals Entwicklungen ihren Anfang nahmen, die bis heute die politische Auseinandersetzung prägen.

Sarasin beginnt mit dem „Deutschen Herbst" 1977, dem Ende der 1. RAF-Generation, dem Niedergang der Neuen Linken in Westdeutschland, in Frankreich und Italien. Damals schwanden aus seiner Sicht in Westeuropa letzte Hoffnungen auf den Sozialismus. 1977 war das Jahr der Menschenrechtskampagne von US-Präsident Carter. Gleichwohl sprachen schwarze Aktivistinnen in den USA zeitgleich über „identity politics". Enttäuschte Linke suchten derweil nach Ansatzpunkten für eine neue Orientierung. Selbstverwirklichung, Ganzheitlichkeit, Authentizität, Gestalttherapie, Bioenergie, Gesundheitsnahrung ... sind nur einige Begrifflichkeiten aus dem Strauß von Möglichkeiten, die damals eine Rolle spielten. Tatsächlich wandten sich damals viele aus der linken Szene den Zielen der Selbstfindung zu. Esoteriker sprachen über „New Age" und in der Pop-Welt etablierten sich Punk, Disco und Hip-Hop nahezu gleichzeitig. Zu dieser Zeit kamen auch die ersten PCs, also personale Computer (z.B. Apple II) auf den Markt, entstand Silicon Valley und wurde das „Internet" erfunden, begann Globalisierung und erschlossen sich neue Medienwelten.

Sarasin stellt die Verbindungen zwischen all den verschiedenen Ereignissen des Jahres 1977 her und führt aus, dass damals der Glaube verblasst an ein gemeinsames Allgemeines, der doch die „Moderne" formte. Nach vorn rückte das Besondere und „authentische Individuen". Er zeigt in fünf Kapiteln, was damals verloren ging. Dazu dient ihm jeweils ein „Nekrolog", also eine Lebensbeschreibung einer Person des öffentlichen Lebens, die 1977 gestorben ist. Damit will er verdeutlichen, welche Aspekte der „Moderne" damals buchstäblich verblassten oder zerbröckelt sind. Gleichzeitig will er aber auch zeigen, welche Themen für die Postmoderne, manche sagen auch, Spätmoderne, bedeutsam wurden. Bis heute dauern innerhalb der Linken die Konflikte an zwischen jenen, die sich für Menschenrechte und universelle Gleichheit einsetzen, und jenen, die sich gegen die Diskriminierung gesellschaftlicher Gruppen durch Rassismus und Sexismus einsetzen. Auch der Begriff „identity politics" stammt aus dem Jahre 1977.

Sarasins 1977 bearbeitet ein sehr breites Themenspektrum, zusätzlich ergänzt um Einschübe über Songtexte, Bild- und Filmanalysen, Interviews. Er schreibt ebenso klug über Netzwerkprotokolle wie über die Entwicklung des Hip-Hop in der südlichen Bronx. Alle Achtung!

2021 bestritt er mit den Soziologen Andreas Reckwitz eine gemeinsame Veranstaltung in der Berliner Urania.

Philipp Sarasin: „1977 eine kurze Geschichte der Gegenwart" ist bei Suhrkamp erschienen.

5. bis 17. Juli
1888
Großbritannien

Matchgirls und Matchwomen in London streiken erfolgreich und gründen eine Gewerkschaft

BARBARA BURKHARDT, BERLIN
EVA DETSCHER, KARLSRUHE

Aus Protest gegen die niedrigen Löhne, lange Arbeitszeiten und entsetzlichen Arbeitsbedingungen streikten vom 5. bis 17. Juli 1888 etwa 1.400 Arbeiterinnen der Streichholzfabrik Bryant & May in Bow, East London. 134 Jahre später hat dieser Kampf immer noch einen Ehrenplatz in der Geschichte der britischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. The English Heritage, eine Organisation, die in Staatsbesitz befindliche Denkmäler und archäologische Stiftungen betreut, wird in diesem Jahr die Matchgirls und Matchwomen von 1888 mit einer blauen Plakette am Gebäude der ehemaligen Bryant & May-Fabrik ehren. Jedes Jahr findet außerdem ein Londoner Matchwomen's Festival statt (2022 am 9. Juli in der Bow Road 183).

Bryant & May

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts stieg der Bedarf an sicheren Streichhölzern immens. Jeder brauchte Streichhölzer zum Heizen, zum Kochen, für die Beleuchtung. Neben dem Import begann das Londoner Unternehmen Bryant & May ab 1861 die Produktion von Streichhölzern in einer neuen Fabrik in East End, damals das Armenviertel von London, aufzunehmen.

Gute Nachfrage, niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und genügend hungrige Arbeiterinnen brachten sehr schnell hohe Gewinne. So hatte sich das Nettovermögen von Bryant & May von 4 625 Pfund im Jahr 1863 auf 11 915 Pfund im Jahr 1865 mehr als verdoppelt. 1884 ging das Unternehmen – inzwischen der größte Streichholzproduzent Englands – an die Börse. 1885 zahlte Bryant & May eine Dividende von 22,5 %, 1886 und 1887 von 20 %. Für 1888 war eine Dividende von 22 % angekündigt worden.

Die Arbeitsbedingungen

Die jungen Mädchen – einige unter zwölf, viele zwischen 15 und 20 Jahre alt – und Frauen arbeiteten stehend 12 bis 14 Stunden an 6 Tage in der Woche in überfüllten, heißen und schlecht belüfteten Räumen mit nur zwei Pausen täglich. Sie verdienten durchschnittlich zwischen 8 und 4 Schilling pro Woche. Wenn Streichholzschachteln in häuslicher Arbeit hergestellt wurden – dem sogenannten Schwitzsystem – war es noch deutlich weniger. Die Frauen mussten die dafür benötigte Ausrüstung (Schnur, Farbe, Kleber, Pinsel etc.) vom Unternehmen kaufen. Das Schwitzsystem war beliebt bei Bryant & May, weil die Fabrikgesetze für häusliche Arbeit nicht galten.

Regelmäßig verhängte die Geschäftsleitung Lohnabzüge von drei Pence bis zu einem Schilling wegen „Vergehen" wie einem unordentlichen Arbeitsplatz, Gesprächen, Verspätung, Toilettengang außerhalb der Pausen und sogar wegen schmutziger Füße – da Schuhe teuer

The Match Girls Strike – Historic UK (historic-uk.com)

Arbeiterinnen der Streichholzfabrik 1888: Bei den beiden vorderen Frauen in der Mitte ist der Beginn vom „Phossy-Kiefer" schon zu erkennen.

waren, gingen viele der Mädchen und Frauen barfuß.

Die Arbeit in der Fabrik war gefährlich: Arbeitsschutz an den Maschinen gab es nicht. Einer jungen Frau wurde 1 Schilling vom Lohn abgezogen, weil sie ein Netz um die Maschine gewickelt hatte, um ihre Finger zu schützen. Sie wurde angewiesen, sich bei der Arbeit an den Maschinen „nicht um ihre Finger zu kümmern". Die schwersten gesundheitlichen Schäden erlitten die Arbeiterinnen jedoch in den schlecht belüfteten Räumen durch den Einsatz von weißem Phosphor bei der Streichholzherstellung. Die Dämpfe von erhitztem weißem Phosphor sind hochgiftig. Sie verursachen eine Gelbfärbung der Haut, Haarausfall, Hirnschäden und den sogenannten „Phossy-Kiefer", eine sehr schmerzhafte Form von Knochenkrebs. Diese Krankheit beginnt mit Zahnschmerzen, dann fallen die Zähne aus, dann wird der Knochen weggefressen, was unbehandelt schließlich zum Tod führt. Die Behandlung besteht aus dem Entfernen von Zähnen, Kieferabschnitten oder des gesamten Kiefers. Da es in der Fabrik keinen separaten Raum für die Pausen gab, atmeten die Arbeiterinnen die giftigen Dämpfe nicht nur während der Produktion ein, sie „aßen" den weißen Phosphor auch quasi mit ihrem Brot.

Als Bryant & May 1861 die Streichholzfabrik eröffneten, war die Gefährlichkeit des weißen Phosphors seit Jahrzehnten bekannt. Bereits 1848 machte ein Artikel in der British and Foreign Medico-Chirurgical Review auf die gesundheitlichen Folgen der Chemikalie aufmerksam. 1852 schrieb Charles Dickens in einem Essay darüber.

Das Unternehmen hätte den roten Phosphor, der seit den 1850er Jahren verfügbar war und keinen „Phossy-Kiefer" verursachte, einsetzen können. Aus Profitgründen entschied sich Bryant & May für die Verwendung des gefährlichen, aber kostengünstigeren weißen Phosphor und „löste" das Problem so: klagte eine Arbeiterin über Zahnschmerzen, wurde ihr befohlen, sich sofort die Zähne entfernen zu lassen. Wer sich weigerte, wurde entlassen.

Der Arbeitskampf

Der Streik 1888 war nicht der erste in der Streichholzindustrie. Aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes war 1871

Stichwort Weißer Phosphor: Weißer Phosphor wird von der Industrie zur Herstellung von Phosphorsäure und anderen Chemikalien verwendet, die in Düngemitteln, Lebensmittelzusatzstoffen und Reinigungsmitteln eingesetzt werden. Geringe Mengen von weißem Phosphor wurden in der Vergangenheit in Pestiziden und Feuerwerkskörpern verwendet. Die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung hat strenge Regeln für den Schutz und die Kontrolle bei Arbeiten damit. – Eine Phosphorbombe enthält ein Gemisch aus weißem Phosphor und Kautschuk und wird als Brandbombe und als Nebelkampfstoff eingesetzt. Das internationale Recht verbietet ihren Einsatz (Zusatzprotokolle von 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949), sofern sie „unterschiedslos" eingesetzt werden. – Allein vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns liegen nach Schätzungen 50 Tonnen Phosphor-Brandbomben (u.a. die Nazis entsorgten sie angesichts ihrer Niederlage durch Abwurf in die Ostsee) – davon werden Brocken weißen Phosphors an die Strände der Ostsee geschwemmt: Wegen seiner großen Reaktionsfreudigkeit entzündet er sich bei Kontakt mit Luftsauerstoff von selbst und verbrennt mit einer Temperatur von rund 1300 °C. Da sein Aussehen dem von Bernstein ähnelt, kommt es häufig zu schweren Verletzungen und werden Urlauber davor gewarnt. Thema auch der 9. Folge „Strandgut" der Krimiserie „Usedom" (2019).

gegen die Einführung einer Streichholzsteuer gestreikt worden. Die Steuer wurde zurückgezogen. 1881, 1885 und 1886 streikten die Arbeiterinnen und Arbeiter – jedes Mal erfolglos – gegen die Senkung ihrer Löhne und gegen das Bußgeld-System.

Für den Streikerfolg 1888 war nicht unwesentlich, dass die Journalistin Annie Besant, Mitglied der sozialistisch-intellektuellen Fabian Society, von der Not der Arbeiterinnen in der Fabrik von Bryant & May gehört hatte und Kontakt zu den Frauen aufnahm. In ihrem Artikel „White Slavery in London", erschienen im Juni 1888 in ihrer Zeitung „The Link", schildert sie sehr detailliert die ausbeuterischen Zustände in der Fabrik und machte sie damit einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

Bryant & May forderte die Arbeiterinnen daraufhin auf, Annie Besant der Lüge zu bezichtigen und eine Erklärung zu unterschreiben, dass sie mit den Arbeitsbedingungen zufrieden seien. Die Frauen weigerten sich. Als die Unternehmensleitung drei Arbeiterinnen, die sie in Verdacht hatte, Annie Besant über die Zustände in der Fabrik informiert zu haben, feuerte, legten rund 1.400 Mädchen und Frauen am 5. Juli 1888 die Arbeit nieder und verließen die Fabrik. Der Arbeitskampf gegen Bryant & May und gegen die mächtige britische Streichholzindustrie begann. Es war der erste Streik ungelernter Arbeiterinnen in Großbritannien.

Noch am selben Tag ging eine Gruppe der Streikenden zu Annie Besant und bat um Unterstützung. Die Arbeiterinnen gründeten ein Streikkomitee. Annie Besant rief in ihrer Zeitung zu Spenden für die Streikenden auf, ein Streikfonds wurde eingerichtet und die Streikenden aufgefordert, sich in ein Register für die Zuteilung von Streikgeldern einzutragen. Auch der mächtige Gewerkschaftsdachverband London Trades Council unterstützte die Streikenden.

Das Streikkomitee organisierte Demonstrationen und Kundgebungen im Regents Park im West End sowie im Victoria Park und im Mile End Waste im Osten. Jedes Mal wurden die Streikenden auf den Straßen bejubelt. Annie Besant stellte auch den Kontakt zwischen Vertreterinnen des Streikkomitees und Abgeordneten des Unterhauses her. Eine Delegation der Streikenden berichtete dort über die Zustände in der Bryant & May-Fabrik.

Die Vorwürfe über die schlechte Bezahlung und die katastrophalen Arbeitsbedingungen nahm die Öffentlichkeit ernst. Der Streik erhielt viel Unterstützung, in der Bevölkerung, in der Presse und von einflussreichen und angesehenen Persönlichkeiten.

Der Sieg der Arbeiterinnen

Am 17. Juli trafen sich Vertreter des London Trades Council und das Streikkomitee der Arbeiterinnen mit den Direktoren von Bryant & May. Die Einigung, die erzielt wurde, habe „die Erwartungen weit übertroffen". Vereinbart wurde u.a.: Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiterinnen, Abschaffung aller Bußgelder, Abschaffung der Lohnabzüge für Schnur, Farbe, Kleber, Pinsel usw., ein phosphorfreier Pausenraum, die Anschaffung von Sackkarren für Kisten, die die Arbeiterinnen bisher auf dem Kopf tragen mussten, und die Anerkennung der von den Frauen gegründeten Gewerkschaft durch Bryant & May. Die Arbeiterinnen kehrten in die Fabrik zurück.

Am 27. Juli 1888 fand die konstituierende Sitzung der Union of Women Match Workers statt, die erste Frauengewerkschaft Großbritanniens. Ende des Jahres änderte die Gewerkschaft ihre Regeln und ihren Namen. Sie wurde zur Matchmakers Union, offen für Männer und Frauen.

Vor dem Streik und zu Beginn waren in der Öffentlichkeit viele der Meinung, die streikenden Mädchen und Frauen seien schwach und nicht in der Lage sich selbst zu helfen. Für Anhänger des viktorianischen Frauenbildes waren sie zudem verdorben und Schlimmeres. Andere sahen in ihnen ungebildete und manipulierbare Mädchen. Der Streik hat die Stärke, Entschlossenheit und Solidarität der selbstbewussten East-End-Arbeiterinnen sichtbar gemacht.

Der erfolgreiche Arbeitskampf hatte auch Einfluss auf künftige Arbeitskämpfe wie den großen Streik im Londoner Hafen im folgenden Jahr. Als ab August 1889 zehntausende Hafenarbeiter für höhere Löhne und besserer Arbeitsbedingungen streikten, feuerte John Burns, einer der Gewerkschaftsführer, die Arbeiter auf Massenkundgebungen z.B. so an: „Steht zusammen, denkt an die Matchgirls, sie gewannen ihren Kampf und gründeten eine Gewerkschaft!"

Annie Besant (1847–1933), inmitten des Streikkomitees der Match Girls.

Muriel Pécastaingt-Boissière hat eine beeindruckende Biografie über das beeindruckende Leben von Annie Besant geschrieben. Ihre Offenheit dem realen Geschehen gegenüber gepaart mit einem fast schon missionarischen Gerechtigkeitssinn sowie eine unerschrockene Verfolgung dessen, was sie für richtig erkannt hat, machten sie zu einer Schlüsselfigur in der Verbindung der sozialen Bewegungen in allen gesellschaftlichen Kreisen (Schichten oder Klassen) des viktorianischen Englands. Sie gründete Zeitungen, schrieb und trug vor, beteiligte sich am Kampf gegen Arbeitslosigkeit und die restriktive Irlandpolitik des konservativen Premierministers Lord Salisbury. Sie wurde nach 1888 in die Londoner Schulbehörde gewählt und kämpfte für Bildungsreformen. Ihr eigenes Leben fand weitere Wendungen, sie wandte sich der Theosophie zu, beteiligte sich in Indien am antikolonialen gewaltlosen Widerstand. – Der Streik der Match Women hat sie gelehrt, dass die Arbeiterinnen doch nicht so „unterdrückt, weil hilflos" sind, wie sie anfangs in ihrem Artikel „White Slavery in London" geschrieben hat. Der Kampf für Bürgerrechte und für Arbeiterrechte wurde zu einem Kampf; die Suffragetten wären nie erfolgreich gewesen, wenn es nicht die hartnäckigen Kämpfe der Arbeiter und Arbeiterinnen gegeben hätte, und auch deren Kämpfe hätten wenig Aussicht auf Erfolg gehabt, wenn es in der Gesellschaft keine Sympathie und Unterstützung gegeben hätte.

MUSICAL The Match Girls: Das 1965 uraufgeführtes Musical erinnert an die widrigen Umstände und an die Entschlossenheit der Frauen und Mädchen – nachvollziehbar in der Geschichte einer Protagonistin, Kate. „Die Verzweiflung macht aus Kate, dem Mädchen aus dem Mietshaus, eine wagemutige Streikführerin und belastet ihre Beziehung zu Joe, einem Hafenarbeiter. Annie Besant, die liberale Reformerin, setzt sich für die Sache der Streikenden ein und spielt eine entscheidende Rolle bei ihrem letztendlichen Sieg über die damalige gefühllose Unternehmensleitung." Das Eingangslied heißt: „Phosphor".

http://guidetomusicaltheatre.com/shows_m/logos/tn-MatchGirls.jpg

Quellen: Louise Raw, Striking a Light: The Bryant and May Matchwomen and their Place in History, Striking a Light – Google Books • The Story of the Strike | Matchgirls Memorial (matchgirls1888.org) • The Match Workers Strike, The Union Makes Us Strong: TUC History Online (unionhistory.info) • The Match Girls Strike – Historic UK (historic-uk.com) • Matchgirls' strike – Wikiwand • 'Out of light a little profit'? Returns to capital at Bryant and May, 1884–1927: Business History: Vol 53, No 4 (tandfonline.com) • Bryant & May – Wikipedia.

Linken-ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung – Einladung

ArGe-Sommerschule vom Do., den 4., bis So., den 7. August 2022, in Erfurt

Von März 2020 bis September 2021 fand keine Linke Schule statt wegen der Covid-Pandemie. Mit Beschluss der ArGe-MV vom 27. Juni 2021 wurde im Herbst (14. bis 16. 10.) eine Linke Schule in Erfurt durchgeführt. Die Winterschule 2022 (üblicherweise im Januar) musste ebenfalls abgesagt werden. Angesichts der Veränderung der internationalen Lage durch den Okkupationskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine wird nun die ausstehende Themenarbeit – Stichworte waren UNO, China und Europa – aufgegriffen und spezifiziert.

Beginn: Donnerstag, 14 Uhr – Ende: Sonntag, 12 Uhr

Zeitplan
Donnerstag (14 bis 17 Uhr):
Mitgliederversammlung
Delegiertenbericht vom Parteitag (Positionspapiere, Beschlussfassung u.a.). Was kann eine kleine Arbeitsgemeinschaft wie die unsere zum programmatischen Klärungsprozess beitragen?

Freitag (9 Uhr bis 17 Uhr): Thema: „Staaten wollen Unabhängigkeit"
A| Einleitung:
„Global" und „lateral". Die Konstituierung der globalen Welt als Beziehungsgeflecht politisch unabhängiger Territorialstaaten hat viele Quellen, nicht wegzudenken, die erfolgreichen Befreiungskämpfe der kolonisierten Länder. Das Konzept einer „multilateralen" Ordnung auf der Basis von Völkerverständigung bzw. internationaler Solidarität.
„Global" und „polar". Großraumwirtschaft u. Tendenz zur politischen Hegemonie, Schutzmacht. Das Konzept der politisch-militärisch beherrschten Einflusszonen. Zielwert Großraumwirtschaft in einer politisch-militärisch kontrollierten Einflusszone. Dazu:
• Geschichtlicher Rückblick: „Denn heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt – Pläne und Scheitern der Eroberungszüge des NS-Regimes."
• Die Erfahrung des Kolonialismus. „Nichts ist kostbarer als Unabhängigkeit und Freiheit"

B| Aktuelle strategische Dokumente zum Spannungsfeld „Polarität – Lateralität"
Quellendokumente zu Ordnungsvorstellungen:
• USA
• Russische Föderation
• Volksrepublik China
Diskussion: Die Konstituierung der UNO und das Problem hegemonialer Tendenzen (Europäische Union bzw. BRD, siehe Samstag)

Samstag (9 Uhr bis 17 Uhr): Europa-Tag
Das Format der Europäischen Union und das Konzept der unabhängigen Staaten. Eine neuartige Konfiguration oder Verkleidung einer aufkommenden Großmacht?
Wir bemühen uns um Mitwirkung von Europaparlamentariern. Angefragt ist Helmut Scholz.
• Das Konzept der Garantie von Minima
– der Arbeitsorganisation Lohn/Mindestlohn, Arbeitszeit, Sicherheit
– der Leistungen der öffentlichen Dienste
– der Freizügigkeit und der damit verbundenen Übergangsbestimmungen.
• Das Konzept der vertikalen Gewaltenteilung (Bund/Länder/Gemeinden) und seine Ausdehnung auf den Rechtsraum der Europäischen Union. Was bleibt von der „Unabhängigkeit der Staaten"? Die Option des Austritts aus der EU (§ 52 Lissabon-Vertrag).
• Die Sicherheits- und Militärpolitik – wie weit trägt das „Konzept der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit"?

Sonntag (9 bis 12 Uhr):
Vor den Europawahlen 2024
• Die Gefahr des Rechtsextremismus in der BRD und nahen Nachbarländern bzw. EU-weit und im EU-Parlament.
• Erfahrungen, Zielvorstellungen und Chancen linker Europapolitik.

Vorbereitung der Sommerschule: Christoph Cornides, Eva Detscher, Martin Fochler, Rolf Gehring, Ulli Jäckel, Michael Juretzek, Matthias Paykowski, Christiane Schneider, Rosemarie Steffens.

Hinweis: Die ArGe dokumentiert ihre Tätigkeit in der Reihe „ArGe-Rundschreiben" sowie in Einzelnachrichten der Politischen Berichte. Die Downloadliste dazu findet sich unter:
http://www.linkekritik.de/index.php?id=4556
Wir tagen in der „JH Hochheimer Straße", in der „JH Klingenstraße" übernachten wir. Beide liegen nur etwa 5 Minuten Fußweg auseinander. Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12; Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. Die Kosten für U/F betragen ca. 38 Euro pro Tag und Person. Bettwäsche ist vorhanden, bitte Handtücher mitbringen. Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden. Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. **Um die Anzahl entsprechend den Anmeldungen anpassen zu können, bitten wir euch um ANMELDUNGEN BIS 4. JULI und nur bei eva.detscher@web.de oder telefonisch 0171-9973221.**

Ein Lektürehinweis: Kiran Klaus Patel, Europäische Integration. Geschichte und Gegenwart. C.H. Beck Wissen, München 2022. 128 Seiten, 9,95 €

Europa, nüchtern betrachtet

Der an der LMU München lehrende deutsch-britische Historiker Kiran Peter Patel eröffnet seine Darstellung der europäischen Integration in der auf knappe Formate ausgerichteten Reihe „C.H. Beck Wissen" mit einem Schnelldurchlauf „2500 Jahre und fünf Minuten", wobei sich die fünf Minuten auf Robert Schumans berühmte Rede aus dem Mai 1950 beziehen. Patels knappe Schilderung baut auf seinem weit umfangreicheren und sehr lesenswerten Buch „Projekt Europa. Eine kritische Geschichte" aus dem Jahre 2018 auf. Im Unterschied zu jenem Buch, das sich hauptsächlich auf die Entwicklung bis hin zum Vertrag von Maastricht 1992 bezieht, widmet die vorliegende Arbeit den folgenden drei Jahrzehnten nach 1992 in den beiden Kapiteln „Das Freiheitsprojekt: 1992–2009" und „Das Sicherungsprojekt: Kurskorrektur seit 2009" mehr Raum.

Florian Weis, Berlin

In beiden Büchern deutet Patel die Geschichte der europäischen Integration als eine von „Versuch und Irrtum", von Umwegen und Widersprüchen. Gerade das Fehlen eines Masterplans und die Existenz vieler konkurrierender europäischer Einrichtungen (EWG, Montanunion und Euratom, aus denen die EG hervorging, aber auch vielen Organisationen jenseits und quer zu diesen) habe es, scheinbar paradoxer Weise, erlaubt, manche Krise durch verschlungene Umwege zu überwinden. Aus einem „Markt mit Anhang" vertiefte sich die EG nach Patel in den Jahren 1969–1992 in einer „unbemerkten Transformation". Je umfassender die EU sich dann aber weiterentwickelte, desto krisenhafter und konfliktreicher wurde sie auch, was, wiederum auf den ersten Blick paradox wirkend, sowohl mit dem größeren Anspruch auf Stringenz als auch mit der stärkeren und vor allem kritischen politischen Wahrnehmung der Bevölkerungen zu tun hatte. Patel wirft dabei einen kritischen Blick auf die lange Zeit starke wirtschaftsliberale Ausrichtung der EU. Die EU seit heute einerseits so relevant wie nie zuvor und zugleich und zum Teil deshalb anfälliger für durchaus auch fundamentale Krisen.

Patel ordnet, eine weitere Stärke seiner Darstellungen, die frühe Geschichte der EWG auch in den Prozess der Kolonialgeschichte und Dekolonialisierung ein. Zugespitzt spricht er in diesem Zusammenhang von zwei frühen Austritten aus der EU lange vor dem Brexit und nennt Algerien 1962 sowie Grönland 1985 als Beispiele.

Patel relativiert allzu idealistische und überhöhte Vorstellungen der europäischen Einigung, ohne jedoch einer Europagegnerschaft das Wort zu reden. Vielmehr geht es ihm um einen nüchternen Blick auf widersprüchliche Entwicklungen.